

POLITIK

Libanon: Mit dem Rücktritt des sunnitischen - Ministerpräsidenten Wazzan verengt sich der Handlungsspielraum des christlichen Präsidenten Gemayel immer weiter. In Jerusalem äußerte ein israelischer Regierungssprecher große Besorgnis über die Entwicklung in Beirut.

Bundeswehr: Nach dem „Fall Kießling“, der in dieser Woche den Bundestag beschäftigen wird, erwartet man Veränderungen an der Spitze des MAD. Neuer Chef könnte ein Zivilist werden, hieß es in Regierungskreisen. (S. 1)

Mehrheit bewahren: Der baden-württembergische CDU-Vorsitzende Späth hat den Erhalt der absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen am 25. März als Wahlziel genannt. (S. 4)

Fahd drängt Mitterrand: Der saudische König hat Frankreich, das gegenwärtig den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft führt, um eine neue EG-Initiative zur Lösung der Nahost-Frage ersucht.

Kirche gegen Gewalt: Die Vertreter der Evangelischen Kirche (EKD) haben im Gespräch mit Vertretern der für viele Terroranschläge verantwortlichen Afrikanischen Nationalarmee (ANC) sowohl die Apartheid-Politik als auch gewaltsamen Widerstand dagegen abgelehnt.

Kritik aus Israel: Der erste Botschafter Israels in Bonn, Asher Ben-Nathan, hat das gesamte Auftreten von Bundeskanzler Kohl und nicht nur dessen Aussagen zu eventuellen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien kritisiert. Man habe fast den Eindruck gehabt, Kohl habe sich weniger an die israelische Öffentlichkeit als vielmehr an gewisse arabische Regierungen gewandt.

Griechenland: Athen hat das Luftfahrtabkommen mit den USA gekündigt, weil es „einseitig und kolonialistisch“ sei.

Bush skeptisch: Den USA sei es bisher offenbar nicht gelungen, die Westeuropäer zu überzeugen, daß Präsident Reagan wirklich einen Dialog mit der Sowjetunion wolle, erklärt der US-Vizepräsident in einem Interview der Kopenhagener „Berlingske Tidende“.

Flucht: Drei junge Deutsche aus der „DDR“ sind am Wochenende unverletzt über den Todesstreifen nach Niedersachsen in die Freiheit geflohen.

Heute: Bundesaußenminister Genscher reist zu Gesprächen über die EG nach London. - EG-Agrarminister beraten in Brüssel über Erzeugerpreise, Wirtschafts- und Finanzminister tagen parallel. - UN-Menschenrechtskommission tagt in Genf.

ZITAT DES TAGES

„Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich bringt gesamtwirtschaftliche Belastungen mit sich, die ich für unverträglich halte.“

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher in einem Schreiben an Arbeitsminister Eiser und DGB-Chef Breit. (S. 1)

WIRTSCHAFT

OECD: Die westlichen Industriestaaten befinden sich in einer Strukturkrise und müssen deshalb das Arbeitslosenproblem vor allem mit strukturellen Maßnahmen bekämpfen. Wirtschaftlicher Wiederaufschwung allein reiche nicht aus, heißt es in einem Bericht der OECD für die Regierungskonferenz über das Beschäftigungswachstum. (S. 3)

Stahl: Die Arbeitnehmer in der Stahlindustrie sollten sich in den nächsten beiden Jahren auf den Abbau von rund 21 000 Arbeitsplätzen einrichten, erklärt Hoesch-Chef Rohwedder.

Kinnelhandel: Die Fachgeschäfte setzten 1983 gut ein Prozent mehr um. Preisbereinigt verbuchte der Einzelhandel (ohne Warenhäuser, Filialbetriebe, Konsumgütergeschäfte und Versandhandel) einen Rückgang um ein Prozent.

Forschung: Für eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich Forschungsminister Riesenhuber bei der Übergabe des Forschungszentrums der Volkswagenwerke AG ausgesprochen. Speziell in der Autoindustrie sei Forschung „eine originäre Aufgabe der privaten Unternehmen“. (S. 9)

KULTUR

Kunsthalle: Der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses hat der Staatlichen Kunsthalle, trotz schon jetzt üppiger Flächen, eine knappe Viertelmillion Mark zur Anmietung weiterer Ausstellungsflächen bewilligt - für Kunst-Kritiker Anlaß zu kritischer Betrachtung. (S. 17)

Tschechow: Die Peter-Stein-Inszenierung der „Drei Schwestern“ in Berlin wurde zum vollen Erfolg. Tschechow sei zu seiner Generation nie besser, nie sicherer, nie schöner ausgespielt worden als jetzt in der Schaubühne am Lehmann Platz, urteilt Friedrich Luft. (S. 17)

SPORT

Sarajevo: In der Nacht zum Sonntag fiel an den Schauplätzen der Olympischen Winterspiele endlich Schnee. Die Meteorologen sagten bis zur Eröffnung am Mittwoch weiteren Schneefall und sinkende Temperaturen voraus.

Fackellauf: IOC-Präsident Samaranch versprach die kommerzielle Verwertung des Fackellaufs bei den Olympischen Spielen in Los Angeles. Die griechischen IOC-Mitglieder sind allerdings strikt dagegen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Pech im Alt: Nach dem ersten Mißgeschick mit dem „verlorenen“ und offenbar nur in Einzelteilen (nach mutmaßlicher Explosion) wiedergefundenen Satelliten „Westar-6“ scheiterte nun auch das Anfliegen eines Zielballons durch das US-Raumerschiff Challenger. (S. 18)

Piraterie: Auf dem offenen Meer und auch in Häfen sei die Seeräuberei wieder auf dem Vormarsch, heißt es in einem Bericht der UNO für eine Fachtagung in Genf zu diesem Thema.

Wetter: Naßkalt, überwiegend stark bewölkt. Bis fünf Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Im Spiegel der Kultur - Über den Hang zum Pessimismus S. 2

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Arzneimittel: „Freiwillig“ sollen Krankenkassen von der Pharma-Industrie geschont werden S. 3

Fernsehen: Beredte Figuren aus Stein - Ulrich Schacht über Naumburg an der Saale S. 8

Bonn: Neubaupläne für den Deutschen Bundestag vor der Realisierung. Streit um Eingangshallen S. 4

Polen: Warschau will seine Isolierung überwinden; Kontaktversuche mit dem Westen S. 8

London: Ungeschick des Außenministers veranlaßt den Premier zu einer Vertrauenserklärung S. 5

Sarajevo: Costa Cordalis - ein griechischer Sänger in der olympischen Skisport S. 16

Paris: Die Sozialistische Partei Frankreichs will von der Verhältnismahl nichts mehr wissen S. 6

Pankraz: Welchen Kurs wird die Kulturzeitschrift „Merkur“ in Stuttgart nehmen? S. 17

In Libanon übernehmen Khomeinis Gefolgsleute die Rolle der PLO

Amal-Miliz jetzt härtester Gegner der Regierung / Ministerpräsident tritt zurück

DW, Beirut

Mit dem Rücktritt von Ministerpräsident Wazzan ist am Wochenende Bewegung in die innenpolitische Situation Libanons gekommen. Der sunnitische Politiker Wazzan, der als Mann der Saudis gilt, dringt offensichtlich auf eine Beteiligung der oppositionellen Kräfte an der Regierung. Er sprach von der Bildung eines alle Parteien umfassenden Kabinetts, die er mit seiner - von Präsident Gemayel angenommenen - Demission erreichen wolle. Der Spielraum Gemayels verengt sich weiter, wenn auch Äußerungen, sein Regime stehe vor dem Zusammenbruch, als zu weitgehend bezeichnet wurden. Bei den Kämpfen in Libanon hat die Schiiten-Miliz Amal weitgehend die Rolle der PLO übernommen.

PETER M. RANKE, Beirut

An den Kämpfen der vergangenen Tage haben auf Seiten der Schiiten-Miliz „Amal“ (Hoffnung) auch Frauen und Jugendliche mit Kalaschnikows teilgenommen. Die Amal setzte sowjetische Panzer vom Typ T-54 ein, die ihnen von den Drusen-Milizen beschlagnahmt und in den syrischen Grenzgebieten abgegeben wurden. Die Kämpfe begannen am Donnerstag, nachdem die Armee einen Munitionstransport von achtzehn Tonnern für die Schiiten abgefangen hatte und die Amal-Miliz vier Armeeposten überfallen hatte. Gleichzeitig beschossen

Artillerie-Einheiten der Syrer und Drusen die christlichen Stadtviertel und die Städte Jounieh und Zahle.

Mit Unterstützung durch Drusen und Syrer hat sich die etwa 5000 Mann starke Amal-Miliz in Beirut jetzt als härtester Gegner der libanesischen Regierung und der Armee erwiesen. Die von ihren Scheichs fanatisierten Amal-Milizionäre haben in Beirut und in Südlibanon praktisch die PLO der Palästinenser ersetzt. Allerdings sind auch mehr als 250 Palästinenser der pro-syrischen Dschebril-Gruppe in den südlichen Vororten Beirut festgesetzt worden. Nach der Bergfront im Schutz, wo

SEITE 2:
Bewehpflicht

sich die Drusen-Miliz und eine Brigade der Armee seit September 1983 heftige Artillerie und Raketen-Gefechte liefern, ist seit vergangener Woche nun mit der Amal eine neue Front mitten in Beirut entstanden. Das Rücktrittsangebot von Ministerpräsident Wazzan ist eine Folge dieser gefährlichen Entwicklung und der Aufkündigung der saudischen Unterstützung für Präsident Amin Gemayel. Bisher hatte sich die schiitische Amal-Miliz einigmaßen neutral verhalten.

Amal-Chef Nabih Berri gehörte bisher nicht offiziell der oppositionellen

und pro-syrischen „Rettsfront“ an, nahm aber an Beratungen in Damaskus teil. Politische und religiöse Einwirkungen aus Teheran, das mit Syrien im Golfkrieg verbündet ist, haben jetzt jedoch die Amal-Miliz in die aktive Front gegen die Regierung manövriert.

Amal ist jetzt Verbündeter der Drusen und hat sich den Forderungen der Opposition angeschlossen: Abzug der alliierten Friedenstruppe aus Beirut, Annullierung des Abkommens mit Israel und bedingungsloser Abzug der Israelis aus Südlibanon. Rücktritt von Präsident Gemayel, Neutralisation der Armee und „nationaler Dialog“ für politische Lösungen und das Ende der „christlichen Hegemonie“ - alles syrische Forderungen für ein „arabisches Libanon“.

Die Amal-Miliz wird nicht nur von Rechtsanwalt Berri geleitet, sondern auch von schiitischen Scheichs, deren Einfluß wegen der engen Beziehungen zum Khomeini-Regime in Teheran stark zugenommen hat. Teheran lenkt über Terror-Organisationen wie die „Islamische Amal“ von Musawi nicht nur die schiitisch-persischen Kommandos in der libanesischen Bekaa-Ebene, sondern auch die Schiiten in Beirut. Die südlichen Vororte dort sind zum ersten Außenposten Khomeinis geworden. Das drückt sich in Beirut nicht nur in der

Fortsetzung Seite 8

Ben-Nathan: Bitterer Nachgeschmack

Früherer Botschafter Israels in Bonn kritisiert den Kanzler / „Rücksichtsloses Verhalten“

DW, Jerusalem

Mit äußerster Schärfe hat Asher Ben-Nathan, Israels erster Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, das Auftreten von Bundeskanzler Helmut Kohl in Jerusalem kritisiert. In einem Gespräch mit unserem Korrespondenten Ephraim Lahav sagte Ben-Nathan: „Man könnte fast den Anschein gewinnen, daß Bundeskanzler Kohls politische Stellungnahmen weniger an die israelische Öffentlichkeit gerichtet waren, als an gewisse arabische Hauptstädte.“

Der Diplomat und derzeitige Präsident der israelisch-deutschen Gesellschaft ging auch auf die wiederholte Erklärung des Kanzlers, daß er bei Kriegsende erst fünfzehn Jahre alt gewesen war, ein. „Ich muß sagen, daß der Besuch des Bundeskanzlers einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen hat. Es ist unbegreiflich, wann man geboren ist. Wichtig ist die

grundsätzliche Einstellung eines Mannes. Kohl bekannte sich als Schüler von Martin Buber. Das wurde hier als eine wohlgemeinte Aussage angenommen, nicht als eine Floskel. Aber dazu standen in krassm Gegensatz seine außenpolitischen Erklärungen, die er mit einer - belohnen würde ich sagen - Rücksichtslosigkeit

SEITE 3:
Wir und Israel:
Es geht um Gerechtigkeit
Von Axel Springer

keit, einer harten Ausdrucksform - von sich gegeben hat, wie dies vorher noch kein anderer Staatsmann aus dem Westen getan hatte.“

Als Beispiel führt Ben-Nathan an: „Er begrüßte in Jerusalem die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von Fes, während er über das Camp-David-Abkommen mit Ägypten fast gar nichts zu sagen hatte, auch kein Wort des Lobes, daß Israel

- was Ägypten betrifft - das Abkommen vollkommen eingehalten und Sinai zeitgemäß geräumt hat. Besonders bemerkenswert ist es, daß der Kanzler die EG-Deklaration von Venedig (die die Errichtung eines palästinensischen Staates fordert) begrüßte, obwohl er sie heftig kritisiert hatte, als er noch in der Opposition war. Es schien ganz klar, daß manche Dinge gesagt wurden, die weniger an das israelische Publikum, sondern eher an gewisse arabische Hauptstädte gerichtet waren.“

Und weiter bemerkte der frühere Botschafter: „Vielleicht war es einer der leitenden Gedanken, daß die Vergangenheit keine gültige Verpflichtung für die Gegenwart oder für die Zukunft mit sich bringt. Dies wurde in sehr grober Form - allerdings nicht vom Bundeskanzler selbst - mit dem Hinweis zum Ausdruck gebracht, daß man mit Auschwitz nicht Politik

Fortsetzung Seite 8

Zivilist an die Spitze des MAD?

Fall Kießling/Wörner: Dregger verweist auf Verantwortung des Kanzlers

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird am Mittwoch vor dem Bundestag zu den Auseinandersetzungen um Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner Stellung nehmen. In der Umgebung des Kanzlers wurde gestern jedoch betont, es werde sich dabei nicht um eine Regierungserklärung handeln. Vielmehr habe sich Kohl vorgenommen, in der von der SPD beantragten Debatte etwa 20 Minuten lang zu sprechen und dabei seine Entscheidung begründen, warum er Wörner im Amt behalte und General Kießling zugleich voll rehabilitiert habe. Dabei werde der Kanzler nicht anstehen, so hieß es, begangene Fehler auch vor dem Parlament zur Sprache zu bringen. Als sicher gilt, daß auch Wörner das Wort ergreifen wird. Auf die Frage, ob Kohl Minister Wörner „Auflagen“ für personelle und organisatorische Neuordnungen auf der Hardthöhe gemacht habe, hieß es in der Umgebung des Kanz-

lers, Wörner müsse selber wissen, was zu tun ist. Veränderungen gehörten zu seinen Kompetenzen. Unbestritten sei es, daß personelle Entscheidungen notwendig würden.

Veränderungen auch in der Spitze des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) werden als sicher erwartet. MAD-Chef General Behrendt wird von Wörner als redlicher Mann betrachtet, der allerdings nicht die Kraft habe, die notwendigen Veränderungen im Geheimdienst durchzusetzen. Als nicht abwegig werden in Regierungskreisen Überlegungen bezeichnet, an die Spitze des MAD einen Zivilisten zu setzen. In diesem Zusammenhang wurde Norbert Klusak, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) in München, genannt. Klusak wird als ein fähiger Mann betrachtet, der aber beim BND abgelöst werden soll, weil es zu unüberbrückbaren Spannungen mit BND-Präsident Eberhard Blum gekommen sein soll.

Im Hinblick auf eine Neubesetzung der BND-Spitze wird in Bonn auch Ministerialdirektor Günther Ermisch vom Bundesinnenministerium genannt. Ermisch war früher Vizepräsident des Bundeskriminalamtes und gilt überdies als exzellenter Verwaltungsfachmann. Zur Zeit leitet er die Zentralabteilung im Bundesinnenministerium.

In der Union wird noch immer diskutiert, ob es richtig gewesen sei, Wörner im Amt zu behalten. Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger sagte gestern im Hessischen Rundfunk, der Kanzler habe diese Entscheidung getroffen und trage die Verantwortung. Dregger meinte, die Fraktion werde diesen Beschluß des Kanzlers mittragen, obwohl nicht jeder sie für richtig gehalten habe als eine mögliche andere. Wörners Fehler sei es gewesen, den Ehrenschutz und den Sicherheitsaspekt nicht gleichrangig beachtet zu haben. Vor

Fortsetzung Seite 8

Stoltenberg sieht Wachstumsphase

SKS, Bonn

Mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer mehrjährigen Wachstumsphase in der Größenordnung zwischen 2,5 und 3,5 Prozent rechnet Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Er knüpft diese Prognose an die Voraussetzung, daß sich die internationalen Bedingungen parallel zur Entwicklung in der deutschen Wirtschaft verbessern.

Stoltenberg geht davon aus, daß die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geschätzte Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1984 „unterschritten“ werden kann. Die konjunkturelle Entwicklung gebe Anlaß zu der Hoffnung, daß die Rate schon im März unter der des Jahres 1983 liegt.

Seinen vorsichtigen Optimismus gründete er auch auf die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1983: Der Minister verwies auf den drastischen

Rückgang der Vergleichsverfahren und Konkurse sowie auf die „erhebliche Zunahme“ der Existenzneuerungen. Entlastungen verspricht er sich auch von einer spürbaren Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie einer besonderen steuerlichen Entlastung der Familien mit Kindern. Dafür sei ein Finanzrahmen von mindestens 20 Milliarden Mark erforderlich, doch gebe es noch keine exakte Größenordnung. Insgesamt könne eine Steigerung des Wirtschaftswachstums innerhalb der nächsten Jahre dazu führen, daß sich die Arbeitslosigkeit auf etwa 1,5 Millionen reduziere.

Als Voraussetzung für eine weitere wirtschaftliche Belebung müssen die Tarifpartner nach Stoltenbergs Worten „noch einige Jahre sehr maßvolle, zurückhaltende Lohnabschlüsse vereinbaren“. Zugleich sollten die Unternehmen diese günstige Phase „auch wirklich für Erweiterungsinvestitionen nutzen und wieder mehr

Dynamik entfalten, anstatt in zu großer Zahl nach immer neuen Subventionen zu rufen“.

Im anhaltenden Streit über den richtigen Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit haben die Sozialdemokraten ihre Kampagne zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit verstärkt. Vor 24 Parteifunktionären beschuldigte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Arbeitgeber, eine „Blockadepolitik“ zu betreiben. Für eine Verkürzung der Arbeitszeit, so Brandt, sprächen wirtschaftliche und soziale Gründe. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit betonte auf derselben Veranstaltung, es gebe kein anderes Mittel, um der Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit wirksam zu begegnen.

Demgegenüber forderte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchhof, die Gewerkschaften auf, unverzüglich eine Regelung über den Vorrat und die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche zu vereinbaren.

DER KOMMENTAR

Terror-Trio

JÜRGEN LIMINSKI

Der libanesischen Premierminister Wazzan ist nicht zum ersten Mal zurückgetreten. Aber diesmal hat die militärische und politische Zuspitzung der Lage in Libanon zu einer Regierungskrise geführt, die auch die Politiker im Westen beunruhigen muß. Sie könnte in jenes Chaos münden, vor dem der libanesischen Präsident Gemayel in einem Interview mit der „Washington Post“ dieser Tage warnte und aus dem, wie er sagte, ein zweites pro-sowjetisches Revolutionsregime an der Levante hervorgehen könnte.

Gemayels Worte galten den amerikanischen Gedankenexperimenten um einen Abzug der Marines. Aber auch wenn die Ledenacken weiter in ihren Sand-sackhuren verharren, die Gefahr ist groß, daß der Konflikt völlig außer Kontrolle gerät.

Dem libanesischen Präsidenten kann nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe sich seit der Genfer Versöhnungskonferenz im November des vergangenen Jahres nicht um eine Lösung des Konflikts bemüht. Es waren die libanesischen Bundesgenossen der Syrer und Sowjets, die alle Offerten der Regierung Gemayel zurückwiesen. Mehr noch: Sie haben die militärische Auseinandersetzung gesucht und provoziert. Der hartnäckigste Gegner der Regierung, Drusenführer Dschumblatt, hatte sich in Mos-

kau noch kurz vor Ausbruch der Kämpfe der Unterstützung für seine Teilungspläne und Artillerie-Überfälle versichert.

Eine Beteiligung dieser Kräfte an einer neuen Regierung würde das israelisch-libanesisches Abkommen vom 17. Mai 1983 zunichte machen und die amerikanische Präsenz befechten. Das ist das Ziel des Rücktritts von Wazzan.

Mit der zunehmenden Verwicklung schiitischer Kampfverbände und Propaganda in die Krise kommt noch ein weiteres, für den Westen gefährliches Element hinzu. Jetzt schützt auch Khomeini an der Zeder mit. Seine Einstellung zu den diversen Satanen in der Welt ist bekannt. Amerika ist demnach der größte, dicht gefolgt von Israel. Die unheilvolle Allianz zwischen Iran, Syrien und Sowjets ist von amerikanischen Politikern wiederholt als das neue Trio des internationalen Terrorismus angeklagt worden. Die Kämpfe um Beirut entlarven das Trio jetzt auch auf dem Gefechtsfeld.

Es ist paradox. Während man in Europa noch um eine für-sorgliche Staatslösung für die Attentäter der PLO bemüht ist und sich so von Saudis und Ägyptern hinhaltet läßt, gießt das Trio Internale bereits den Beton in die Fundamente für eine neue Zentrale des internationalen Terrorismus auf libanesischem Boden.

Spekulationen um Absage der Ustinow-Reise

DW, Moskau

Die Absage eines für heute geplanten Indien-Besuchs des sowjetischen Verteidigungsministers Dimitrij Ustinow hat in Moskauer Diplomatenspekulationen über unmittelbar bevorstehende Veränderungen in der sowjetischen Führungsspitze ausgelöst. Ustinow (75) ist ein führendes Mitglied des Politbüros und hat dem Vernehmen nach die täglichen Amtsgeschäfte des offenbar schwer erkrankten Staats- und Parteichefs Jurij Andropow (69) wahrgenommen. Ustinows Indien-Reise ist, wie es hieß, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

In Moskau herrschte die Meinung vor, daß nur ein schwerwiegendes Ereignis zur Annullierung des Besuchs führen konnte, bei dem Ustinow mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi die Lage in Asien erörtern und mit Verteidigungsminister Ramaswamy Venkatarman über die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit sprechen wollte. In Neu-Delhi erklärte ein hochrangiger indischer Regierungsvertreter, die sowjetische Regierung habe Indien wissen lassen, daß Ustinow durch dringende interne Aufgaben zur Absage veranlaßt worden sei.

Westliche Beobachter schlossen einen Zusammenhang mit einer ernsthaften Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Andropow nicht aus, der seit fast einem halben Jahr nicht mehr in der Öffentlichkeit auftrat. Als wenig wahrscheinlich galt, daß Ustinow selbst von der in Moskau grassierenden Grippe in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Libyen verstärkt Präsenz im Norden Tschads

rtf, Ndjamena

Libyen hat nach Angaben der Regierung in Ndjamena seine militärische und politische Präsenz im Rebellengebiet im Norden des Tschad ausgebaut. Der tschadische Informationsminister Mahamat Soumaila teilte mit, Libyen habe die Kontrolle mehrerer Städte übernommen. Über Faya-Largeau, Fada und Bardai wehe nun die libysche Flagge. An eine weitere Offensive der Rebellen von Ex-präsident Goukouni Weddeï glaube er jedoch nicht, da Friedensinitiativen angelaufen seien.

Nach Angaben Soumailas stehen mehr als 10 000 libysche Soldaten südlich des Aouzou-Streifens, der vor mehr als zehn Jahren von Libyen annektiert worden war. Dort entstanden Landebahnen für große Militärtransporter, 60 Kilometer der Straße, die von Faya-Largeau nach Süden führt, seien vermint worden. Nördlich der „Roten Linie“ der tschadischen Regierungstruppen und ihrer französischen Verbündeten sei der Franc als Währung durch den libyschen Dinar abgelöst und die französische Amtssprache durch Arabisch ersetzt worden.

Westliche Kreise haben die Ausweitung der libyschen Präsenz im Norden des Tschad teilweise bestätigt, so beispielsweise den Bau der Landebahnen. Sie sprachen jedoch von nur 5000 libyschen Soldaten. Die Libyer hätten zwar die Ordnungsfunktionen in der Region übernommen, doch seien die sozialen Einrichtungen und die Verwaltung im Norden des Tschad völlig zusammengebrochen.

HH 20 - EPPENDORFER WEG 154/156
VERMIETETE EIGENTUMSWOHNUNGEN
Z. B. 3 Z., ca. 68 m², Gesamtaufwand 185 417,-



- Ein Topobjekt für Kapitalanleger
- Steuerlich absetzbare Werbungskosten, bezogen auf das 10%ige Eigenkapital: ca. 274%
- Erforderl. Eigenkapital 18 542,-
- 5 Jahre Mietgarantie

WEITERE OBJEKTE AUF ANFRAGE - BITTE PROSPEKT ANFORDERN

URANIA

Tel. 040 / 389 51 13

Grundstücksgesellschaft mbH, Palmallee 75, 2 HH 50

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nachbesserung

Von Gisela Reiners

Der Vorruchstand kommt nicht zu Ruhe. Die Diskussion um seine Gestalt ist wieder entbrannt. Nachdem die Sozialausschüsse ihn als zu mager bezeichnet hatten, der Mittelstand ihn zu üppig fand, die Gewerkschaften - jedenfalls in ihrer Mehrheit - darin keine Alternative zur 35-Stunden-Woche sehen wollen, haben sich nun auch die Länder zu Wort gemeldet und Nachbesserung verlangt.

Das freilich können sie unbesorgt tun, denn es würde sie keinen Pfennig kosten. Die Finanzlast tragen die Versicherten über ihre Beiträge nach Nürnberg bzw. der Staat über seinen Zuschuß dorthin; die Arbeitgeber sind ebenfalls durch Zuschüsse mit von der Partie, die Arbeitnehmer durch Lohnverzicht.

Im Bundesrat haben die Länder zwar den Entwurf der Regierung begrüßt, jedoch vorgeschlagen, das Vorruchstandsgeld von 65 auf 70 Prozent des letzten Bruttoentgelts anzuheben und die Erstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit von 40 auf 50 Prozent zu erhöhen. Der Mittelstand soll dadurch weiter entlastet werden, daß Arbeitgeber in Betrieben bis zu 50 Mitarbeitern den Vorruchstand verwerfen können.

Die Empfehlungen des Bundesrates sind nicht zwingend für den Bundestag. Doch wird es dort nun wieder rundgehen. Das wird so seine Zeit in Anspruch nehmen - und dabei rückt die Tariffrage immer näher, der die Vorruchstandsregelung die Schärfe nehmen sollte. Die Drohung mit dem Arbeitskampf steht unvermindert im Raum.

Es ist also ratsam, daß die Regierung schnell handelt und darüber entscheidet, ob sie mehr Mittel zur Verfügung stellen will oder nicht, denn die Tarifpartner müssen wissen, womit sie rechnen können. Beteiligt an dem Projekt sind die Minister Blum (Arbeit), Lambsdorff (Wirtschaft) und Stoltenberg (Finanzen). Sie konnten sich nach zahlreichen Sitzungen im vergangenen Herbst schon nicht einigen, bis sie sich beim Kanzler trafen, der dann Stoltenbergs Sparsamkeit den Zuschlag erteilte.

Es scheint, des Kanzlers Machtwort ist wieder einmal gefragt.

Beweispflicht

Von Thomas Kielinger

In dem frustrierenden Bemühen, dem gemarteten Land Libanon eine Einigung zu stiften, sieht die Reagan-Administration sich jetzt einer zweiten Front gegenüber: dem Kongreß. Man verliert schon fast die Übersicht über die Zahl der Resolutionen, die da entworfen, neu entworfen, verabschiedet und dann weitergeplant werden, allesamt mit der deutlichen Botschaft: Bring the boys home. Kann das Weiße Haus noch lange dem populären Grundgefühl widerstehen?

Die Antwort der Reagan-Gruppe fällt zwiespältig aus. Lawrence Eagleburger, Staatssekretär im State Department (er wird in Bälde seinen Posten, aus eigenem Antrieb, verlassen), hielt Ende voriger Woche den Rückzugs-Befürwortern in seiner farbigen Sprache entgegen: „Vor einem schwierigen Problem einfach davonzulaufen löst dieses Problem nicht - es verlagert nur den Tag der Abrechnung... Wenn wir Syrien erlauben, Libanon zu verspeisen, handeln wir uns binnen kurzem eine noch größere Krise ein, in der Israel - und vielleicht sogar die USA - gezwungen sein könnten, unter noch viel gefährlicheren Umständen einzugreifen.“

Der gleiche Eagleburger aber sagte mit größter Gelassenheit, die US-Marines am Beirut Flughafen könnten gar nicht „jene einseitigen Ziele erreichen, die wir uns gesetzt haben“; die Einheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Libanons; den Rückzug aller ausländischen Kontingente und die Wiederherstellung der Regierungshoheit über den gesamten Libanon.

Was aber können die Ledernacken erreichen, wenn nicht dies? Dazu Eagleburger: „Der Regierung Libanons eine Atempause zu verschaffen, in der sie anfangen kann, die politischen Probleme des Landes zu lösen.“

Kann man sich da wundern, daß Damaskus unnachgiebig bleibt? Gewiß ist ein Wahljahr in den USA für die Suche nach einem außenpolitischen Konsens denkbar ungünstig. Das enthebt die jeweilige Regierung aber nicht der Aufgabe, unzeitweilige Signale zu setzen. Wenn man den Gegner in Damaskus beeindrucken will, muß man unter Beweis stellen können, daß man vor dem Gegner zu Haus nicht klein beugt.

Krank in Nicaragua

Von Günter Friedländer

Warum inserieren costaricanische Privatkliniken in nicaraguanischen Zeitungen? Wer in Nicaragua operiert werden muß, versucht nach Costa Rica zu fahren oder, wenn seine Stellung das fordert, nach Kuba.

Nicaragua verfügt in 31 Krankenhäusern und 15 sogenannten Gesundheitszentren über 4765 Betten, 1,9 pro tausend Einwohner, etwa ein Drittel der erforderlichen Zahl. 1104 Betten sind von chronisch Schwerkranken belegt, für andere Kranke bleiben nur 3661. Da das nicht genügt, müssen oft drei gehäufte Frauen ein Bett teilen, und bis zu 30 Neugeborene liegen in einem großen Massenbett. Diese Zahlen stehen in Widerspruch zur Behauptung der Sandinistas, die Probleme der Krankenpflege gelöst zu haben.

Die Versorgung der Kranken ist sogar schlechter geworden. Viele erfahrene Ärzte haben nach der Revolution das Land verlassen. Sie wurden von jungen kubanischen Ärzten ersetzt, die oft gerade ihre Ausbildung beendeten. Ihre Popularität ist strittig. Den Patienten fehlen natürlich die objektiven Maßstäbe, die Qualität der Ärzte zu beurteilen. Unvermeidbare Mißerfolge wiegen im Volk mehr als Heilungen. Hinzu kommt der Berufsneid: Viele Direktoren der Krankenhäuser sind Kubaner. Nicaraguanische Ärzte klagen, daß sie benachteiligt werden, und das schürt das Mißtrauen, dem sich viele Kubaner ausgesetzt sehen.

Die 1950 in Nicaragua tätigen Ärzte müssen im Jahr mehr als sechs Millionen Fälle behandeln. Kranke müssen bis zu einem halben Jahr auf einen Arzt warten. Da die Behandlung heute kostenlos ist, geht jeder Nicaraguaner 2,2mal im Jahr zu einem Arzt. Die staatliche Krankenkasse muß alle Nicaraguaner behandeln, aber nur wenige zahlen die Beiträge.

In den Krankenhäusern fehlt es an allem, vom Aspirin bis zum Nähmaterial, für Röntgenaufnahmen sind nicht genügend Filme da. Gesundheitspflege steht nicht hoch genug auf der Liste der Prioritäten. Devisenmangel zwingt die Comandantes, Kaffee oder Zucker gegen Medikamente einzutauschen. Bulgarien ist eines der wenigen Länder, die dazu bereit sind. Aber ihre Anästhetika fürchtet man mehr als die Krankheiten selbst.



Dechum - Blattli

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Im Spiegel der Kultur

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

In Bochum und Düsseldorf spielt „man „Furcht und Hoffnung der BRD“. Es treten auf: Arbeitslose, Kinsame, Deformierte, Ängstliche. Auch in Bochum spielt man „Der Schein trügt“. Es treten auf: Geschlechterte, Selbstmitleidige, Klagen. In Graz zeigt man mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes eine Selbstdarstellung der „neuen deutschen Malerei“. Die Künstler malen: Behinderten-Liebe, Freßorgien, Totenköpfe im Fischnetz. Im Fernsehen präsentiert man (nur zum Beispiel) „Schattengrenze“. Es war zu sehen: Ein Geschlechterter wird kriminell. Wahrscheinlich, möchte man Brecht zitieren, wir leben in finsternen Zeiten.

Die deutsche Kultur gibt sich zu nehmend monoton. Sie ist von einem Lebensgefühl getragen (oder fühlt sich ihm zumindest verpflichtet), das geradezu neurotisch um sich selbst kreist. Es besteht in erster Linie darin, sich an 1001 Behinderungen aufzureiben. Es stürzt sich willig in alle nur denkbaren Ängste. Jedes Magendruckchen bläst sich zur Apokalypse. Wird einem schlechten Film die Förderung entzogen, malt man sofort faschistische Zensur-Gelber auf einen schwarzen Geisteshimmel. Und kündigt jemand an, die Goethe-Institute doch wieder stärker im Sinne des Werbens für Deutschland zu mobilisieren, dann wird Kulturkampfstimmung beschworen. Hat unsere Kultur wirklich so wenig Selbstvertrauen, zweifelt sie so sehr an der eigenen Bedeutung, daß schon Nadelstiche genügen, das Gespenst vom Großinquisitor in den täglichen Alpträumen aufscheinen zu lassen?

Die Gegenrede gegen solcherlei Selbstverwundung ist leider nicht besser. Das Positive wird beschworen. So gut, so frei, so sicher, sagt man, habe in Deutschland noch nie eine Generation gelebt. Das ist ja sicher richtig. Aber es ist ja auch richtig, daß Arbeitslose Probleme haben. Daß Behinderte mit Schwierigkeiten kämpfen müssen. Daß alte Menschen in unserer Gesellschaft häufig isoliert sind. An der Wahrheit, ob es uns gut geht und ob wir Probleme haben, ist das Dilemma nicht festzumachen.

Der Filmregisseur Hans Jürgen Syberberg hat unlängst auf einer

dieser üblichen Lamentierveranstaltung in München („Reden über das eigene Land: Deutschland“) etwas gesagt, was manchem gar nicht gefallen haben dürfte: „Wir wurden zwar die besten Amerikaner Europas, die besten Sowjetfreunde und die willigsten Punks, Drogenfreaks und machten Filme, die überall laufen - aber wir verloren das, was wir sein mußten, Leute, die nicht nur eine Geschichte haben, sondern auch Geschichte machen.“ Und er sprach in diesem Zusammenhang vom „Kulturverlust des Utopievertrauens“. Man muß Syberbergs Schnüffelfolgen nicht teilen. Aber hier liegt ein Kernpunkt des Dilemmas. Unsere Kultur spiegelt nur, was sich im öffentlichen Bewußtsein vollzieht. Wir sind erbittert über leere Haushaltskassen und Abstriche am sozialen Sicherungsnetz. Über all das kann man streiten, muß man streiten. Aber wir tun das, als hinge unser Schicksal davon ab.

Die Kultur versteht das. Thomas Bernhard hat in seinem jüngsten Roman geschrieben: „Er stirbt beinahe ununterbrochen an Selbstmitleid.“ Bernhard hätte sich selbst und sein schriftstellerisches Tun kaum besser beschreiben können. Für seine Kollegen hat er gleich mitgesprochen. In der Malerei gibt es Gesten und Attitüden statt Visionen. Im Theater Klagen und Ratlosigkeit statt Dimensionen.



Leute, die auch Geschichte machen: Filmregisseur Hans Jürgen Syberberg. FOTO: PETER RITSCH

In der Literatur Ich-Beschreibung statt Perspektiven. Leiden, das einmal Kreuzweg-Dimensionen hatte, ist zu pathologischen Selbstbeschreibungen verkommen. Franz Xaver Kroetz läßt in seinem neuen Theaterstück einen Arbeitslosen omanieren, um die deformierenden Wirkungen des Beschäftigungsverlustes zu zeigen. Auch das ist eine treffende Selbstbeschreibung. Wenn das Leid solche Dimensionen angenommen hat, dann muß man sich nicht wundern, wenn man unglücklich ist.

Dahinter steckt Rückzug. George Orwell, 1984 ist wieder in die Bestsellerlisten gerückt. Und das nicht nur wegen des Datums. Die Schrecken des totalen Überwachungsstaates jagen einem so angenehme Schauer des Entsetzens über den Rücken. Da stand doch tatsächlich der Name eines deutschen Schriftstellers in der MAD-Kartei. Also hat Orwell uns eingeholt. Es macht einen so bedeutend, wenn der große Bruder droht, und es ist so angenehm, daß man beim Schillen der Türklänge trotzdem nicht damit rechnen muß, Besuch vom Folterknecht zu erhalten. Adenauer hat 800mal in der MAD-Kartei gestanden. Aber er war eben auch kein deutscher Dichter auf der Suche nach Schicksal.

In Hamburg spielt man derzeit „Die Räuber“. Das Publikum schlägt sich vor Vergnügen auf die Schenkel. Dafür hat ein deutscher Dichter mal im Gefängnis gesessen. Welch eine Perspektive! Es gibt offenbar nichts Schlimmeres, als die Gummizelle des Pluralismus. Endet das zwangsläufig in den Mehltau-Jammerreden einer Ersatzhandlungs-Kultur? Geschichte im Sandkasten? Schicksal als Funktion des Sozialversicherungsberechnungssatzes? Tod als Krankenhaus-Fehlbesuch? Kroetz hat gesagt, er suche eine neue Ästhetik. Das ist wohl nötig. Sein Kollege Tankred Dorst bekundet, es müsse nicht alles erklärbar und auflösbar sein. Vielleicht liegt hier ein Ansatz: Widersprüche stehen lassen. Konflikte ertragen. Die Perspektiven erweitern und Grenzüberschreitungen wagen.

IM GESPRÄCH John J. O'Connor

Mitra und Matrosenmütze

Von Thomas Kielinger

Auf diesem Stuhl hatten Kardinal Spellmann und Kardinal Cook gesessen, zwei Persönlichkeiten, die so unverwechselbar mit New York verschmolzen waren wie die Freiheitsstatue und das Empire State Building. Wir sprechen von der Erzdiözese New York, mit 1,8 Millionen Seelen die viertgrößte der USA (nach Los Angeles, Chicago und Boston), aus alter Tradition das Fährschiff des amerikanischen Katholizismus und Richtungsanzeiger der geistigen Strömungen.

In dieses Amt, das seit dem Tode von Terrence Cooke im vorigen Sommer verwaist war, hat der Heilige Vater vor wenigen Tagen einen Mann mit dem untrüglichen Talent für einen harten Job beordert: Bischof John Joseph O'Connor. Der 64-jährige hatte gerade erst neun Monate in seiner neu zugeordneten Diözese Scranton, Pennsylvania, abgedient, jedoch die Stadt und ihre Bürger mit seinem Flair für leichte Kommunikation, womit er seinen unbändigen Arbeitseinsatz zu tarnen pflegt, schon erobert.

Freilich, das Land - auch New York - kennen ihn besser aus den über dreißig Jahren, die er als Militärseelsorger in den amerikanischen Streitkräften gewirkt hat, davon zwischen 1979 und 1983 als Hauptverantwortlicher für den Gesamtbereich Militärpastor.

O'Connor ist das seltene Bild eines Akademikers mit dem Hang zum öffentlichen Kontakt, eines weltoffenen Mannes mit den entscheidenden Postulaten des Glaubens und der Lehre in seiner Ausrüstung. 1945 zum Priester geweiht, erwarb der junge Geistliche aus Philadelphia nachher ein Doktorat in politischen Wissenschaften und eine Magister-Ausbildung in klinischer Psycholo-



Erst Konteradmiral, dann Erzbischof: John J. O'Connor. FOTO: AP

gie, ehe er 1952 als Kaplan in die Marine eintrat, die er erst im Rang eines Konteradmirals wieder verließ. Ohne Zweifel hat der Papst mit der Ernennung dieses Mannes einen Ausgleichsfaktor in die amerikanische Hierarchie einbauen wollen, in der das progressive Element Neigungen zeigt, sich zu verselbständigen.

Über allem aber möchte New Yorks neuer Erzbischof Hirte und Seelsorger sein, der das Wort und die Ansprache der Grundwahrheiten wieder ernst nimmt. Denn, so sagte er, „die Menschen rufen nach fundamentaler Erkenntnis“. Dabei vermitelt O'Connor die Rückbesinnung auf das unverfälschte Wort mit der verführerischen Leichtigkeit des geborenen Populisten. Bei der letzten Firmung in seiner Diözese stülpte er einem der Firmlinge aus heiterem Himmel die Bischofsmitra auf und fragte ihn entwandend: „Wenn du jetzt Bischof wärest, was würdest du machen?“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

„Bochum als Bonn“ überschreibt die Zeitung ihren Kommentar zu Kohls Steuerreformplänen.

Bundeskanzler Kohl hat - offenbar nach Abstimmung mit FDP-Chef Genscher - die „Verwirklichung einer leistungsbezogenen und zugleich familienfreundlichen Steuerpolitik“ noch für dieses Jahr angekündigt. Im Klartext: Die Sätze der Lohn- und Einkommensteuer sollen gesenkt, die Steuerprogression, die vor allem Bezieher mittlerer Einkommen ungerecht hoch belastet, soll abgeflacht werden. Der Kanzler hat damit von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht; denn gegen eine baldige Steuerreform zugunsten der „Kleinen“ wehrten sich die Minister Stoltenberg und Lambsdorff vehement. Sie hätten aus unterschiedlichen Gründen eine solche Reform gern noch ein bißchen hinausgeschoben; am liebsten bis in das Jahr 1986. Kohls Entscheidung wird von vielen Bürgern herzlich begrüßt werden. Ist doch die Steuerlastquote in der Bundesrepublik auf eine unzumutbare, im internationalen Vergleich geradezu astronomische Höhe angestiegen. Eine Folge: In zahlreichen Branchen hat sich bereits ein regelrechter schwarzer Arbeitsmarkt gebildet. Der Finanzminister, der auf Geld besonders scharf ist, weil ihm an der Sanierung des hochverschuldeten Haushalts liegt, murt verständlicherweise über den einsamen Kohl-Beschluß.

Basler Zeitung

„Der Rücktritt, der nicht stattfand“, heißt es hier von Alfred Kiesing/Wörner.

Hätte Verteidigungsminister Wörner demokratischen Anstand vor persönlichen ministeriellen Überleben gestellt, so wäre es gar nicht erst zur Affäre Kiesing gekommen (die mittlerweile zur Affäre Wörner geworden ist). Wörner hätte beispielsweise Anfang Januar folgende Erklärung abgeben können: Am 23. Dezember 1983 verfügte ich in meiner Eigenschaft als Verteidigungsminister die Entlassung von General Günter Kiesing. Ich traf diesen Entscheid aufgrund eines Berichts des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) der deutschen Bundeswehr. Ich glaube, mit meinem Entscheid die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten, die Integrität der Bundeswehr zu wahren und allfälligen Sicherheitsrisiken zu vermeiden. Heute muß ich feststellen, daß mein Entscheid falsch war. General Kiesing ist großes Unrecht widerfahren. Die Ehre eines verdienstvollen Soldaten ist auf eine Weise verletzt worden, die mich tief beschämt. Ich habe mittig, wie die Konsequenzen aus meinem Fehlentscheid gezogen. Heute morgen traf ich meine drei letzten Amtshandlungen als Verteidigungsminister: Ich machte General Kiesings Entlassung rückgängig, ordnete eine Untersuchung über die Arbeit des MAD an und reichte meinen Rücktritt ein.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt befaßt sich mit Geilfers Schreckensrede von der roten Gefahr für die innere und äußere Sicherheit.

Geilfers Schreckensrede von der roten Gefahr für die innere und äußere Sicherheit zielt vermutlich weniger auf Wirksamkeit bei noch fernem Wahlen als auf Ablehnung von Affären, Fehlern und Feinheiten, die seit Wochen die Regierung Kohl/Genscher in die Schlagzeilen bringen. Was immer an Taktik im Spiel sein mag: der CDU-General hat erneut den Zorn der Sozialdemokraten auf sich gezogen. Auf einem anderen Blatt steht freilich die Frage nach der Solidarität der Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in Hessen. Sie basiert auf einem Minimalkonsens.

Gute Aussichten, auch wenn der Zinsfuß tragt

Die Wirtschaft kam in Schwung, obwohl der Export auf sich warten ließ / Von Hans-Jürgen Mahnke

Der Aufschwung in der Bundesrepublik ist bisher nach einem anderen Muster verlaufen, als dies bei früheren Konjunkturzyklen meist der Fall war. Die deutsche Wirtschaft ist diesmal in Schwung gekommen, obwohl der Export zu nächst gar nicht so günstig gelaufen ist, von ihm sogar eher dämpfende Einflüsse ausgegangen sind. Früher war der Export der Motor, der die wirtschaftliche Entwicklung nach oben gezogen hatte.

Allerdings deutet jetzt alles darauf hin, daß auch diese Maschine wieder einspringt, daß sie sogar auf hohe Touren kommen wird. Seit dem Spätherbst hat sich die Auslandsmachfrage deutlich belebt, zwar nicht in allen Branchen gleichmäßig, aber doch bereits mit einer beachtlichen Breite. Und die Vorausschätzungen für das laufende Jahr wurden in letzter Zeit sogar noch nach oben korrigiert. Eine Zunahme der Ausfuhren um fünf bis sechs Prozent nach Abzug der Preissteigerungen wird jetzt für wahrscheinlich gehalten. Der Hauptgrund dafür: Auch die

Weltwirtschaft ist aus dem Tal herausgekommen. Gezogen wurde sie von den USA und Kanada. Dort erreichte das Wachstum eine Stärke, die zunächst nicht für möglich gehalten wurde. Japan steht dem nur wenig nach. Dieses hat auch auf andere Industrieländer ausgestrahlt. Auch die Entwicklungsländer profitieren von den Einkäufen jener, die konjunkturell schon weiter vorangekommen waren. Daher dürfte der Weltmarkt, der im vergangenen Jahr nur um gut ein Prozent zugelegt hatte, 1984 um fünf Prozent expandieren, was nichts Außergewöhnliches ist.

Solche Wachstumsraten wurden selbst noch in den siebziger Jahren registriert. Es folgte dann aber stets wieder der Einbruch. Die Gefahr ist dieses Mal geringer.

Der Prozeß ist solider angelegt. So wurde die Inflation nicht nur in der Bundesrepublik erheblich gedämpft, die Konjunktur wurde auch nicht durch kurzfristige staatliche Ausgabenprogramme angekurzelt. Abgesehen von den Vereinigten Staaten wird in vielen Ländern versucht, die Staatsverschul-

dung einzudämmen. Aber nicht nur das: Im Gegensatz zu den siebziger Jahren verläuft die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr im Gleichmarsch, es gibt Vorreiter und Nachzügler, wobei die Bundesrepublik gegenwärtig im Mittelfeld liegt. Und selbst wenn die Konjunktur bei denen, die jetzt vorn liegen, stocken sollte, haben die anderen inzwischen so weit aufgeholt, daß sie dem Weltmarkt die nötige Schubkraft verleihen können. Sicher werden die Wachstumsraten geringer ausfallen, als wenn alle Länder gleichzeitig nach vorn stürmen würden. Die Chancen, daß die Aufwärtsentwicklung für eine längere Zeit anhält und die Inflation nicht wieder angeheizt wird, sind erheblich gewachsen. Für den Wachstumsprozeß in der Bundesrepublik ist dies eine sehr viel günstigere Konfiguration.

Damit sind allerdings noch nicht alle Risiken gemeistert, die auf der Weltwirtschaft lasten. Viele Staaten der Dritten Welt stecken nach wie vor in einer tiefen Verschuldungskrise. Aber auch für sie ist es

leichter, damit fertig zu werden, wenn sie mehr exportieren können. Dazu müssen die Industriestaaten ihre Märkte offenhalten, muß der Protektionismus, der in den letzten Jahren überhand genommen hat, zurückgedrängt werden.

Leider ist es wohl ein frommer Wunsch, daß die zahlreichen Handelshemmnisse wieder beseitigt werden, wenn der Aufschwung sich erst einmal durchgesetzt hat. Nicht nur die USA liefern gegenwärtig Beispiele dafür, daß dem nicht so ist. Auch in Europa ist angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit der Druck von Gewerkschaften und Unternehmen auf die Regierungen groß, die ausländische Konkurrenz zu benachteiligen. Es bedarf also noch gewaltiger Anstrengungen der verantwortlichen Politiker in allen Ländern, das Rad wieder zurückzudrehen.

Der Kampf gegen den Protektionismus ist daher eines der zentralen Themen der internationalen Konferenzen dieses Jahres. Angesichts des amerikanischen Wahl-

kampfes sind die Aussichten dafür, daß in diesem Jahr bereits Schritte zu einer Liberalisierung des Weltmarktes eingeleitet werden, gering. Die Hoffnungen richten sich auf die Mitte der achtziger Jahre. Und sie sind nicht unbegründet.

Für die deutsche Exportwirtschaft, die sich trotz aller Unkennrte im Wettbewerb bisher recht gut behauptet hat, würden sich dadurch die Aussichten weiter verbessern. Immerhin sind die Ausfuhren schon jetzt neben den Investitionen eine feste Stütze für den Aufschwung. Und je mehr investiert wird, desto mehr technologische Neuerungen werden eingeführt. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die in einer Form ins Gerede gekommen ist, die sich so wirklich nicht halten läßt, abgestützt. Manches wäre leichter, wenn auch die Zinsen sinken würden. Trotzdem sind die Aussichten alles in allem recht rosig. Das alte Wort, wenn im Export läuft, dann läuft auch die Binnenkonjunktur, dürfte bald wieder gelten.

„Freiwillig“ sollen die Krankenkassen geschont werden

Um die Kosten in der Arzneimittelversorgung zu senken, suchen Krankenkassen und Pharmaverband nach neuen Wegen. So ganz freiwillig kommen sie allerdings heute nicht zusammen, denn Minister Blum droht mit gesetzlichen Maßnahmen.

Von PETER JENTSCH

Bundesgesundheitsminister Norbert Blum lacht sich ins Fäustchen, obwohl er in der gesetzlichen Krankenversicherung rund 3,5 Milliarden Mark einsparen muß. Das ist notwendig, damit es dort nicht zu Beitragssteigerungen kommt, die seinen Absichten bezüglich der Renten- und Arbeitslosenversicherung zuwiderlaufen würden. Nun scheint es, als wären zumindest Teile der Pharmaindustrie bereit, preispolitisch zurückzustecken und damit die Kassen- und damit die Krankenkassen zu entlasten. Und das, ohne daß Blum einen Finger rühren müßte.

Heute und am Donnerstag finden in Bonn getrennte Gespräche zwischen dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), den Betriebskrankenkassen und dem Bundesverband der Ortskrankenkassen statt. Mit dem Ziel, Lösungen für die Kostendämpfung in der Arzneimittelversorgung zu erarbeiten. Führen diese Verhandlungen zum Erfolg, braucht Blum politisch nicht mehr aktiv zu werden, zunächst jedenfalls nicht.

In der Hinterhand, sozusagen als gelindes Druckmittel, hält er eine Gesetzesinitiative, durch die der privatwirtschaftliche Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie öffentlich-rechtlichen Charakter erhält. Mit einer solchen Institution könnten die Spitzenverbände der Krankenkassen - nach dem Muster der Kassenzentralen Bundesvereinigungen - Verträge abschließen über die Höhe der jährlichen Gesamtvergütung für Arzneimittel.

Ordnungspolitische und juristische Neuland

Freilich wäre es ein Vorstoß in juristisches und ordnungspolitische Neuland, wenn ein auf freiwilliger Mitgliedschaft begründeter Wirtschaftsverband mit dem Recht ausgestattet würde, das wirtschaftliche Gebaren der ihm angehörenden Firmen zu beeinflussen. Verfassungsrechtliche Gründe schließen zum Beispiel eine Zwangsmemberschaft einzelner Unternehmen in diesem Verband aus, bei freiwilliger Mitgliedschaft käme es zu einer Spaltung des Arzneimittelmarktes und das führte, zumindest sagen es die Betroffenen, letztlich zum Untergang der mittelständischen Arzneimittelindustrie. Die FDP hat deshalb ebenso wie starke Kräfte in der Union erhebliche Bedenken. Auch das Bundeskartellamt zeigt sich beunruhigt.

Auf Fragen dieser Art und ihre schwierige politische Beantwortung muß sich der Arbeitsminister nun zunächst nicht einlassen. Gegenüber der WELT sagte er: „Der starke Anstieg der Arzneimittelpreise im vergangenen Jahr - etwa sechs Prozent - belastet die Krankenkassen erheblich und gefährdet die in letzter Zeit erreichte Beitragsstabilität.“

Damit freilich sagte der Minister nur die halbe Wahrheit. Denn: ● zwar sind die Beitragsätze der Krankenkassen 1983 um etwa ein halbes Prozent von durchschnittlich 12,2 auf 11,7 gesunken, doch auf die Kassen kommen neue Belastungen in Milliardenhöhe zu; ● die „Negativliste“, die die Behandlung von Bagatellerkrankungen mit

Medikamenten auf Kassenrezept abschließt, hat statt der erwarteten 500 Millionen Mark nur Einsparungen in Höhe von etwa 250 Millionen Mark gebracht; ● die Kosten für die Ausbildung nichtärztlicher Heilberufe wurden vom Bundesrat den Kassen zugesprochen. Mehrbelastung für die Krankenkassen: jährlich 1,5 Milliarden Mark; ● die vom Bundesgesundheitsminister erzielte Reform des Krankenhausbau- und -finanzierungsgesetzes (KHG) wird in der Mitte Dezember vergangenen Jahres von der Expertenkommission vorgelegten Form an Widerstand der Länder scheitern. Folge: Die von Blum erwartete Entlastung der Kassen in Höhe von 1,7 Milliarden Mark bleibt aus;

● Summa summarum: Auf die gesetzliche Krankenversicherung kommen jährlich statt erwarteter Einsparungen von 1,95 Milliarden Mark Mehrbelastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark zu. Damit dürfte sich der Trend sinkender Kassenbeiträge nicht mehr fortsetzen. Eine weitere Beitragsentlastung bei den Krankenkassen braucht Blum aber, damit er die Beiträge zur Rentenversicherung im finanziell erforderlichen Umfang anheben kann, ohne daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem Strich durch die Angaben zur Sozialversicherung stärker belastet werden.

Blum begrüßt die geplanten Vorschläge

All das weiß Blum. Er sagte deshalb der WELT weiter: „Es ist zu begrüßen, daß sich diejenigen, die in erster Linie Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung und die Entwicklung der Preise nehmen können, die Hersteller, die Ärzte und die Krankenkassen, um eine Lösung der in diesem Bereich bestehenden Probleme bemühen wollen. Damit kann die Selbstverwaltung ihrer Verantwortung für eine wirtschaftliche Arzneimittelversorgung gerecht werden.“ Welchen Inhalt die vertraglichen Beziehungen zwischen der Krankenkassenversicherung und der Pharmaindustrie erhalten sollen, urteilt der Minister auch: „Diese Vereinbarungen sollen auch dem Beitrag der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf dem Arzneimittelmarkt, insbesondere des Preiswettbewerbs, zu verbessern und eine wirtschaftlich stärker an der Preiswürdigkeit der Arzneimittel orientierte „Verordnungsweise der Ärzte zu erleichtern.“

Damit zeichnet Blum einen Weg vor, von dem abzuweichen bleibt, ob ihm die Pharmaindustrie folgt. Die Ortskrankenkassen immerhin, die auf ihrer Hauptversammlung Ende 1983 in Hamburg für vertragliche Beziehungen mit der Pharmaindustrie plädierten, machten gegenüber der WELT deutlich: „Wir treten für echte Verträge ein: mit einer freiwilligen Preisbeschränkung geben wir uns nicht zufrieden. Denkbar ist, daß wir im ersten Anlauf einen Mechanismus vereinbaren, der Höchstbeträge für die jährlichen Arzneimittelausgaben festlegt. Darüber hinaus muß festgelegt werden, daß bei Überschreitung der Höchstbeträge diese Mittel an die Kassen zurückgeführt oder mit dem folgenden Jahr berechnet werden.“

In der Pharmaindustrie zeigt man sich zwar gutwillig, aber man sieht dort die wirtschafts- und rechtspolitischen Probleme einer Vertragsbeziehung mit den Kassen scharfer als im Lager der Regierungsparteien. Zugleich verweist man darauf, daß Arzneimittelpreise im Mehrjahresvergleich geringer gestiegen seien als die Lebenshaltungskosten.

Wir und Israel: Es geht um Gerechtigkeit

Wie stellt sich das von besonderer Verantwortung der Deutschen geprägte Verhältnis zwischen Deutschland und Israel nach dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl dar? Zu diesem Thema hat der Berliner Verleger Axel Springer in der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 5. Februar) grundsätzlich Stellung genommen. Wir veröffentlichen Auszüge.

Von AXEL SPRINGER

Nach der Reise des Bundeskanzlers, dessen Verdienst es ist, Israel nicht - wie sein Vorgänger - vergeblich warten gelassen zu haben, frage ich mich: Wird die Politik des freien Deutschland unseren besonderen Pflichten gegenüber dem Staat der Juden eigentlich gerecht?

Daß der Umstand, bei Kriegsende in jugendlichem Alter gewesen zu sein, nicht bedeuten darf, sich aus der Verantwortung davonzustellen, hat auch Bundeskanzler Kohl in Jerusalem gesagt.

Aber es ist nicht verwunderlich, daß nicht nur in der israelischen, sondern auch in der deutschen Presse über die häufigen und betonten Hinweise des Bundeskanzlers geklagt wurde, er sei 1945 erst 15 Jahre alt gewesen? Ein Jude, der im selben Alter in Auschwitz war und es überlebte, trägt an dem Entsetzen bis zu seinem Lebensende. So wird verständlich, daß der Eindruck entstand, der Bundeskanzler „mache es sich zu leicht, und es fehle ihm die Dimension der Tiefe.“

Und Israel fragt natürlich danach, ob und wie die Bundesrepublik Deutschland diese besondere Verantwortung praktiziert. Sie wäre ja eine leere deklaratorische Formel, wenn sie nicht ganz konkrete Konsequenzen hätte.

Diese Konsequenzen beziehen sich übrigens nicht nur auf die Schatten der Vergangenheit und auf die Schuld, die - soweit das überhaupt noch menschlich möglich ist - durch die Tat getilgt zu werden hat. Auch wenn es diese furchtbare Last nicht gäbe, wäre der demokratische deutsche Rechtsstaat verpflichtet, auf der Seite Israels zu stehen. Denn Israel ist - ganz im Gegensatz zu den arabischen Diktaturen und Feudalstaaten,

voo denen einige dem islamischen Fundamentalismus verfallen und vom Haß bestimmt sind - ein freies Land, das in dieser Region für die Bewahrung der Menschenrechte einsteht.

Moskaus aggressive Begehrlichkeit im Nahen und Mittleren Osten ist bekannt, und sie ist für Europa schicksalhaft gefährlich. Nur Israel steht mit seinem Mut und mit seiner Kraft zuverlässig gegen dieses Risiko und damit auch für unsere vitalen Interessen.

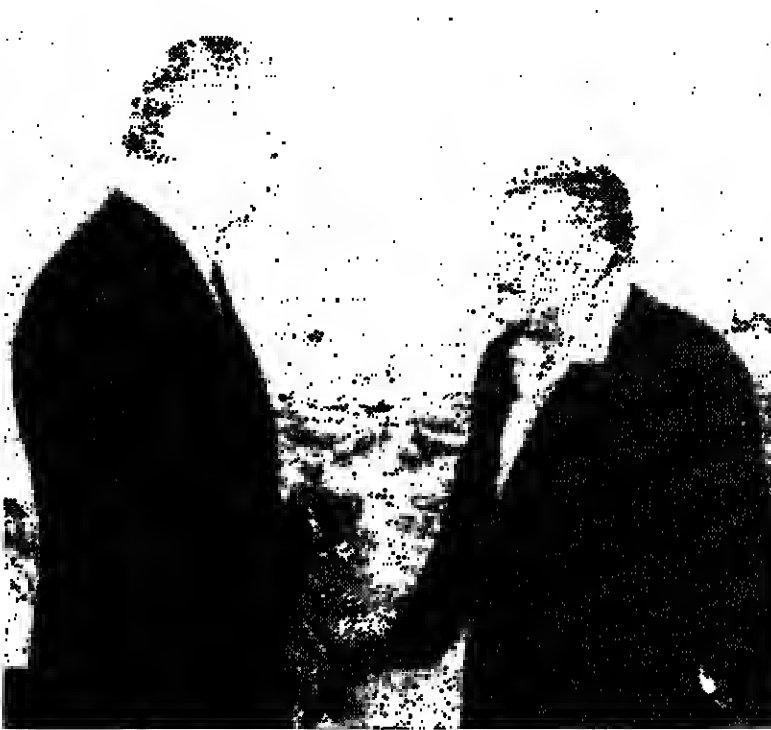
Es sind also die demokratische Verbundenheit und das eigene Interesse an diesem Bollwerk der Demokratie, die uns daran hindern müßten, Israel und seinen Feinden gleichermaßen eine undefinierte und unqualifizierte Freundschaft anzubieten.

So ist es nicht verwunderlich, wenn ein besonnenen Mann wie Ex-Premier Rabin die instinktive Bemerkung des deutschen Regierungssprechers, Auschwitz dürfe nicht für die Tagespolitik instrumentalisiert werden, als „deutschen Zynismus“ brandmarkt und die deutsch-israelischen Beziehungen in Gefahr sieht, auf den Nullpunkt zu sinken.

Gegenüber Israel von deutscher Seite Unbefangenheit und „Normalität“ geltend zu machen ist abwegig und kann nur zum Gegenteil führen. Ist es etwa selbstverständlich, daß weniger als vierzig Jahre nach dem Erlöschen der Gasöfen ein deutscher Bundeskanzler mit wehenden schwarzrotdorbenen Fahnen und der Hymne begrüßt wird, in der es heißt: „Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland“? Der junge Trompeter in der Militärkapelle auf dem Rollfeld des Airports Ben Gurion kann der Enkel eines Mannes sein, der im Hochspannungsdraht eines Konzentrationslagers gestorben ist.

Ein deutscher Regierungschef, der durch Israel reist, begegnet unzähligen Menschen, deren Angehörige im Holocaust vergast, am Rande der Gruben erschossen oder in den KZ-Baracken erschlagen worden sind. Und trotzdem reichen die Überlebenden und die Nachkommen der Opfer den deutschen Gästen die Hand. Wer könnte da unbefangen sein? Wer dürfte da wagen, um „Normalität“ zu ersuchen?

Eine Politik der Bundesrepublik Deutschland, die dennoch blauäugig



Zwei Freunde: Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek (rechts) und Verleger Axel Springer, der im September 1983 mit dem Titel „Bewahrer Jerusalems“ ausgezeichnet wurde. FOTO: ZEEV ACKERMAN

an alle Beteiligten und Betroffenen appelliert, endlich Frieden zu geben, markiert zwar das richtige Ziel, doch löst sie sich von den harten Tatsachen. Man hat uns Deutschen angesichts der Teilungsnot unseres Vaterlandes oft gesagt, Bonn und Ost-Berlin müßten dieses Problem gemeinsam lösen. Dieser Ratschlag war entweder zynisch oder dumm. Und so ist es auch zynisch oder dumm, an Israel zu appellieren, sich mit seinen Feinden zu verständigen. Denn diese Feinde wollen das nicht, und wer ihnen in Israel die Tür öffnet, ließe seine Mörder herein.

Auf der Seite Israels zu stehen, bedeutet unweigerlich, sich seinen Feinden nicht anzubiedern oder ihnen gar Unterstützung zu gewähren. Das betrifft vor allem die Absicht eines deutschen Waffengeschäftes mit Saudi-Arabien.

Der ehemalige israelische Botschafter in Bonn, Meroz, schrieb dazu: „Kein Land ist fundamentalistischer eingestellt als Saudi-Arabien (sind es in Iran die Schiiten, so sind es bei den Saudis die Sunniten). Für die saudische Auffassung der islamischen Religion ist eine Annahme der Existenz des Staates Israel über-

haupt nicht vereinbar.“ Wenn Saudi-Arabien mit modernen deutschen Waffen beliefert würde, beständen vor allem zwei tödliche Gefahren:

Die Feindstaaten Israels und die extremistischen Palästinenser könnten Riad zur Herausgabe dieser Waffen erpressen und sie dann in einem neuen Angriffskrieg gegen Israel einsetzen. Oder eine Revolution könnte das zitternde, anachronistische Herrscherhaus hinwegfegen, so daß diese Waffen in die Hände der zum Angriff bereiten Feinde Israels fielen.

Auch die Möglichkeit ist nicht auszuschließen, daß Saudi-Arabien - um das zu vermeiden - den proklamierten „Heiligen Krieg“ wirklich mit anderen gegen Israel führen würde.

Wer von der Mäßigung Saudi-Arabien schwärmt und es darin durch modernes Kriegsgerät stärken will, hat sich zu fragen, warum dieser gepriesene Staat sich eigentlich weigert, dem israelisch-ägyptischen Frieden als Dritter im Bunde beizutreten. Nur darin könnten seine Mäßigung und seine angeblich stabilisierende Bedeutung in Nahost bezeugt werden.

Hätte die deutsche Bundesregierung ihre Absichtserklärung zugunsten des Waffengeschäftes von dieser Voraussetzung abhängig gemacht, dann wäre sie zwar noch immer fragwürdig, aber sie wäre in einem neuen Licht und gewänne einen Sinn. Wenn aber Riad auch mit den vorzüglichen Waffen noch zu schwach bleibt, um seinen Frieden mit Israel zu schließen, dann würde ein Risiko ohne Chancen etabliert.

Schaudert es die deutschen Politiker, denen dieses Waffengeschäft erstrebenswert erscheint, nicht vor dem Gedanken, daß im Feuer eines deutschen Panzers junge israelische Soldaten ihr Leben verlieren könnten?

In diesem Zusammenhang gehört auch die aus deutschem Munde gedankenlos wiederholte Floskel vom „Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser“. Diese Palästinenser sind nie ein Volk im Sinne einer Nation gewesen, und sie hatten niemals einen eigenen Staat. Heute aber haben sie einen: Jordanien. Warum sollten sie einen zweiten etablieren? Bei aller Einsicht in die - von den reichen arabischen Ländern nie hilfreich bedachte, sondern geschulte - Not palästinensischer Flüchtlinge steht doch im Vordergrund: Ein zweiter Palästinenser-Staat der geforderten Art würde von den Kräften des arabischen Terrorismus geführt.

Undurchdacht ist das „Argument“, wer als Deutscher für die Selbstbestimmung seines Volkes einträte, müsse sie auch für die Palästinenser geltend machen. Wenn wir unsere Selbstbestimmung mit Flugzeugentführungen, Kidnapping, Bombenattentaten und Geiselmorden durchzusetzen versucht hätten, würde wohl jedermann in aller Welt sagen, wir hätten sie damit verwirkt. Unsere Verpflichtung auf das Streben nach Selbstbestimmung mit friedlichen Mitteln haben die Palästinenser niemals für sich gelten lassen. Also verbietet sich eine Gleichsetzung aus diesem Grunde und aus anderen Gründen von selbst.

Bei alledem geht es nicht um eine einseitige, rigoristische Parteinahme für Israel, sondern es geht um Gerechtigkeit. Aus ihr ergeben sich die deutschen Verpflichtungen gegenüber dem Staat der Juden, und ihre Maßstäbe finden wir im Blick auf das, was war, auf das, was ist, und auf das, was sein wird.

Licht und Schatten beim japanischen Umweltschutz

Die Luft über Japan ist sauberer geworden und Baumsterben durch Umweltbelastungen gibt es kaum. Aber zunehmende Wasserverschmutzung und gesundheitsgefährdender Lärm machen den Japanern Sorge.

Von FRED de LA TROBE

Japans Bilanz des Umweltschutzes steckt voller Gegensätze. Neben bemerkenswerten Erfolgen im einzelnen fehlt es auf der Liste der Gegenmaßnahmen auch nicht an weißen Flecken. So sieht es Professor Kenichi Miyamoto von der Universität Osaka, der seit zwanzig Jahren einer der führenden Experten auf diesem Gebiet ist. „Seit 1970 ist es gelungen, die Luftverschmutzung zu vermindern. Beunruhigend ist aber, daß einige Formen der Umweltbelastung wie der steigende Lärmpegel oder sich häufende Schäden am alten Kulturgut kaum beachtet werden.“

Ein Ende letzten Jahres erschienene Weißbuch der japanischen Umweltschutz bestätigt die Meinung Miyamotos: „Insgesamt hat sich die Lage in den letzten Jahren verbessert, doch erfassen Umweltschäden jetzt weitere Gebiete als früher - auch ver-

mehrt ländliche Gegenden. Kritisch ist vor allem die Verschmutzung stehender Gewässer, die Abnahme der Waldflächen und Versteppung in abgelegenen Regionen.“

Die durch Hunderte von Todesopfern weitverbreiteten Fälle der Umweltverschmutzung in den fünfziger und sechziger Jahren wie die „Minamata“- „Itai-Itai“- oder „Kawasaki“-Katastrophen schockten Japan, und die Öffentlichkeit forderte energische Maßnahmen.

Das Gesetz zur Kontrolle der Umweltverschmutzung von 1967 machte den Anfang, später folgte ein Bündel weiterer Verordnungen und Maßnahmen. Das Weißbuch bezieht die Zahl der amtlich registrierten und entschädigungsberechtigten Opfer der Umweltverschmutzung auf derzeit 87 648. Zehntausende anderer warten noch auf die staatliche Anerkennung ihrer Gebrechen.

Einer der ersten umweltbewußten Schritte war die Abgaskontrolle für neue Autos: Japan führte hier die schärfsten Vorschriften der Welt ein. Die Industrie mußte wirkungsvolle Katalysatoren und Filter einbauen. Nach den Bestimmungen dürfen Benzinmotoren nur noch 0,25 Gramm Stickstoffoxyd je Kilometer auspuß-

fen. Das sind 90 Prozent weniger als vor der Regelung. Um dieselbe Menge ist auch der Ausstoß von Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoff eingeschränkt. Normalbenzin ist überdies seit 1973 in Japan bleifrei.

Das Gesetz hat allerdings einige Lücken, so haben etwa alte Wagen eine Schonfrist bis 1987, ehe sie sich an die scharfen Vorschriften anpassen müssen. Für Dieselmotoren liegt die Abgasgrenze bei dem recht hohen Wert von 2,1 Gramm je Kilometer, für Lastwagen und Omnibusse sollen erst 1990 Werte zwischen 1 Gramm und 1,2 Gramm je Kilometer erreicht werden.

Eine neue Schockwelle löste Ende November vergangenen Jahres ein Test neuer japanischer Serienwagen mit Benzinmotoren des Forschungszentrums für Umweltschutz der Präfektur Aichi aus: Bis zu einer Geschwindigkeit von 45 Stundenkilometern blieben die Auspuffgase von Stickstoffoxyd im gesetzlichen Rahmen. Bei höherem Tempo stiegen sie aber bis zu zehnfachen Menge der erlaubten Gaswerte aus.

Es stellte sich heraus, daß die Autobauer nur auf die Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometern geachtet hatten, bei der die amtlichen Zulas-

sungsprüfungen stattfinden. Bei schnellerer Fahrt schaltet sich die Mechanik zur Abgasrückführung aus. Die Behörden prüfen den Fall noch, in der Autobranche herrscht indessen peinliches Schweigen.

Trotz mancher Schwachstellen zweifelt jedoch niemand daran, daß die Luft über Japan seit den sechziger Jahren wieder etwas reiner ist. 15 Meßstationen im Land meldeten bis Ende der siebziger Jahre einen ein- drucksvollen Rückgang der Verschmutzung, seither hat sich die Lage aber kaum verändert. Die Schwefeldioxyd-Verschmutzung zwischen 1965 und 1980 ist um 75 Prozent zurückgegangen, die Stickstoffdioxid-Belastung sank bis 1980 um die Hälfte, stieg seither aber wieder etwas. Die Kohlenmonoxyd-Verschmutzung ging bis 1979 um vier Fünftel zurück und blieb seither unverändert.

Alarm wegen photochemischem Smog gab es 1973 noch 328 Mal, 1982 waren es dagegen nur noch 73 Mal. Die japanischen Entschärfungsanlagen haben Kapazitäten von über 35 000 Megawatt, während es in der Bundesrepublik erst etwa 1000 Megawatt sind. So gibt es in Japan auch noch kaum sauren Regen und Bau-

mesterben. Erschreckend war dagegen ein kürzliches Testergebnis des Umweltinstituts von Tokio: Im Umkreis mehrerer Müllverbrennungsanlagen ermittelte es Quecksilberpartikel in der Luft, deren Menge den von der Weltgesundheitsbehörde festgelegten Grenzwert von 0,015 Milligramm um das 70fache bis 330fache überstieg. Als Ursache wurde die steigende Zahl mit dem Müll fortgeworfener Trokkanbatterien ermittelt.

Tauriges Kapital für Japan sind auch die zunehmende Wasserverschmutzung und der vielfach zu schweren Gesundheitsschäden führende Lärmpegel. Die Verschmutzung der Seen mit Cadmium, Zyanid, Phosphor, Blei und anderen Schadstoffen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Nur zwei Drittel der Wasserproben aus stehenden Gewässern entsprachen den gesetzlichen Mindestwerten.

Die Lärmbekämpfung steckt noch ganz in den Anfängen. Vom nächsten Jahr an soll aber innerhalb der Motorlärmlärm etwas gedämpft werden: Neue Lastwagenmodelle über 3,5 Tonnen sollen dann statt donnernder 86 Phon nur noch 83 Phon ausstoßen dürfen. (SAD)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 x die Woche!

Mo Mo Di Di Di Mi Do Do Fr Fr Sa So So

Mo: Frankfurt 12.40 h.	Mo: Düsseldorf 14.10 h. Montreal 17.20 h. Toronto 19.15 h.	Di: Frankfurt 12.40 h.	Di: Düsseldorf 14.10 h.	Di: Frankfurt 16.20 h. Edmonton 17.30 h. Vancouver 18.35 h.	Mi: Düsseldorf 12.05 h.	Do: Düsseldorf 12.05 h.	Do: Düsseldorf 16.00 h.	Fr: Düsseldorf 12.05 h.	Fr: Frankfurt 16.20 h. Calgary 17.50 h. Vancouver 19.00 h.	Sa: Düsseldorf 14.10 h.	So: Frankfurt 12.40 h.	So: Düsseldorf 14.10 h.
---------------------------	--	---------------------------	----------------------------	--	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	---	----------------------------	---------------------------	----------------------------



„Über Nacht“ Neuwahlen in Hessen?

DW, Wiesbaden/Kölnsteil
Der Vorsitzende der FDP-Bundesfraktion, Wolfgang Mischnick, hält Neuwahlen in Hessen „über Nacht“ für möglich. Vor dem Landeskongress der „Jungen Liberalen“ in Königstein sprach er die Vermutung aus, der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) wolle einen für seine Partei vorteilhaften Zeitpunkt abwarten, um ein weiteres Mal an die Wähler heranzutreten. Nach der Landesversammlung könne der Landtag durch Ablehnung eines Vertrauensantrages dem Ministerpräsidenten das Vertrauen entziehen.

Ministerpräsident Börner hat gegenüber der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz betont, er rechne mit der Verschiebung des Landtagshaushalts 1984 und der Regierungsbildung im Frühsommer. Der Haushalt werde noch vor Ostern in den Landtag eingebracht werden und der „eigentliche Prüfstein“ für die Zusammenarbeit mit den Grünen sein.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler warnte erneut vor einer Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch ein Bündnis der SPD mit den Grünen. Ministerpräsident Börner wies diese Kritik zurück.

„Medienfreundliches Klima“ für Hamburg

dpa, Hamburg
Mit der Herstellung eines „medienfreundlichen Klimas“ und der Einstellung auf die Bedürfnisse der neuen Medien will Hamburg seinen Ruf als führende Medienstadt verteidigen. Der Medienbeauftragte des Senats, Paul-Otto Vogel, sagte gegenüber dpa, die vorhandene Medienvielfalt der Stadt solle durch Förderung anspruchsvoller Branchen und politisch-rechtliche Gestaltung in der Medienlandschaft gesichert und ausgebaut werden.

Das neue Landesmediengesetz werde den Zugang Privater zu einer Hörfunkfrequenz und die Frage privater Fernsehprogramme regeln. Die Funktionsfähigkeit der bestehenden dürfte jedoch durch die neuen Medien nicht geschwächt werden. Der Staat könne Risiken und Chancen des freien Medienmarktes zwar nicht lenken, aber mit der Gestaltung von Vorgaben „fördern und helfen“.

Keine grüne Spaltung

Hessen: Radikalköologen wollen um Kurswechsel kämpfen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bei den hessischen Grünen, mit denen Ministerpräsident Holger Börner (SPD) ein dauerhaftes Bündnis eingehen will, ist der quälende Prozess der Selbsterforschung und Gewissensprüfung noch längst nicht abgeschlossen. Die „Radikalköologen“ („Radöks“) und Fundamentalisten in der Partei sehen nach wie vor mit Skepsis, Sorge und unverhohlenem Widerwillen auf das Bemühen der „Reformisten“ und „Realpolitiker“ in der Partei, mit Börner zu kooperieren. Aber sie wollen die Einheit der Grünen nicht aufs Spiel setzen, sondern in der Partei um einen Kurswechsel kämpfen. Das ist das Ergebnis des „Zweiten Radikalköologischen Forums“, zu dem sich am Wochenende 150 hessische Grüne in der Frankfurter Fachhochschule trafen.

Es war eine große Revue des Katzenjammers und der Ratlosigkeit. Bis vor wenigen Monaten hatten die Radöks in Hessen das Heft in der Hand gehabt. Sie konnten sich dabei auf eine „massenhafte Bewegung“ stützen, die beim Kampf gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens bis zu 150 000 Menschen auf die Beine brachte. Inzwischen ist der Einfluss der „sozialen Bewegungen“, also der Bürgerinitiativen gegen technische Großprojekte, jedoch rapide gesunken.

Die fertiggestellte Startbahn soll im April in Betrieb genommen werden. In den Startbahngemeinden sind die grünen Stadtverordneten einen Kooperationsvertrag mit der SPD eingegangen, der zum Vorläufer der sich anbahnenden Zusammenarbeit auf Landesebene geworden ist.

Ein Sieg der „parlamentarischen“ Kräfte

Die Machtverschiebung innerhalb der Partei zeigte sich vor drei Wochen auf dem Landesparteitag in Usingen/Taunus. Zwei Drittel der angereisten 1000 Mitglieder votierten für ein Zusammengehen mit der SPD. Die Radöks und ihre Freunde aus dem Bundesvorstand der Grünen gingen als Geschlagene vom Platz. Im hessischen Landesverband wurde diese Entscheidung auch als ein Sieg der „parlamentarischen“ Kräfte über die sogenannte „Z-Fraktion“ interpretiert, die sich aus dem kommunist-

schen Bund abgespalten hat, und der es geglückt ist, den Bundesvorstand der Grünen zu unterwandern. Dieser Gruppierung wird nachgesagt, unter der grünen Tarnkappe das alte Ziel einer Veränderung der Gesellschaft anzusteuern. Im Unterschied zu den grünen „Reformisten“, deren gesellschaftliche Wunschkinder den Idealen der Liberalisierung und Dezentralisation verpflichtet sind, huldigen sie dabei dem Modell eines zentralistischen Staats- und Wirtschaftsaufbaus als sozialistischer Prägung.

Muskelschwund der Bürgerinitiativen

In der Frankfurter Fachhochschule waren am Wochenende alle die Reizwörter dieses innerparteilichen Streites zu hören. Die Fundamentalisten sprachen von „Krise“ und „besessener Situation“ ihrer Partei. Ecloros war das Lamento über den Muskelschwund der Bürgerinitiativen, in denen die Radöks nach wie vor das „Standbein“ der Grünen sehen möchten. Das klang vielfach wie die Litanei von einer guten alten Kampfzeit, die unwiderruflich vorbei ist, etwa wenn eine Wiesbadenerin sagte: „Ich würde so gern wieder mehr Bürgerinitiativen arbeiten wie damals vor drei Jahren. Aber ich kenne in Wiesbaden keine einzige Bürgerinitiative, an der ich mitarbeiten möchte.“ Zu den „notwendigen“ Akzenten der Tagung paßte es, daß hier einmal nicht die jungen Grünen, sondern die 30- bis 50-jährigen den Ton gaben.

Die Überlebensstrategie der Radöks formulierte Jan Kuhnert von der grünen Landtagsgruppe. Das Ziel einer „radikalen Gesellschaftsveränderung“ hin zu einer ökologischen und humanen Gesellschaft könne nicht durch Parteiaustritt oder Spaltung erreicht werden. Lachender Sieger würde dann nur die „kapitalistische Wachstumsgesellschaft“ sein, und die zersplitterten Grünen würden „höchstens noch Blumen in die Ketten flechten dürfen, mit denen die Menschen auf dem Wagen gefesselt sind, der der Vernichtung der Welt entgegenrollt“. Die Radöks sollten deshalb ihre Positionen bei den Grünen halten, Ansprechpartner für die Basisinitiativen bleiben, Kritik am „falschen Weg“ üben und für Mehrheiten in den Versammlungen der Grünen werben.

EKD sucht Abgrenzung von Gewalt

DW, Mülheim/Ruhr

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat seine umstrittene Begegnung mit Vertretern der gewaltwendenden Untergrundorganisation Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) verteidigt. Das Gespräch, versicherte EKD-Sprecher Sattler in Mülheim/Ruhr, habe „ausschließlich der Information gedient“. Es sei dabei unter anderem zum Ausdruck gekommen, daß der ANC die Haltung der Kirchen gegen die Anwendung von Gewalt respektiere.

Vor allem von Repräsentanten der evangelischen Gruppen war der EKD vorgehalten worden, sie empfangen Vertreter einer terroristischen Organisation, die im übrigen marxistisch ausgerichtet sei.

Präsident Held vom Kirchenamt der EKD berichtete, das Mülheimer Treffen sei von Darstellungen der jeweiligen Position geprägt gewesen. So habe der anglikanische Pfarrer Barney Bitwane beispielsweise erläutert, warum er als Christ im ANC gegen die Apartheid in Südafrika kämpfe. Den Wert des Gesprächs sieht Held darin, „daß wir uns gegenseitig kennengelernt und besser verstanden haben“.

ANC-Präsident Oliver Tambo und sein Generalsekretär nahmen nicht, wie angekündigt, an der auf Wunsch des ANC zustande gekommenen Begegnung teil. Schatzmeister Thomas Nkobi erklärte, beide hätten aus dringenden Gründen in der sambischen Hauptstadt Lusaka bleiben müssen. Außer Nkobi war der „African National Congress“ (ANC) durch seinen Bonner Vertreter Tony Sedat und Pfarrer Bitwane repräsentiert. Die EKD hatte den Berliner Bischof Kruse, Präsident Held und Oberkirchenrat Conring vom Kirchenamt entsandt, die vor knapp einem Jahr in Südafrika im Untersuchungsverfahren als Zeugen für den Südafrikanischen Kirchenrat ausgesagt hatten. Dazu kamen das EKD-Ratsmitglied Professor Eßer und Prälat Blöder aus Bonn.

Die EKD habe durch ihre Vertreter darauf verwiesen, daß die Kirche dem Versöhnungsauftrag des Evangeliums verpflichtet sei, sagte Pressesprecher Sattler. Daher könne die EKD das gewaltsam durchgesetzte Apartheid-System nicht billigen, das fundamentale Menschenrechte außer Kraft setze. Ebenso wenig aber könne sie die Anwendung von Gewalt zur Überwindung des Unrechts befürworten.

Die CDU demonstriert Harmonie

Landesparteitag Baden-Württemberg verabschiedet Wahlprogramm / Beifall für Wörner

KING-HU KUO, Karlsruhe

Am Präsidiumstisch wurde Lothar Späth von zwei ehemaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs feierlich „umrahmt“: Kurt Georg Kiesinger und Hans Filbinger. Die beiden Senioren und der 46jährige amtierende Ministerpräsident sollten so auch optisch dokumentieren, was die Landes-CDU auf ihrem 19. Parteitag am Sonntagabend in der Karlsruher Schwarzwaldhalle im Wahlkampf den Wählern anzubieten hat: Kontinuität, Bewährtes, Konservatives, keine Experimente. Das Trio versinnbildlichte ferner das vom Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden angestrebte Ziel einer „Versöhnungsgesellschaft“, in der auch zwischen den älteren und jungen Generationen statt Konflikte ein harmonisches Zusammenleben im bürgerlichen Sinne verwirklicht werden soll.

Harmonie auch im Falle des baden-württembergischen Vertreters im Bonner Kabinett: stürmisch, stehend minutenlang klatschend, wurde Verteidigungsminister Manfred Wörner von den 378 Delegierten des Parteitages wie ein verlорterer und nun heimgekehrter Sohn auf heimeliche Weise begrüßt.

Erwin Teufel, CDU-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, erhielt starken Beifall für die Worte: „Die CDU Baden-Württembergs steht zu ihren Freunden, nicht nur wenn sie Sonne scheint, sondern auch wenn es regnet.“ An Wörner gewandt: „Sie erleben heute einen der schönsten Tage der letzten Wochen.“ Hans Filbinger, der wohl an andere Erfahrungen im

Jahre 1978 mit eben dieser Partei denken mußte, verzog keine Miene. Sichtlich bewegt von soviel Beifall und Solidarität wenigstens in der Südwest-CDU hat Wörner die Absage aller Wahlkampftermine teilweise wieder rückgängig gemacht. Am Freitagabend absolvierte er einen ersten Auftritt im CDU-Kreisverband Göppingen, der von Anfang an zu „seinem“ Abgeordneten gehalten hatte.

Der Minister kündigte an, er werde noch weitere Termine in seinem Kreisverband wahrnehmen. Sofern der Untersuchungsausschuß in Bonn zur Affäre Kießling ihm Zeit lasse, wolle er auch andere Verpflichtungen wahrnehmen. Auch Lothar Späth erklärte gegenüber Journalisten, Wörner sei im Wahlkampf jederzeit „willkommen“.

In Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl und anderer Bonner CDU- und Regierungsprominenz erlebte der Parteitag nur einen Höhepunkt: eine fast zweistündige Rede Lothar Späths. „Das Beunruhigendste an der Wahlkampflaufbahn der Landes-CDU, die einstimmig verabschiedet wurde, so der Partei- und Regierungschef, sei die häufig vorgebrachte Kommentierung: „Da steht ja gar nichts Neues drin.“

Denn die Landes-CDU und die von ihr getragene Regierung wollten und brauchen vor Wahlen nicht ständig Neues anzubieten. Die Devise laute viel mehr: „Kontinuität gestand, heute und morgen“. Er wolle das tun, was ein ehrlicher Kaufmann macht, nämlich Bilanz ziehen. Und diese Bilanz, so Späth, zeige einen positiven Punkt nach dem anderen. In Ba-

den-Württemberg sei das höchste Bruttosozialprodukt pro Einwohner, das höchste Arbeitnehmerentlohn, die niedrigste Arbeitslosenquote und Verschuldung, die höchste Zahl an Existenzneugründungen zu verzeichnen.

Die Bildungspolitik im Lande, so Späth, lasse die Schüler wieder „beachtlich“ werden, in den Schulen des Landes werde nicht mehr ausschließlich über Konflikte geredet. Späth verteidigte die restriktive Ausländerpolitik in diesem Bundesland mit dem Hinweis, Europa könne „keine neue Völkerwanderung“ verkraften.

Auf die Oppositionsparteien ging Späth nur kurz ein: Die SPD sei auf dem Wege zur „Klassenkampfpartei“, die FDP mit ihrer „Doppelstrategie von Liebeswerben und Schienbeintreten“ – Koalitionsangebot im Falle eines Verlustes der CDU-absolute Mehrheit – nannte der Redner „einfallslos und opportunistisch“. Die Grünen wiederum, so Späth, stärten allenfalls „das politische Kabarett“, der Umweltschutz sei ein viel zu wichtiger Bereich, um ihn der „Unberechenbarkeit von Chaoten und Frohnaturen“ anzuvertrauen.

Die durchaus kampfstufigen Delegierten, angefeuert von Blas- und Musikapellen, verspürten jedoch wenig Neigung in den eigenen Reihen zu diskutieren: nur ein einziger Delegierter meldete sich zu Wort. Einstimmig wurde das Wahlprogramm verabschiedet. Hauptthemen sind technologische Innovationen, Exportförderung, Arbeitsplatzfragen, Umweltschutz, Bildung einer versöhnten Gesellschaft.

Bauherr Bund und die Minimallösung

Neubaupläne für den Deutschen Bundestag vor Realisierung / Streit um Eingangshalle

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Nach 15jähriger Planungszeit und nach Ausgaben für Hoorare in Höhe von rund 25 Millionen Mark hat in Bonn jetzt wirklich die „heiße Phase“ der Neubaupläne um den Deutschen Bundestag begonnen: In dieser Woche stellt Bundestagspräsident Richard Stücklen als Vorsitzender der Baukommission des Ältestenrates des Parlaments sechs neue Modelle jener Minimalbebauung vor, auf die man sich seit Aufgabe eines gigantischen Programms mit 1,2 Milliarden Mark Kosten 1981 geeinigt hatte. Was jetzt für Abgeordnete, für Verwaltung, wissenschaftliche Dienste, Archiv und Bibliothek erstehen soll, wird mit etwa 300 Millionen Mark veranschlagt.

Nach dem 5. Juni 1981, der als „Tag der Einsicht“ in die Bonner Bangeschichte eingegangen ist, hat der Bundestag, repräsentiert durch seine Baukommission, „alternative Pläne“ betreiben lassen. Die von ihm bestellten Gutachter haben die sechs Modelle von sechs beauftragten bekannten Architekten geprüft und dann den Kölner Professor Joachim Schürmann eindeutig favorisiert. Er soll danach die Hauptmasse des Gebäudekomplexes zu Füßen des Abgeordneten-Hochhauses errichten.

Diese „Hauptaufgabe“ könnte ein Projekt in die Ecke drücken, das dem Deutschen Bundestag, in diesem Falle auch Abgeordneten aller seiner heutigen Fraktionen, vor allem aber auch der Stadt Bonn besonders wichtig ist.

Es geht dabei um eine Eingangshalle für den Plenarsaal, um einen dem Bundeshaus-Altbau vorgelagerten Komplex, den das Büro der Architekten Behnisch, Auer und Weber entworfen hat.

Nicht nur den jährlich 250 000 bis 300 000 Bundeshaus-Besuchern, die über unwürdige Hintertreppen zu ihren Plätzen auf den Besucher-Tribünen an Plenarsitzungstagen geleitet werden, sondern auch Staatsgästen wie unlängst François Mitterrand ist es schon aufgefallen, daß der Plenarsaal nur über das, was der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels „Lieferantentreppe“ nennt, erreicht werden kann. Für Mitterrand war eine Laufstall-Konstruktion errichtet worden, um diesen Weg für ihn angenehmer zu machen. Der Eingang II direkt vor dem Plenarsaal befindet sich am Fuße einer langen Steintreppe, die das zum Rhein hin abfallende Gelände überwindet.

Die Idee des Architekten Günter Behnisch aus Stuttgart ist es, das neue Entree so zu gestalten, daß es auch den „Präsidenten-Eingang“ auf der anderen Seite des Gebäudes am Rheinufer, der alles andere als repräsentativ ist und alljährlich vom Hochwasser überschwemmt wird, ersetzen könnte. Nach Mitteilung von Oberbürgermeister Daniels, der in seiner Eigenschaft als CDU-Bundestagsabgeordneter mit der Bundestagsbauplanung befaßt ist, hat Bundestagspräsident Barzel sich bereit erklärt, auf den fälligen Ausbau des Präsi-

denten-Eingangs zugunsten der „anderen Seite“ zu verzichten.

Solche und ähnliche Opfer werden notwendig sein, um die neue Eingangshalle realisieren zu können, die 40 Millionen Mark kosten soll. Das Stück Repräsentation im repräsentationsbesessenen Bonn würde damit die Hälfte dessen kosten, was im Neubauprogramm des Hohen Hauses für „bessere Beiluftung“ angesetzt ist – auch dies ein Stück Argumentation in der jetzigen „heißen Phase“. Der Eingang liegt an einer Schlüsselstellung für das zukünftige Stadtbild. Wenn im Lauf der Jahre eine Reihe von Gebäuden, wie vorgesehen, abgerissen wird, sieht man ihn von der Adenauer-Allee aus, vorgelagert das neue „Mahnmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft“.

Wenn sich in das Echo allgemeiner Zustimmung für diese Idee auch Nein-Stimmen der FDP-Bundestagsfraktion mischen, so liegt das nach Ansicht der Stadt Bonn an dem menschlich verständlichen Umstand, daß vor der Halle die am Parlament vorbeiführende Görres-Straße verlegt werden müßte, wodurch einige kleine Gebäude gegenüber verschwinden würden, in denen die FDP Fraktionsbüros unterhält. Ersatzraum könnte im engen Regierungsviertel genau dort angebaut werden, wo der Bundestagspräsident Stücklen noch die Hand auf einem Grundstück hält, das nur bei Verwirklichung der alten Mampul-Pläne notwendig gewesen wäre.

Minister kündigt Untersuchung in Datenaffäre an

dpa, Hamburg/Bonn
Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) hat in der „Bild am Sonntag“ eine Untersuchung der Vorwürfe angekündigt, nach der die „Deutsche Postreklame“, eine Tochter der Bundespost, mehr als 95 000 Privatschriften von Bundeswehrangehörigen an eine Marketinggesellschaft weitergegeben haben soll. „Wenn das stimmt, dann ist das wirklich ein Skandal“, sagte der Minister. Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte berichtet, der „Schöber-Leitfaden des Direktmarketing“ biete unter der Rubrik „Soldaten und sonstige Wehrberufe“ die Anschriften für 80 Mark je 1000 Stück an, verweise Interessenten allerdings an die „Postreklame“.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biele (CSU), nannte den Vorgang dubios und schockierend. Das Verteidigungsministerium sei zwar in dieser Frage nicht zuständig, habe aber „größtes Interesse an der Aufklärung dieses Falls“, zunächst der Herkunft der Adressen. Hier sei der Sicherheitsbereich insgesamt angesprochen. Militärischen Dienststellen seien Auskünfte über Soldatenanschriften untersagt.

Bielehs Stellvertreter, Walter Kolbow (SPD), will nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ im Ausschuß klären lassen, welche Rolle möglicherweise Dienststellen der Bundeswehr bei dem „Datenskandal“ gespielt haben. Billiger könnten Ostblock-Geheimdienste kaum noch an Soldatenanschriften herankommen.

DIE WELT (wups 605-606) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 150 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kein bequemer Journalist

Vor einer Woche veröffentlichte die WELT aus der Feder von Albert Müller einen Gedenkartikel zum 65. Geburtstag von Hans Katzer, dem ehemaligen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Heute ist es an uns, Albert Müller zu feiern, der morgen sein 70. Lebensjahr vollendet. Mehr als zwanzig Jahre lang hat er in der WELT die sozial- und gesundheitspolitische Entwicklung besonders unter parlamentarischen Gesichtspunkten beobachtet und kommentiert.

Die Sozialpolitik ist unter uns Journalisten gefürchtet als ein ungewöhnlich schwieriges Sachgebiet, das sich nur schwer für den Normalleser darstellen läßt. Hinzu kommt, daß, wer über Sozialpolitik schreibt, fast immer entweder den Gewerkschaften oder den Arbeitgebern sich mit einer Neigung zur Einseitigkeit verbunden fühlt. So war es denn für die WELT ein Glücksfall, daß sich Albert Müller nach vierjährigem Wirken im Arbeitsministerium mit seinem Minister Theodor Blank vertrugte und aus dem Ministerium ausschied. Was der Verlust von Blank war, war der Gewinn der WELT, die damals schon lange auf der Suche nach einem guten und unabhängigen Sozialpolitiker war.

Albert Müller war und ist als sozialpolitischer Journalist eine Korymbie. Von sich selbst sagt er, daß er kein bequemer, aber ein gewissenhafter Journalist sei. Immer hat er Wert auf seine Unabhängigkeit von Verbänden und Institutionen gelegt. Stets besaß er auch seine eigene Auffassung von den Dingen, womit er naturgemäß nicht immer einhelligen Beifall fand.

Müller ist gebürtiger Hamburger. An die fünfzig Jahre, davon 33 Jahre in Bonn, währte sein publizisti-

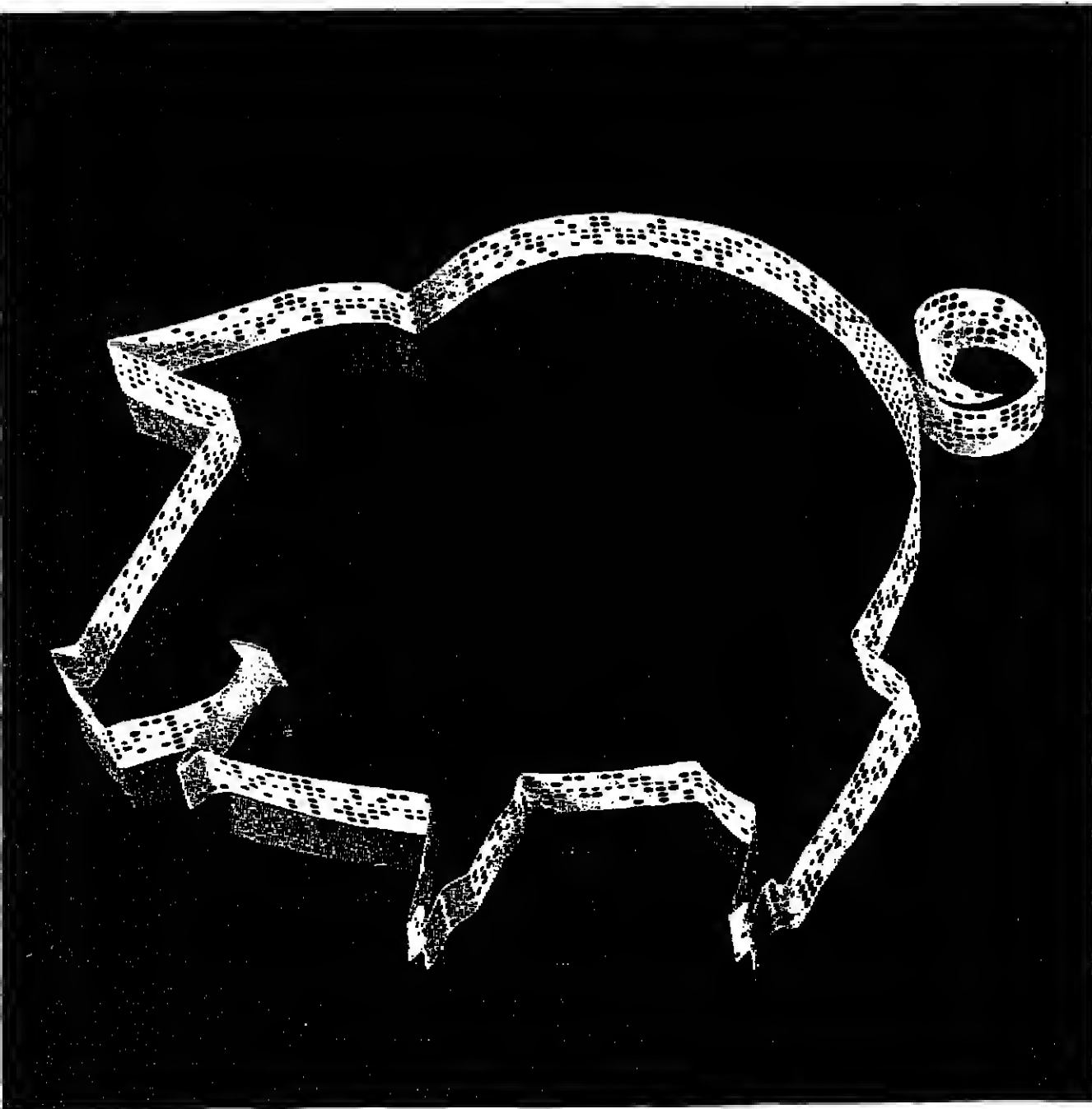


Albert Müller wird morgen 70 Jahre alt. FOTO: HÖFF

sches Wirken auf dem Fachgebiet der Sozial- und Gesundheitspolitik. Als die Sozialpolitik nach den ersten Sofortmaßnahmen System gewann, ging Müller 1951 nach Bonn, um die unabhängige Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ zu schaffen. Herausgeberin war und ist die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, die einzige freie Kooperationsform der Sozialpartner. Diese Zeitschrift spielte besonders bei der ersten großen Rentenreform als Forum der geistigen Auseinandersetzung eine Rolle.

Noch als Rentner erwarb Müller viermal das Goldene Sportabzeichen für Behinderte, und neben der Arbeit trat die mit gleichem Engagement betriebene Hobbymalerei. Albert Müller wurde in Würdigung seiner Lebensarbeit ausgezeichnet mit dem „Theodor-Wolff-Preis“ und dem Preis des Kollegiums der Medizinjournalisten „Medizin im Wort“.

GEORG SCHÖDER



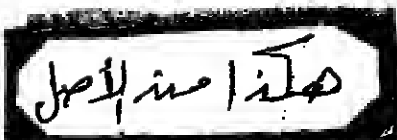
Der Sparbrief.

Ihr 1-Minuten-Telex
im Selbstwählendienst kostet
rechnerisch:

in unserem Netz	
nach Nachtstarif von 18-8 Uhr	13,33 Pf
tagesüber von 8-18 Uhr	
im Zentralvermittlungsbereich	40 Pf
im Weilvermittlungsbereich	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern	80 Pf
zu den übrigen europäischen	
Ländern und Nordafrika	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien	3,30 DM
zu anderen überseeischen	
Ländern	6,60 und 7,80 DM

den Arbeitsplatz herangeführt werden. Und auch das ist gut zu wissen: Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Telexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Kurzwahl, Direktruf, Rundschreiben, Gebührenscheine usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummern finden Sie im Telefonbuch unter Post.

Post - Partner für Telekommunikation



Magnago mahnt die Regierung in Rom

Südtiroler Landeshauptmann ist 70 Jahre alt geworden

DW. Wien/Bozen

Es bläst ein eisiger Wind von Rom aus. Silvius Magnago, der Südtiroler Landeshauptmann, sagt dies in einem Interview mit dem österreichischen Rundfunk zu seinem 70. Geburtstag am gestrigen Sonntag. Magnago sieht, daß die italienische Regierung die Autonomieverhandlungen „zäher“ führt als früher.

Der Mann, der seine Partei im vergangenen November zum letzten Mal in die Südtiroler Landtagswahlen geführt hat, hält unbeirrt an dem Autonomiethema fest. Er hält nichts von den Thesen des „Heimatländes“, der unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht die Loslösung von Italien und die Gründung eines „Freistaates Südtirol“ fordert. Für Magnago, seit 1957 an der Spitze der Volkspartei und seit 1980 Landeshauptmann, ist das eine „vollkommen verantwortungslose“ Politik, weil sie Hoffnungen im Volk weckt, „die man nicht erfüllen kann“.

Im Herbst 1983, im Wahlkampf, hatte er die feste Überzeugung geäußert, daß nach den Landtagswahlen die stagnierenden Verhandlungen mit Rom wieder in Gang kommen werden. Denn: Wenn in absehbarer Zeit keine Lösungen gefunden werden, müssen wir uns eben wieder an unsere Schutzmacht Österreich wenden. Die Österreicher müssen dann im Gespräch mit den Italienern versuchen, eine Lösung zu finden. Bleibt auch dieser Versuch erfolglos, müssen wir uns gemeinsam mit ihnen überlegen, an welche internationalen Instanzen wir appellieren.

Auch jetzt, zu seinem 70. Geburtstag, betont Magnago, Österreich sei weiterhin für ihn „das Vaterland“ und Italien der Staat, dem er angehöre. Aber er zieht den Trennungsstrich zu Politikern, die eine Radikalisierung der Südtiroler in Kauf nehmen. Magnago betrachtet zwar die Brenner-Grenze als eine Unrechtsgrenze, aber, so sagt der große alte Mann Südtirols, „ich gehe nicht Wunschedanken nach und baue keine Luftschlösser. Als Realist muß ich die Brenner-Grenze heute ohne Freude zur Kenntnis nehmen und eine Politik des Möglichen betreiben.“

Dazu zählt für ihn die Erfüllung der alten Forderung nach einer De-fakto-



Silvius Magnago FOTO: BACHERT

Gleichstellung der deutschen Sprache in den öffentlichen Diensten wie Ämter, Polizei und Gerichte. Solange diese Gleichstellung nicht erreicht sei, könne es auch kein besseres Verhältnis zwischen den Volksgruppen geben. Außerdem verlangt er, daß nur solche Ortsnamen auch in italienischer Sprache genannt werden, die bereits vor der Zugehörigkeit Südtirols zu Italien italienische Namen gehabt haben.

In einem WELT-Gespräch hat der Landeshauptmann kürzlich seinen Kritikern eine weithin anerkannte Erfolgsbilanz vorgehalten: Südtirol hat durch das Autonomiestatut die primäre Gesetzgebungsbefugnis auf 29 Sachgebieten und die sekundäre in elf weiteren Bereichen erhalten. Es hat sich unter anderem das ethnische Proporzsystem bei der Neubesetzung von Staatsstellen erkämpft, eine weitgehende Schulautonomie erreicht und erhält vom italienischen Staat pro Kopf der Bevölkerung heute mehr Finanzzuschüsse als jede andere Region oder Provinz. Die Arbeitslosigkeit liegt in Südtirol mit 3,5 Prozent weit unter dem italienischen (mehr als zehn Prozent), aber auch unter dem österreichischen und deutschen Durchschnitt.

Seine jetzige Kritik an der römischen Regierung gilt somit als Aufforderung, die Erfolgsbilanz in den Autonomiebestrebungen nicht zu Lasten beider Seiten unterbrechen zu lassen.

Thatcher äußert „eisernen Willen“ für Entspannung

dpa/AP, Budapest

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat sich zum Abschluß ihres dreitägigen Ungarn-Besuchs nochmals für die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten ausgesprochen. Als positives Zeichen wertete sie, daß die Wiener Gespräche über einen Truppenabbau in Mitteleuropa bald wieder beginnen. Vor der Presse in Budapest erklärte Frau Thatcher jedoch, der Prozeß der gegenseitigen Annäherung der Supermächte könne notgedrungen nur langsam vorangetrieben werden. Für ein Gipfelfreilassen zwischen den Führern der beiden Weltmächte sei „die Zeit noch nicht reif“.

Auf die Frage, ob die NATO ein Abrücken von ihrem Nachrüstungsprogramm in Erwägung ziehen könnte, um die Sowjets an den Genfer Verhandlungstisch zurückzuführen, entgegnete die hritische Premierministerin, sie glaube nicht, daß es möglich sein würde, den Prozeß der gegenseitigen Annäherung zu beschleunigen. Die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa sei nur die Reaktion auf die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen. „Wir sind dabei, gleichzuziehen“, sagte sie. Frau Thatcher meinte, sie sei sich bewußt, daß ihr das Image der „Eisernen Lady“ anhängt, doch habe sie auch den eisernen Willen, auf eine Minderung der Spannungen und die Schaffung einer sichereren und gedeihlicheren Welt hinzuwirken.

Tunesien: Brotpreis um zehn Prozent erhöht

dpa, Tunis

Einen Monat nach den blutigen Unruhen in Tunesien hat die Regierung eine Erhöhung der Brotpreise um durchschnittlich zehn Prozent beschlossen. Dies wurde am Wochenende in Tunis bekannt, aber noch nicht amtlich bestätigt. Wegen der inzwischen zurückgenommenen Verdoppelung der Brotpreise hatte es am Jahreswechsel blutige Unruhen in ganz Tunesien mit vermutlich mehr als 120 Toten gegeben. Mit der Erhöhung der Brot- und Getreidepreise um zehn Prozent sowie einigen Steuererhöhungen sollen nun die Ausgaben für Subventionen der Grundnahrungsmittel ausgeglichen werden. Bei diesen Ausgaben bestand ein Defizit von rund 400 Millionen Mark.

Howe verdirbt Thatchers Auftritt in Ungarn

Das Ungeschick des Außenministers im Fall Cheltenham veranlaßt den Premier zu einer Vertrauenserklärung

FRITZ WIRTH, London
Ausgerechnet auf ihrer ersten Osteuropa-Tour sah Frau Thatcher sich am Wochenende gezwungen, einen politischen Lebensrettungsring für ihren Außenminister Sir Geoffrey Howe auszuwerfen und eine Vertrauenserklärung für ihn abzugeben. „Er ist ein hervorragender Minister“, sprach sie aus Budapest in Richtung Heimat, „und ein Meister im Verhandeln. Ich habe volles Vertrauen zu ihm.“

Diese erstaunliche Unbedenklichkeitsbescheinigung für einen Minister, der erst acht Monate im Amt ist, ist das jüngste Kapitel in einer Serie von Fehlleistungen, die der immer unfaßlicheren Regierung Thatcher in den letzten Monaten unterlaufen sind. Die letzte widerfuhr der Regierung bei ihrem Beschluß, deo Angestellten in ihrem Geheimdienstzentrum in Cheltenham aus Sicherheitsgründen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu untersagen.

Außenminister Sir Geoffrey Howe, der für dieses Geheimdienstzentrum zuständig ist, behandelte diese höchst delicate Angelegenheit in den letzten Tagen jedoch so fahrlässig und inkompetent, daß nicht nur der SDP-Chef David Owen, der als ehemaliger Außenminister mit der Problematik Cheltenham sehr vertraut ist, den Rücktritt Sir Geoffrey Howes

forderte, sondern selbst konservative Abgeordnete Zweifel äußerten, ob Sir Geoffrey der richtige Mann auf dem richtigen Posten sei. Und so quoll denn Westminster plötzlich über von Rücktrittsspekulationen über den Außenminister.

Tatsächlich jedoch hat dies ernsthaft nicht zur Debatte gestanden. Einmal, weil Frau Thatcher sich gegenüber Sir Geoffrey Howe aus seinen Tagen als Schatzkanzler, als er die nicht immer populäre Finanzpolitik seiner Premierministerin mit unbeugsamer Loyalität verteidigt, zu gleicher Loyalität verpflichtet fühlt. Zum anderen aber kann es sich die hritische Regierung nicht leisten, innerhalb von 22 Monaten den vierten Außenminister vorzustellen, ohne an seiner außenpolitischen Reputation Schaden zu nehmen. Angesehen davon ist das gegenwärtige Kabinett nicht gerade mit politischen Talenten übersät, so daß schwer zu erkennen ist, wer sich als Alternative für Sir Geoffrey Howe anbieten könnte.

Trotz der Vertrauenserklärung für Sir Geoffrey Howe und trotz aller Loyalität, die sie gegenüber diesem Mann aufbringt, ist es jedoch kein Geheimnis, daß Frau Thatcher über die Behandlung der Cheltenham-Affäre durch ihre Minister in höchstem Maße verärgert ist, weil sie ihren gesamten Ungarn-Besuch überschattete.

Es war stets klar, daß sie keine relevanten politischen Ergebnisse aus Budapest mitbringen würde. Vorbereitungen und Stil der Reise waren ganz auf Schlagzeilen programmiert. Die aber sind ihr durch die Cheltenham-Affäre gestohlen worden.

Diese Affäre hat sich in den letzten Tagen durch eigenes Verschulden der Regierung weiter zuspitzt. In Cheltenham, der wichtigsten elektronischen Abhörstation des Westens, die zusammen von Briten und Amerikanern unterhalten wird, sind etwa 10 000 Angestellte beschäftigt, von denen rund 6000 gewerkschaftlich organisiert sind. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren durch Streiks, bei denen etwa 10 000 Arbeitstage verloren wurden, die Arbeit des Zentrums so sehr gestört, daß beispielsweise die Nachrichtenbeschaffung beim Ausbruch der Afghanistankrise und der Unruhen in Polen beeinträchtigt wurde.

Die Regierung ordnete daher an, daß alle Cheltenham-Angestellten die Gewerkschaften zu verlassen haben und bot ihnen als Trostpreis eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet 4000 D-Mark an. Angestellte, die das für unakzeptabel hielten, sollten entweder in eine andere Behörde oder in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden.

Am Donnerstag nun ließ ein Juniorminister des Schatzamtes im Unterhaus wissen, daß Angestellte, die sich einer Versetzung in andere Behörden widersetzen, nicht mit einer Abfindungssumme rechnen können. Als Außenminister Howe am gleichen Tag in einem Fernsehinterview mit dieser Erklärung des Juniorministers konfrontiert wurde, zeigte er sich erstaunt, wie so etwas gesagt werden konnte. Er mußte sich jedoch befehlen lassen, daß der Juniorminister im Recht war.

Zwölf Stunden später versuchte sich Howe im Unterhaus aus dieser peinlichen Situation herauszureden, daß ihm von seinem Fernsehinterview in dieser Angelegenheit eine „irreführende Frage“ gestellt worden sei und daß das Fernsehen sich dafür inzwischen entschuldigt habe.

Angesehen davon, daß Sir Geoffrey Howe jede Chance hatte, eine angeblich irreführende Frage im Laufe des Interviews selbst richtigzustellen, wurde bald offenbar, daß das Fernsehen sich keineswegs bei ihm entschuldigt hatte und auch keinen Grund dafür sah.

Die Affäre also geht weiter. Die zornige Frau Thatcher wird nicht umhin kommen, den Fall selbst in die Hand zu nehmen und die Inkompetenz ihrer Minister mit resoluten Entscheidungen wieder auszuwählen.

Schweden fängt Asylanten vor der Einreise ab

R. GATERMANN, Stockholm

Seit einigen Wochen herrscht auf dem Stockholmer internationalen Flughafen Arlanda auch am Sonntag für die Paßpolizei volle Einsatzbereitschaft. Das war so angeordnet worden, um eine Wiederholung des Chaos zu vermeiden, das jüngst bei der unerwarteten Ankunft von über 100 iranischen politischen Flüchtlingen entstand. Am letzten Sonntag warteten die Beamten jedoch vergebens. Sie wußten nicht, daß schwedisches Botschaftspersonal bereits vor dem Abflug bei einer Gruppe von 70 Flüchtlingen aus Istanbul die Pässe kontrolliert und sämtliche Visa als Fälschungen enthüllt hatte. Die Maschine der Turkish Airlines flog ohne sie in Richtung Kopenhagen ab.

Dieses Eingreifen der Botschaft stieß in Schweden auf unterschiedliche Reaktionen. Während das Außenministerium erklärte, es nicht zu lassen zu können, daß schwedische

Dokumente systematisch verfälscht und zur illegalen Einreise verwendet werden, meinte die für Einwanderungsfragen zuständige Ministerin Anita Gradin: „Ich finde, dies war für eine solche Aktion nicht der richtige Augenblick.“ Ihr Staatssekretär Jonas Widgren fügte hinzu: „Bei solch einer großen Flüchtlingsgruppe hätte die Frage von der Regierung behandelt werden müssen.“

Seit Anfang dieses Jahres nimmt der Strom iranischer Flüchtlinge nach Schweden beträchtlich zu. Schon 1983 stellten sie mit 756 der insgesamt 3784 Asylanten die größte Ländergruppe, bisher sind in diesem Jahr bereits mehr als 200 eingetroffen. Allen gemeinsam ist, daß sie sich an Menschenrechtsorganisationen wenden, die hauptsächlich in der Türkei tätig sind, teuer für die gefälschten Pässe und Visa bezahlen und dann mit dem Flugzeug über Kopenhagen nach Stockholm kom-

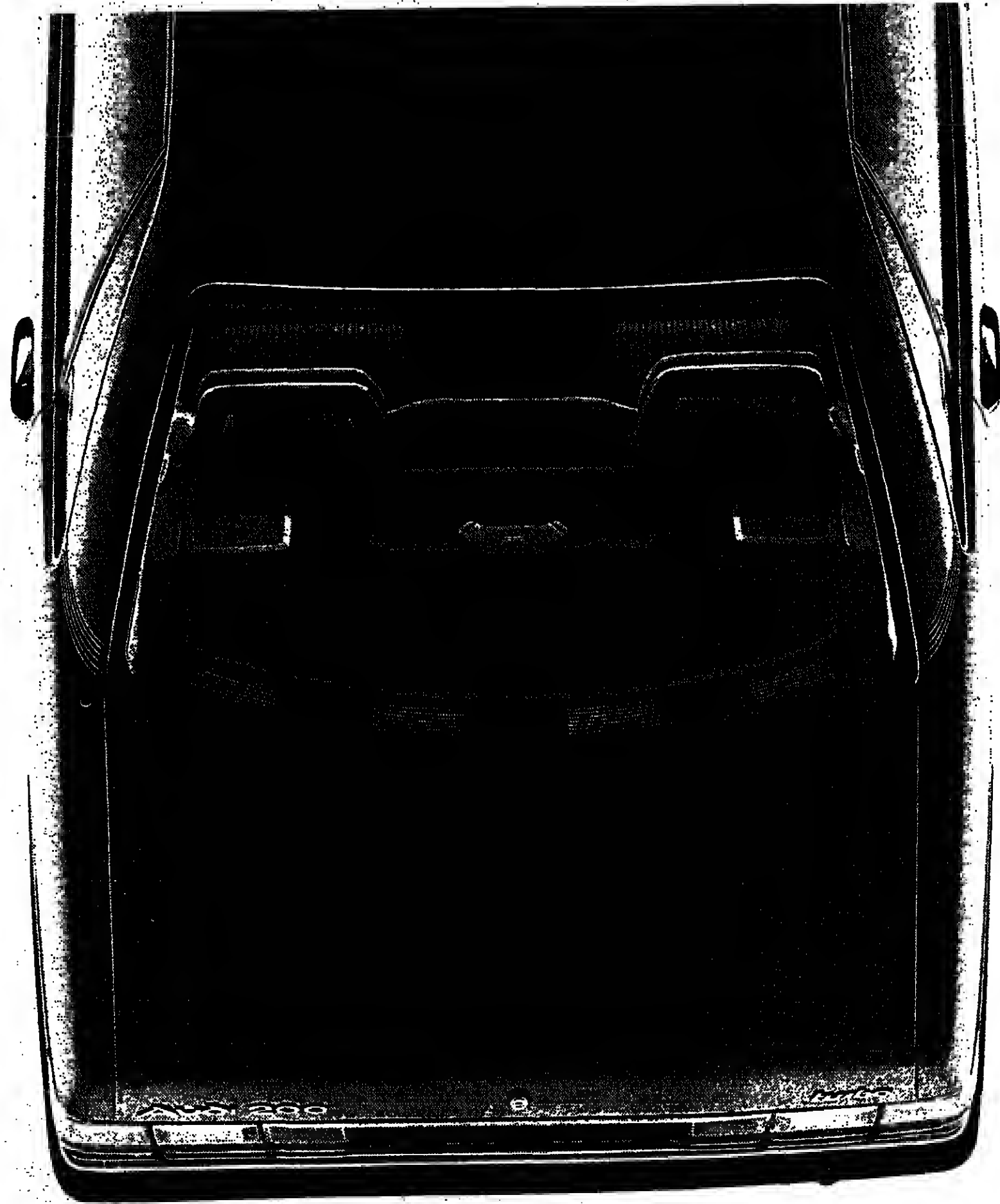
men. Einige wenige erreichen Schweden auch direkt von Teheran über Pakistan oder mit dem Flugzeug his Warschau und dann mit dem Schiff nach Schweden. In ihren Kreisen hat es sich schnell herumgesprochen, daß Schweden seit einiger Zeit keine aus der Türkei kommenden Iraner mehr zurückschickt, nachdem vor ein paar Monaten eine solche Gruppe von der Polizei in Istanbul Iran übergeben worden war.

Schweden stellt hier humanitäre Rücksichtnahme über nicht funktionierende UN-Vereinbarungen, sieht jedoch ein Problem auf sich zukommen, das es alleine nicht bewältigen kann. Deswegen reiste Jonas Widgren zum UN-Flüchtlingskommissariat nach Genf, um für eine internationale Lösung des iranischen Flüchtlingsproblems zu plädieren. Stockholm schlägt eine Quotierung vor, nach der mehrere Länder sich verpflichten sollen, eine bestimmte

Anzahl aufzunehmen. Vor allem aber will Widgren in Genf erfahren, inwieweit sich die Türkei an die UN-Vereinbarungen hält, als erstes Anlauf land politischer Flüchtlinge diesen auch Schutz zu gewähren und sie nicht abzuweisen.

Unterdessen versucht die Regierung, die Behörden der Zwischenstationsländer zu veranlassen, bei Ausreisen nach Schweden die Paß- und Visumkontrolle zu verstärken. Gleichzeitig arbeitet sie an einer Gesetzesvorlage, wonach die Strafen für Menschenrechtsverletzungen erheblich angehoben werden sollen.

Nach einer in der schwedischen Presse veröffentlichten Rote-Kreuz-Statistik nimmt Schweden pro 229 Einwohner einen Flüchtling auf und wird damit in Westeuropa lediglich von Österreich übertroffen (150), während die Bundesrepublik Deutschland demnach auf 649 kommt.

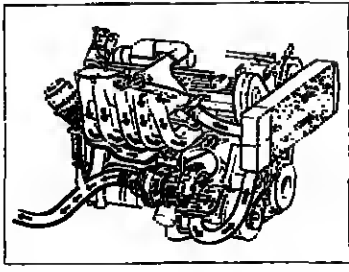


Lassen Sie Traditionelles hinter sich. Audi 200 Turbo.



Mit dem neuen Audi 200 bekommt die Spitzenklasse ganz neue Werte. Er bringt wieder den Beweis für technische Höchstleistung von Audi. Mit dem neuen 134-kW-(182-PS-) Fünfzylinder-Einspritz-Turbomotor, der wichtige Konstruktionsmerkmale aus dem rennerprobten Audi Quattro-Triebwerk erhielt. Mit den in seiner Klasse weltbesten aerodynamischen Eigenschaften, mit einem

niedrigen Kraftstoffverbrauch, mit dem aufwendigen Hochleistungs-Fahrgewerk mit vorteilhaftem Frontantrieb und mit der großzügigsten serienmäßigen Ausstattung seiner Klasse. Da fehlt das Anti-Blocker-System ebenso wenig wie z.B. die Zentralverriegelung. Gab es jemals stärkere Argumente in der Spitzenklasse? Audi. Vorsprung durch Technik.



Audi

Extras: Metallic-Lackierung, Scheibenwischer-Rundungsanlage, Radio, Neu 3 Jahre Lackgarantie

Bei Ihrem VAG Partner

Trifft härteres Sowjetgesetz Regimekritiker?

AP, Moskau
In das sowjetische Strafgesetzbuch ist jetzt ein neuer Artikel aufgenommen worden, der die Weitergabe als vertraulich eingestuft Informationen an ausländische Einrichtungen oder ihre Vertreter mit Gefängnisstrafen zwischen drei und acht Jahren belegt. Bislang war es nur strafbar, offiziell als „geheim“ oder „streng geheim“ klassifizierte Erkenntnisse oder Unterlagen an Ausländer weiterzugeben.
Nach offiziellen Angaben ist die Einführung des neuen Straftatbestandes Teil des Kampfes gegen Industriespionage ausländischer Unternehmen in der Sowjetunion. Ein sowjetischer Regierungsbeamter bestreitet zwar, daß mit den neuen Bestimmungen die ohnehin kargen inoffiziellen Quellen ausländischer Journalisten in der Sowjetunion verstopft werden sollen, doch räumt er ein, daß der neue Artikel 13 auch jene Sowjetbürger mit Strafe bedroht, die Reportern Informationen liefern. Damit könnten Angaben von Regimekritikern über Vorgänge in Dissidentenkreisen oder interne Informationen über die Wirtschaftsentwicklung gemeint sein.

Moskau bestätigt Einladung aus China

dpa, Tokio
Ein ranghoher sowjetischer Parteifunktionär hat in Tokio bestätigt, daß der erste stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Iwan Archipow, in diesem Jahr China zu Gesprächen besuchen wird. Archipow folge einer Einladung aus Peking, sagte der stellvertretende Chef des Internationalen Büros beim ZK der KPdSU, Iwan Kowalenko, in einem Interview der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo. Kowalenko nannte keinen Termin. In westlichen Presseberichten aus Peking hatte es geheißenen, Archipow reise im Mai kurz nach dem Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan in China (WELT v. 4.5.2.).
Der Besuch Archipows wurde das erste Treffen hoher chinesischer und sowjetischer Regierungsvertreter seit der Begegnung der beiden - inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten - Zhou Enlai und Alexej Kosygin im Jahre 1969.

Paris bleibt beim alten Wahlmodus

Die Sozialistische Partei Frankreichs will von der Verhältniswahl nichts mehr wissen

A. GRAF KAGENECK, Paris
Verhältniswahlrecht oder Mehrheitswahlrecht, das ist die Shakespear-Frage, die sich die Sozialisten Frankreichs seit dem Machtwechsel immer wieder stellen, ohne bisher eine klare Antwort darauf gefunden zu haben. Fragt man einen ihrer Verantwortlichen im Partei-Hauptquartier an der Pariser Rue Solferino, stößt man auf erstaunliches Winden. Ja, es stimmt, die Partei sei „im Prinzip“ immer für die Rückkehr zum Verhältniswahlrecht eingetreten, und diese Rückkehr stehe auch als „Basis-Referenz“ im Wahlprogramm, mit dem sie 1981 - nach der Wahl Mitterrands zum Präsidenten der Republik - ihren bisher größten Wahlsieg feierte. Aber dieser Wahlsieg wäre den Sozialisten paradoxerweise niemals geschenkt worden, wenn man im Juni 1981 schon nach dem Verhältniswahlrecht abgestimmt hätte.
Die drückende Mehrheit, die sie heute mit 267 Abgeordneten in der Nationalversammlung haben und die ihnen allein, ohne ihre kommunistischen Koalitionspartner, die absolute Mehrheit bei allen Abstimmungen sichert, ist gerade durch das von ihnen einst so bekämpfte, von der Gaule wieder eingeführte Mehrheitswahl-

recht zustande gekommen. Denn dieses Mehrheitswahlrecht favorisiert Parteien, die im Aufwärtstrend sind - heute die Opposition -, es schafft starke Mehrheiten und sichert Stabilität, es garantiert der Partei an der Macht Langlebigkeit und ungestörte Ausübung der Macht. Diese Gegenheiten allein begründen also schon hinlänglich, warum man heute an der Rue Solferino auf Fragen nach der Treue zum Wahlprogramm und der versprochenen Rückkehr zum „proportionalen“ zur Antwort bekommt, daß dieses Problem „im Augenblick nicht so aktuell“ sei.
Die Verhältniswahl hat - und das war einst das Hauptargument der Sozialisten in der Opposition für deren Wiedereinführung - unzweifelhaft den Vorzug, „ehrlicher“ zu sein als die Mehrheitswahl und die wirklichen politischen Kräfteverhältnisse eines Landes getreuer widerzuspiegeln. Aber können die Sozialisten ein Interesse daran haben, ihre wahren Kräfte „zahlen zu lassen und entsprechend stark oder schwach ins Parlament einzuziehen“?
Bei der Verhältniswahl können allzu viele kleine Parteien die Bildung starker Mehrheiten verhindern, die Politik wird zum Gegenstand kurzfristiger Koalitionen, die Regierung

zum Spielball des Parlaments. So war es unter der 4. Republik mit ihren kurzfristigen Kabinetten, so war es sogar schon in der 3. Republik, die zwar eine Art Mehrheitsmodus praktizierte, ihn aber durch Beibehaltung des Listensystems so verwässerte, daß der Konsolidierungseffekt verlor. Erst General de Gaulle, der den „Parteienklüngel“ haßte, räumte mit der Verhältnis- oder Listenwahl auf und führte einen Modus ein, der die Direktwahl eines Abgeordneten pro Wahlkreis in zwei Wahlgängen sichert.
Soll man es den Sozialisten verübeln, wenn sie, selbst nun an den Hebeln der Macht, die Vorteile dieses Systems auskosten und ihren Verbleib an den Fleischtöpfen über die nächsten Wahlen hinaus (1988) sichern wollen? Nur bei den Europawahlen am kommenden 17. Juni kommen sie nicht mit ihren Prinzipien in Konflikt. Diese Wahlen werden von allen Ländern der Gemeinschaft so gewollt, nach dem Verhältniswahlrecht abgehalten und lassen somit eine Transparenz aller politischen Kräfte und Schattierungen zu. Das macht die Wahl vom 17. Juni zum nationalen Test zwischen den Parteien der Regierungskoalition und denen der Opposition.

Uganda vor neuer Welle der Gewalt?

Die Widerstandsbewegung weist die Mord-Verdächtigungen der Regierung Obote zurück

M. GERMANI, Johannesburg
Die Verantwortung für den Mord an vier Entwicklungshelfern, drei Schweizern und einem Briten, in Uganda, der Mitte Januar ein fünfter Helfer lebensgefährlich verletzt wurde, wird von der „Nationalen Widerstandsbewegung“ Ugandas (NRM) kategorisch zurückgewiesen. Britische Diplomaten in Kampala sahen als Ursache für den Mord eine geplante Sabotage der NRM für die von Uganda angesetzte Konferenz der wichtigsten Entwicklungshilfsländer in Paris. Da die Regierung Milton Obote dringend neue Finanzhilfe benötigt, hatte sie die Konferenz anberaumt, um zu beweisen, daß sich die katastrophale Sicherheitslage in Uganda gebessert habe. Bereits vor einigen Monaten waren elf Rotkreuz-Helfer von der NRM gefangen genommen worden. Neun wurden sofort wieder entlassen, während sich zwei

Ärzte noch bei der NRM befinden. Britische Diplomaten befürchten allerdings, daß die Ermordung der vier Europäer der Beginn einer neuen Welle der Gewalttätigkeit ist. Schon fahndet die Polizei nach Oppositionspolitikern, die sie mit dem Mord in Zusammenhang bringt.
Ein Sprecher der NRM verurteilte gegenüber der WELT die Vorgänge auf der Straße von Kampala nach Entebbe, nahe dem Ort Kazi zum Victoria-See und dem internationalen Flughafen, als „eine Serie von Verbrechen“. Das sei ein Beweis für die Unschuld seiner Guerillas, die in dieser Gegend überhaupt nicht operierten. Als weiteren Beweis nannte er die Tatsache, daß die vier mit einem russischen Gewehr erschossen worden sind, das zur Standard-Ausrüstung der ugandischen Armee gehört. Der Sprecher verwies auch auf Berichte in der kenian-

ischen Hauptstadt Nairobi, wonach dortige ausländische Diplomaten es für unwahrscheinlich halten, daß der Mord von der Widerstandsbewegung begangen worden sei. Über die Konferenz in Paris befragt, erklärte der Sprecher: „Kein Geld der Welt kann Uganda und Obote heute noch helfen. Selbst wenn wir heute nur noch zuschauen und nicht mehr kämpfen würden, macht das keinen Unterschied mehr aus.“
Die beiden Ärzte, die sich noch in der Hand der NRM befinden, würden inzwischen freiwillig die Rebellen unterstützen. Ebenso forderte der Sprecher die Öffentlichkeit auf, mit den entlassenen Rotkreuz-Helfern in Verbindung zu treten und sie über ihre Erfahrung mit der NRM zu befragen. „Wir haben uns diesbezüglich nie etwas zuschulden kommen lassen“, erklärte die NRM gegenüber der WELT.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Logik der Landwirtschaft

„Sonderlage“: WELT vom 25. Januar

Herr MK beklagt, daß die Butterpreise, trotz Überschüssen, um 3,5 Prozent teurer geworden sind und findet die Klagen der Bauern ungerechtfertigt: „Wo Überschüsse wären, müßte es billiger, statt teurer werden“. Im Klartext übersetzt heißt das etwa: Wenn die Bahn Platzüberschüsse hat und nicht voll fährt, muß sie billiger werden, im Personen- und Güterverkehr. Oder: Wenn Arbeitskräfteüberschüsse, müßte die Arbeitskraft billiger werden. Oder: Wenn Kohle- und Stahlüberschüsse vorhanden sind, müßten Kohle und Stahl billiger werden. Oder: Wenn Lehrkräfteüberschüsse haben, müßte die Entlohnung geringer werden. Das wäre, so sagen kluge Wissenschaftler, Marktwirtschaft.

Doch ganz im Gegenteil gibt es in vielen Branchen noch Sondervergünstigungen und Extrawürste, in vielen Berufen, wie Banken und Versicherungen, 13. und 14. Monatsvergütungen. Wie sieht es in der Landwirtschaft aus?

Ich habe, bei 60jähriger Berufstätigkeit im Stall, noch nie ein 13. Milchgeld bekommen, etwa für Sonn- und Feiertagsarbeit. Meiner Frau sind noch nie für 12 Eier 13 bezahlt worden.

Einige andere Zahlen machen deutlich, wer zu klagen hat. So beträgt der Anteil der Landwirtschaft (einschließlich Gartenbau, Baumschulen, Forstwirtschaft, Weinbau und Fischerei) am Bruttoinlandsprodukt noch ganze 2,3 Prozent, das sind 1/4 vom Kuchen.

Ein anderes Beispiel: 1951 zahlte

ich für eine Handwerkerstunde (Schmied, Stellmacher, Elektriker) den Gegenwert von 5 kg Getreide. Heute, 1984, bezahlen wir für eine Treckerreparatur pro Stunde den Gegenwert von 100 kg Getreide, das 20fache.

Wenn ich zum Friseur gehe und mir die Haare schneiden lasse (Dauer 20 Minuten), so brauche ich dazu den Gegenwert von 40 Eiern!

Durch dieses ab 1951 laufend verschlechterte Tauschverhältnis von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Löhnen, Maschinen, Bauten, Versicherungen, Treibstoff sind bis heute 1984 in der EG über 12 Mio. landwirtschaftliche Arbeitskräfte ausgeschieden. Dafür haben wir heute in den EG-Ländern über 12 Mio. Arbeitslose. Präsident Stängel rechnet die Kosten für einen Arbeitslosen mit 25 000 DM. Bei 12 Millionen sind das 300 Milliarden.

Warum sind die Entwicklungsländer als Exportländer vieler landwirtschaftlicher Einfuhrprodukte bei den Industrieländern (so auch bei uns) mit 2000 Milliarden verschuldet? Wir haben sie nicht gerecht bezahlt, sie haben Grund zu klagen, und wir haben Anlaß, um unser Geld zu zittern.

Ich kann Herrn MK nur raten, einmal einen Sonderschulunterricht in der Praxis - ein Jahr täglich im Kuhstall und Schweinestall - und ein Jahr in einem Entwicklungsland mit gleichem Lohn wie die dortigen Landarbeiter, zu arbeiten und zu leben. Ich würde danach seinem Bericht in der WELT mit großem Interesse entgegensehen.

Ernst Kuhl,
Altbauer,
Ellerhoop

Seekriegsgeschichte

„Diskussion um die Bergung eines stählernen Sarges“, WELT vom 31. Januar

Sehr geehrter Herr Röhle, mit großem Interesse las ich den Artikel über das legendäre italienische Unterseeboot „Sciré“, Kommandant Fregattenkapitän Fürst Valerio Borghese.

Leider schlichen sich dabei einige sicher unbeabsichtigte Fehler ein. Kreuzer waren „Valiant“, „Queen Elizabeth“ und „Barham“ (nicht „Barhan“) keineswegs. Es waren Schlachtschiffe, 30 600 t, bzw. 31 100 t wasserverdrängend, Veteranen des 1. Weltkriegs, mit ihren Schwesterschiffen „Malaya“ und „Warspite“ unermüdlich im Einsatz stehend. Vor Narvik, im Atlantik und im Mittelmeer.

U 331 (Kapitänleutnant Hans-Dietrich Freiherr von Tiesenhausen) schoß Ende November 1941 dann im östlichen Mittelmeer die „Barham“ aus einem stark gesicherten englischen Flottenverband heraus. U 81 (Eichenlaubträger Kapitänleutnant Friedrich Guggenberger (nicht Gogenberger) versenkte kurz zuvor öst-

lich von Gibraltar den Flugzeugträger „Arc Royal“ (22 600 t).

Fürst Borghese setzte dann am Abend des 18. 12. 1941 von seinem Unterseeboot „Sciré“ drei Torpedoreiterteams vor Alexandria liegend ab. Führer war Fregattenkapitän Ernesto Forza, Chef der Decima Flottiglia MAS. Die Torpedoreiterteams zersetzten zuerst den Flottenanker „Saguna“ und demolierten den längste liegenden Zerstörer „Jervis“. Danach sackten „Valiant“ und „Queen Elizabeth“ auf den Grund des Hafens bekens von Alexandria ab.

Bleibe noch nachzutragen aus der Phalanx jener berühmten Schlachtschiffe der „Queen Elizabeth“-Klasse: Die „Warspite“, 1940 vor Narvik schon dabei, bekam dann im September 1943 bei Salerno so schwere Bombentreffer, daß sie nach Malta abgeschleppt werden mußte und für den Rest des Krieges ausschied.

Hochachtungsvoll
Karl-Heinz Ebert,
Lüneburg

Unerträglich

„Moskau drängte auf Ausreise der „DDR“-Flüchtlinge“, WELT vom 26. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Klarstellung, daß die rasche Ausreise der sechs Flüchtlinge in der Ostberliner US-Botschaft auf Veranlassung Moskaus und nicht etwa auf humanitäre Anwendungen von Honecker und Bundeskanzler Kohl oder gar angebliche Vermittlungskünste eines Dr. Vogel erfolgte. Zwar hat dieser seinen Urlaub in Österreich unterbrechen müssen, um einmal mehr die Todesgrenze von Berlin-Ost nach Berlin-West „ohne Halt“ mit den Freigelassenen zu passieren, das ist jedoch kein ausreichender Grund für Funk- und Fernsehauftritte (oder WELT-Leitartikel-Fotos) dieses Vertrauten der Mielke und Honecker.

Die Lobpreisungen für diesen Mann werden nachgerade unerträglich.

Hochachtungsvoll
Klaus-Reiner Laik,
Bonndorf

Umschreibung

„Europapolitik bringt Licht ins dunkle Gewand mit der Abtreibung“, WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen herzlichen Dank für diesen Artikel - er wird vielen Menschen die Augen geöffnet haben über das Unrecht, was ungeborenen Kindern in diesem Land (und auf der Welt) zuteil wird. Allein die kunstvolle Umschreibung zersetzender Kinderleiber als „Abtreibungsabfälle“ zeigt, wie leicht es ist, Grundwerte wie „Leben“ oder „Nächstenliebe“ im dialektischen Sumpf (oder im Abfallseimer der Klänge) untergehen zu lassen. Die Zeit ist reif - zumindest für eine Aufhebung der Zwangsfinanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen.

Im übrigen sollte es einer Regierung, die der unsrigen doch zuzutragen sein, unsere Abtreibungsgesetzgebung zu ändern oder zu modifizieren. Mit freundlichen Grüßen
Guido Heinen
Montabaur

Wort des Tages

„So allgemein auch das Lügen geübt wird und so leicht es zu sein scheint, ich erinnere mich nicht, drei gute Lügen bei allen meinen Unterhaltungen gehört zu haben, und nicht einmal von denen, die in diesem Handwerk hochberühmt waren.“

Jonathan Swift, brit. Schriftsteller (1667-1745)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Sohn Max und Tochter Monika nach Kitzbühel geschickt und dazu einen sehr persönlich gehaltenen Brief. Darin schrieb Strauß an François-Poncet: „Du hast dem diplomatischen Weg, auf dem Deine Familie traditionsgemäß die deutsch-französische Freundschaft zu pflegen wußte, eine dionysische Fährbahn hinzugefügt. Auf der Fährbahn der Wirtschaft zwischen unseren Ländern zu üppigem Wachstum gelangt.“ Henri François-Poncet ist der Sohn des früheren französischen Botschafters und Hochkommissars André François-Poncet. Sein Bruder Jean war französischer Außenminister.

Ignaz Kiechle, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, wurde von den Indianern der Karl-May-Festspiele aus Bad Segeberg zum „mutigen Bruder aus Bayern“ ernannt. Segebergers Bürgermeister Uwe Menke erinnerte daran, daß der CSU-Politiker als „furchtloser Kämpfer für deutsche Interessen in Brüssel“ aufgetreten ist.

EHRUNG
Die Kölner Bibliothek Germania Judaica, eine Spezialsammlung zur Geschichte des deutschen Judentums, ist mit der Walter-Meckauer-Plakette ausgezeichnet worden. Der Ehrenpreis wird an Institutionen verliehen, die sich in besonderer Weise um die Förderung des Werks verdient gemacht haben. Er erinnert an den 1869 in Breslau geborenen Schriftsteller Walter Meckauer. Dieser wurde unter anderem bekannt mit seinem China-Roman „Die Bücher des Kaisers Wutai“ und mit dem Buch „Gassen in fremden Städten“.

ERNENNUNG
Der Soziologie Professor Dr. Lothar Bösse ist zum Leitenden Komtur der Komturei Würzburg des Ritterordens vom Heiligen Grab ernannt worden. Die Ernennung nahm der Statthalter in Deutschland, Dr. Hermann Josef Abs vor. Professor Bösse wurde in diesem Amt Nachfolger von Professor Dr. Wilhelm Arnold, der im Dezember letzten Jahres starb.

VERANSTALTUNGEN

„Für Grünköhl ist es nie zu spät.“ Mit diesem Motto muß Lothar Späth ein Jahr „regieren“. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg erhielt im Bonner Wirtschaftspolitischen Club die Ehrenkette des Grünköhls. Der Vorgänger im Amt des Grünköhls kam aus einem Bundesland, in dem ebenfalls Grünköhl keineswegs so sehr verbreitet und beliebt ist. Es ist Bayerns Staatsminister Peter Schmidhuber, der am Ende seiner „Kohl-Regentschaft“ zugeben mußte, daß „in ländlichen Gebieten Bayerns zu nächst sogar ein kulinarisches Widerstandsrecht“ diskutiert worden sei. Aber, so Peter Schmidhuber zurückblickend: „Wir werden den bayerischen Nullbock auf grünen Kohl schon noch zur Strecke bringen, und sei es im Wege der Wilderei.“ Die Assoziationen, die sich bei „Kohl“ und „grün“ ergeben, nutzten beide Herren aus. Während Peter Schmidhuber das Problem der Bayern mit dem vor allem in Norddeutschland beliebten Grünköhl dahingehend interpretierte, daß man bei Grünköhl nicht mal einen Kohlkopf, sondern nur Rübsen in der Hand habe, fand sein Nachfolger Lothar Späth, daß man es mit diesem Gewächs in seinem Bundesland ja

Personalien

mal versuchen könne, denn bei dieser Art von Kohl handele es sich schließlich um eine Art „Basisgemüse“. Das sei interessant auch für ihn, wo er in die Basisdemokratie hineinwirken müsse. Unter starker Beteiligung der Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Clubs, Präsident Carl Ferdinand von der Heyde, wurden die beiden „Könige“ im Rheinhotel Dreesen gefeiert.

In Kitzbühel hat Henri François-Poncet, deutscher Generalbevollmächtigter der Unternehmensgruppe Moët-Hennessy und geschäftsführender Direktor der Gesellschaft zur Förderung des deutsch-französischen Wirtschaftsaustauschs am Wochenende offiziell seinen 60. Geburtstag gefeiert. Unter den Gratulanten war sein Bruder Bernard, Bankier in Paris, und alles was gut und teuer ist in der deutschen Wirtschaft. Glückwünsche sprachen BDI-Präsident Professor Rolf Rodenstock aus und Otto Wölf von Amerongen, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, sowie auch der Münchner Flick-Arbeitsdirektor Wolfgang Bayer. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte seine beiden Kinder,



Auch Deutschlands Süden steht offensichtlich auf Kohl: Von links Carl Ferdinand von der Heyde und die Kohlkönige Peter Schmidhuber und Lothar Späth

FOTO: KRI

45. MI
1984 FEL
MAILÄNDER MESSEGELEND E PIAZZA 6 FEBBRAIO
INTERNATIONALE AUSSTELLUNG

500 AUSSTELLER IN DER LEDERWARENBRANCHE UND ANGESCHLOSSENEN
GEBIETEN TREFFEN MIT MEHR ALS 16000 FACHLEUTEN AUS 50 KONTINENTEN
ZUSAMMEN AUF DER WELTWEIT HÖCHSTQUALIFIZIERTEN LEDERWAREN-
MODELAUSSTELLUNG

MAILAND 23. - 26. MÄRZ 1984

Organisiert vom SVIP (Comitato Sviluppo Vandite Pelletteria)
Weitere Ausstellungen in 1984

46. AMPEL

MAILAND 12. - 15. OKTOBER 1984

MIPEL - 20122 MILANO (ITALIEN) - VIALE BEATRICE D'ESTE, 43
TEL. (02) 5468951-2-3-4-5 - FS 313224 MIPEL I - TELEGR. MIPELAMPS

The
Economist

Wie lang ist der Weg
zur Wende? In der
Ausgabe vom
4. Februar berichten
wir in einer ausführ-
lichen Studie über die
drängendsten Probleme
der Bundesrepublik
Deutschland.

Europe's international weekly. The Economist berichtet mit fundierten Nach-
richten, Analysen und Kommentaren über Weltpolitik, Wirtschaft, Finanzen
und Wissenschaft. Er erscheint jeden Freitag und ist in 180 Ländern der
Welt überall dort erhältlich, wo die internationale Presse vertreten ist.

Das Thema
der WELT
am 11. Februar
auf der Seite WISSENSCHAFT

Stoßwellen: Eine neue Dimension in der Medizin

Wäre es nach dem Willen der Gutachter gegangen, gäbe es heute die Stoßwellen-Therapie nicht, ein Verfahren, das inzwischen als eine der wichtigsten, medizinischen Neuerungen der letzten Jahre weltweit anerkannt wird.

Stoßwellen sind energiereiche Druckwellen, die mit Überschallgeschwindigkeit durch den Körper laufen. Genau positioniert, lassen sie Nierensteine zu grobem Staub zerfallen. Lange Zeit hatte man gezweifelt, ob die auftretenden Drücke von mehreren 100 Atmosphären vom lebenden Organismus schadlos vertragen werden. Tatsächlich wird der Druckstoß im millionstel Bruchteil einer Sekunde gefahrlos durch den Körper geleitet, ohne das angrenzende Gewebe zu schädigen. Noch sind nicht alle Anwendungsbereiche ausgeschöpft: Die Zerstörung von Gallensteinen und die Stimulation des Reizleitungssystems - hier sitzt der Taktgeber für den Herzschlag - wird in mehreren Kliniken bereits erprobt.

Sie erhalten die WELT überall im Zeitungshandel. Oder Sie abonnieren die WELT: Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung. Probestellung kostenlos.

DIE WELT
VERBÄHRIGTE ZEITUNG FÜR DIE FACHLEITUNG

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3474717

Liebe ist... wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungrigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk
Deutscher Patenkreis e.V.

Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postcheckkonto
1710-701 PSA Stuttgart. CCF ist eines der größten
überkonfessionellen Kinderhilfswerke der Welt
und betreut schon über 200.000 Kinder.

Wir trauern um

Dr. Ludwig Klebert

der am 1. Februar 1984 im 81. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Dr. Klebert war unserem Unternehmen über 40 Jahre auf das engste verbunden. 1927 trat er in Leverkusen als Chemiker in das Anorganisch-Wissenschaftliche Labor der damaligen IG Farbenindustrie AG ein und schied 1966 als Mitglied des Vorstandes aus dem aktiven Dienst aus. Anschließend gehörte er bis 1970 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an.

Herr Dr. Klebert hat in unseren vielfältigen Bereichen der anorganischen Chemie und Technik viele Jahre befruchtend gewirkt. Eine lange Reihe wesentlicher Entwicklungen und die Lösung von Aufgaben großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind ihm zu verdanken. Unter seiner tatkräftigen Führung gelang der Wiederaufbau der anorganischen Abteilung unseres Unternehmens nach dem Krieg und ihr weiterer Ausbau, der u. a. zu den heutigen Großproduktionen von Schwefelsäure, Chlor, Dichromat, Flußsäure und Siliconen sowie zur Aufnahme von Bergbaubetrieben führte.

In zahlreichen Verbänden und Vereinigungen der Wirtschaft und der Wissenschaft hatte die Stimme von Herrn Dr. Klebert großes Gewicht.

Sein klarer Blick für das Wesentliche, seine Zielstrebigkeit, seine sichere und bestimmte Hand bei der Ausführung des als richtig erkannten, besonders aber auch seine Fähigkeit, Mitarbeiter heranzuziehen und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten, prägten ihn zu einer herausragenden Führungspersönlichkeit. Er war vielen ein verständnisvoller Förderer und väterlicher Freund. Er bleibt uns unvergessen.

BAYER AG

Aufsichtsrat Vorstand Belegschaft

Nach kurzer Krankheit entschlief Herr

Wilhelm Zimmermann

Reeder i. R.

* 20. 10. 1889 † 2. 2. 1984

Olga Menzel

2000 Hamburg 52
Langmackweg 7

Trauerfeier am Freitag, dem 10. Februar 1984, um 11.00 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Am 30. Januar 1984 verstarb unser früherer Mitarbeiter, Herr

Heinz Riemhofer

geboren am 2. März 1913

Herr Riemhofer war 37 Jahre in unserem Hause tätig und leitete ab 1959 unsere Zweigstelle 208, Eppendorfer Landstraße 2. Seit 1975 lebte er im Ruhestand. Wir schätzen Herrn Riemhofer als zuverlässigen und hilfsbereiten Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der**Hamburger Sparkasse**

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 8. Februar 1984, um 11.00 Uhr auf dem Friedhof Bergstedt, Bergstedter Chaussee, statt.

Wir trauern um

Alfred Bärthel

Regierungsrat a. D.

der am 30. Januar 1984 im 80. Lebensjahr verstorben ist. Herr Bärthel gehörte dem Vorstand unseres Hauses vom Gründungsjahr 1962 bis 1969 an; er hat mit seinen reichen Erfahrungen, mit großem persönlichem Einsatz und Pflichtbewußtsein und in seiner selbstlosen Art für den Aufbau unserer Bank wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Wir werden ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter

der

WESTFÄLISCHE HYPOTHEKENBANK

Aktiengesellschaft

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80 - 39 42 o. - 42 30

Berlin (0 30) 25 91 - 29 31

Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telefax: Hamburg 2 17 001 77 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Dr. Horst Pavel

20. Dezember 1908

1. Februar 1984

Horst Pavel war unserem Unternehmen von 1938 bis 1973 verbunden. Seit 1941 gehörte er dem Vorstand an.

An der Seite von Günther Quandt und Herbert Quandt hat Horst Pavel sein Leben in den Dienst der VARTA gestellt.

Wir haben ihm viel zu verdanken.

VARTA AG

Die Beerdigung findet am 8. Februar 1984 um 14.30 Uhr auf dem Waldfriedhof in Bad Homburg v. d. Höhe statt.

Unser langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender und späterer Ehrenvorsitzender, mein geliebter Bruder

Dr. jur. Horst Pavel

wurde am 1. Februar 1984, kurz nach Vollendung seines 75. Lebensjahres, von seiner schweren Krankheit erlöst.

Wir haben seiner großen Klugheit und seinem Rat viel zu verdanken und werden ihn nie vergessen.

Herbert Pavel

Aufsichtsrat, Geschäftsführungen und Mitarbeiter der
Rheinmetall-Gruppe und Schaeffler Scovill Verbindungstechnik G.m.b.H.
Wuppertal

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 8. Februar 1984, um 14.30 Uhr auf dem Waldfriedhof Bad Homburg v. d. H. statt.

Statt zugedachter Kränze und Blumen bitten wir um eine Spende zugunsten des „Johanneshauses“, Oscheibronn, Zentrum für Lebensgestaltung im Alter, Commerzbank Pforzheim, BLZ 6640035, Kto.-Nr. 4005765.

**Um zum Frieden zu gelangen,
zum Frieden erziehen.**

PARST PAUL VL

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V.
35 KASSEL WERNER-HILPERT-STRASSE 2 POSTSCHHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

Adolf Kämpf

* 5. 12. 1914 † 31. 1. 1984

Wer ihn kannte, weiß, was wir verloren haben.

Mitarbeiter und Gesellschafter
der Firma
B. Glauert

Neuer Wall 32, 2000 Hamburg 36

Trauerfeier am 9. Februar 1984 um 12.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbechaussee 410.

Anstelle von zugedachten Blumen und Kränzen erbitten wir eine Spende zugunsten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Konto 107557 bei der Vereins- und Westbank in Hamburg.

Dr. Mildred Scheel

**Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun.
Spendenkonto
90 90 90 bei allen
Banken, Sparkassen
und Postscheckamt
Köln 90 90 90-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche
Krebshilfe e.V.**

macef
MESSEN-MAILAND

Auf dem Gelände der Internationalen
Mailänder Messe - Italien

Internationale Fachmesse für Geschenkartikel - Kristall - Keramik - Silberwaren - Goldschmiedekunst - Edelsteine - Haushaltsartikel - Eisenwaren und Werkzeuge

Zweimal jährlich bietet MACEF eine außerordentliche Gelegenheit für Käufer, nicht nur die besten und originellsten Güter zu sehen, sondern auch andere Käufer aus allen Teilen der Welt zu treffen, Ideen und Notizen über die derzeitigen Trends und Entwicklungen auszutauschen.
Die Ausstellungshallen sind mit Aufmerksamkeit geordnet und die Güter sorgfältig präsentiert, um zuzusichern, daß Sie mit so wenigen Problemen wie möglich alles am besten sehen können.

Frühjahrs-MACEF 10.-13. Februar 1984, 2500 Aussteller
Herbst-MACEF 7.-10. September 1984, 3200 Aussteller

Öffnungszeiten: 9.00 Uhr bis 18.30 Uhr

* nur auf der Herbst-MACEF ausgestellt

Für Auskünfte und kostenlose Eintrittskarten:
Via MACEF - 20 155 Mailand (Italien) - Via Caracciolo 77
Telefon 02/34 53 639 - 31 50 17

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondenten für Technologie: Adalbert Albrecht

Zentralredaktion: 5900 Bonn 1, Godesberger Allee 98, Tel. (02 28) 20 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 15, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 20 21/22, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Strasse 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb: 2 179 016, Anzeigen: Tel. (0 40) 5 47 43 50, Telex 2 17 001 777

4500 Essen 18, Im Teelbruch 180, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 575 184, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 30 und 8 27 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 5, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 23 019, Anzeigen: Tel. (05 11) 8 69 00 00, Telex 32 30 105

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 42/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 30 61, Telex 8 597 955

8000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 23 12 31, Telex 4 12 448, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-12, Telex 4 105 235

7000 Stuttgart, Rotenbühlstraße 20a, Tel. (07 11) 23 12 31, Telex 7 23 885, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 28-32, Tel. (0 89) 2 23 12 01, Telex 6 22 812, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 00 30 / 39, Telex 5 23 535

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandssubskription DM 30, einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abbestellungsgebühren sind im Voraus zu zahlen.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsverkehrs bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abbestellungsgebühren können nur zum Monatsende ausgerechnet werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreise für die Deutschlandausgabe für 82. und Kombinationsanfertigung: DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsbild 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe Nr. 42.

Ausländische Publikationsverleger der Berliner Botschaft, der Bundesrepublik, der Rheinisch-Westfälischen Botschaft in Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Staatlichen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse in Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse in Stuttgart.

Für unverlangt eingesandenes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsschleife WELT-REPORT.

Verlag Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Strasse 1.

Nachrichtentechnik: Reinhold Prechtel

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Dietrich Wübbing

Vertrieb: Gerd Dieter Lallies

Verlagshaus: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4200 Essen 18, Im Teelbruch 180; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.

Khomeinis Gefolgsleute in Libanon

Fortsetzung von Seite 1

strikten Befolgung der Religionsgesetze aus, sondern auch in der Verschleierung der Frauen und Mädchen, in Khomeini-Postern und Plakaten gegen die USA und Israel. Libanesische Schützen der Amal nehmen gerade jetzt in Iran an umfangreichen Manövern der Revolutionsgarden mit dem Namen „Kuds“ (Jerusalem) teil. In der vergangenen Woche ist einer der radikalsten schiitischen Mullas aus Beirut, Mohammed Hussein Fadlallah, vom persischen Präsidenten Khomeini empfangen worden. Er erhielt das Versprechen: „Wir tun alles für die islamische Revolution in Libanon und den Kampf gegen die Imperialisten.“ Parlamentspräsident Rafsanjani forderte zur Bildung von Selbstmordkommandos gegen die US-Marine auf.

Der fanatische Fadlallah, dessen Freitagsgebete im Stadtteil Schia auf Band genommen und dann in Südbanban verteilt werden, weil sie zum Kampf gegen Israel aufrufen, ist ein libanesischer und amerikanischer Sicherheitsdienst bekannt. Er gilt als einer der geistig-religiösen Urheber der Anschläge gegen die Amerikaner und Franzosen in Beirut.

Da die Schiiten-Miliz Amal nach vielen Vorfällen in Beirut nun offen gegen Regierung und Armee steht, gerät die frisch aufgestellte Truppe (34 000 Mann) mit ihren drei Kampfbrigaden in eine schwierige Lage. Amal ruft die schiitischen Soldaten (bis zu 40 Prozent) zur Desertion auf und wendet den gleichen Trick wie Khomeini 1979 gegen die persischen Soldaten an: Wer auf Glaubensbrüder schießt, so die Parole, wird von Allah verdammt und kommt nicht ins Paradies.

Zum anderen muß die Armee jetzt an zwei Fronten, im Schuf und in Beirut kämpfen, ohne von der alliierten Friedenstruppe aktiv unterstützt zu werden. Die Amal-Miliz in den südlichen Vororten und die Drusen im Schuf können sich gegenseitig unterstützen, weil es der Armee bisher nicht gelungen ist, den zwei Kilometer breiten „Korridor“ zwischen Beirut und Schuf bei Schuafat zu unterbrechen. Schuafat liegt an der alten Saïda-Straße hinter dem Flugplatz am Berghang und wurde bis September von den Israelis kontrolliert. Als sie abzogen, rückten weder die libanesische Armee noch US-Marinetruppen nach.

Ben-Nathan: Bitterer Nachgeschmack in Israel

Fortsetzung von Seite 1

Der Besuch Kohls, fuhr Ben-Nathan fort, habe „viele Fragezeichen gestellt und manches aufgewühlt“, das in vergangenen Jahren – wenn gleich nicht vergessen wurde – jedoch nicht mehr so auffällig das Gedächtnis belastete.

Frage: Was Sie hier sagen, ist brisant. Es wird sicher in Deutschland Nachwirkungen hervorrufen. Haben Sie daran gedacht?

Ben-Nathan: Ich habe all dies gesagt, weil es mir sehr am Herzen liegt. Ich war einer der ersten, die Versuch haben, Brücken zu bauen. Ich war einer von jenen, die sich schon sehr zeitig bemüht haben und oft gegen den Strom der öffentlichen Meinung in Israel geschwommen sind, um kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern. Ich war immer der Meinung, daß man – ohne irgend etwas zu verschütten, gute Beziehungen pflegen kann.

Frage: Kohl hat sich hier bei mehreren Gelegenheiten als geistigen Nachfolger und Schüler Konrad Adenauers bezeichnet. Wäre es aus Ihren Ausführungen zu entnehmen, daß diese Bezeichnung eigentlich unverständlich ist?

Ben-Nathan: Darüber möchte ich nicht der Richter sein. Jedenfalls kann ich in Erinnerung rufen, daß Adenauer ein sehr ausgeprägtes Verständnis für die Probleme der Sicherheit Israels hatte. Zur Zeit Adenauers hat die Bundesregierung Israel mit Verteidigungsgeräten versorgt und hat keine Waffen in ein arabisches Land geliefert. Also in dieser Hinsicht ist Bundeskanzler Kohl sicherlich ein Nachfolger oder Schüler Adenauers.

Frage: Wie würde Israel auf einen Waffenlieferungsbeschluss der Bundesregierung reagieren?

Ben-Nathan: Ich kann Ihnen sagen, was mein eigener Beschluss sein würde. Sobald ein Waffenvertrag unterzeichnet wird, trete ich von der Präsidentschaft der Israelisch-Deutschen Gesellschaft zurück. Ich glaube, daß es dann für mich keinen Sinn mehr hätte, mich mit der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen zu befassen. Ich gehöre keiner anderen ähnlichen Gesellschaft an, auch nicht der israelisch-französischen, obwohl ich Botschafter in Frankreich war und dort viele Freunde habe.

Ein Zivilist an die Spitze des MAD?

Fortsetzung von Seite 1

Würden, Wörner habe durch seine Handlungsweise deutlich werden lassen, daß er Krisen nicht meistern könne, trat Dregger mit dem Hinweis auf die Verfassungslage entgegen. Danach sei im Spannungsfeld der Bundeskanzler der oberste Befehlshaber.

Wenn unterhalb der Ministerbene Konsequenzen gezogen würden, dann müßten diese sich auf die „Aufgaben beziehen“, es dürften keine „Strafkonsequenzen“ sein, sagte Dregger. Für die SPD erklärte deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Horst Ehmke, soweit es um unrichtige Vorwürfe gegen General Kießling gehe, sei dies für die SPD erledigt. Sie werde im Untersuchungsausschuß darauf nicht zurückkommen. Nicht erledigt sei die Verfahrensweise des Ministers und der Hardthöhe.

Der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), FDP-Fraktionsführer Wolfgang Mischnick, hat in einem Schreiben an Minister Wörner sein Befremden über den Abdruck von Dokumenten im „Spiegel“ zum Ausdruck gebracht. Diese Dokumente seien der PKK als geheim oder vertraulich zur Kenntnis gebracht worden.

Warschau will seine Isolierung überwinden

Das Regime setzt auf Bonn und die Kirche.

DW, Warschau/Bonn Die Warschauer Führung verstärkt ihre Bemühungen, die internationale Isolierung, in die das Regime mit der Verhängung des „Kriegsrechts“ 1981 geraten ist, zu überwinden. Sie setzt dabei auch auf die Bundesrepublik Deutschland.

Nach der Sitzung des Ministerrats am vergangenen Wochenende verbreitete die offizielle Nachrichtenagentur PAP eine Erklärung, in der es hieß, Warschau sei bereit, das Angebot der USA zu einer Verbesserung der Beziehungen anzunehmen. Die Regierung in Warschau sprach sich für „konstruktive und realistische Lösungen zur Wiederherstellung des Geistes des Dialogs und der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent“ aus.

Mit großer Aufmerksamkeit war in der vergangenen Woche das SPD-Präsidiummitglied Hans-Jürgen Wischniewski in Warschau empfangen worden. Wischniewski sagte dabei immer wieder, daß die Polen Politik für ihn kein Gebot des innerpolitischen Streits sei, daß man also in dieser Frage keine Kluft zwischen Regierung und Opposition treiben könne. Er sei gekommen, um zu überlegen, was getan werden könne, um die Politik „in die richtige Richtung“ zu bewegen. Die jüngste Aussprache im Auswärtigen Ausschuß habe ihn, Wischniewski, überzeugt, daß die Bundesregierung an einer positiven Entwicklung interessiert sei.

Teil der polnischen Bemühungen, wieder hoffähig zu werden, sind auch die Verhandlungen mit dem Vatikan über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Heute wird der päpstliche Sonderunterschied Luigi Foggi in Warschau erwartet. Der Papst hat mehrmals zu verstehen gegeben, daß er die Formalisierung der beiderseitigen Beziehungen unterstützt.

Mit Aufmerksamkeit wurde im Westen die jüngste Begegnung zwischen dem polnischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski und dem sowjetischen Marschall Viktor Kulikow registriert. Kulikow, Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Truppen, traf auch mit dem neuen polnischen Verteidigungsminister Siwicki zusammen. Zur gleichen Zeit bekannte sich der polnische Minister zur engen Bindung der Warschauer Außenpolitik an die UdSSR und zur „Koordinierung der Politik der sozialistischen Staaten“.

Wahlen in Nicaragua verschoben

rtt/AFP, Managua

Nach zwei Luftangriffen auf Ziele in Nicaragua hat die sandinistische Regierung die Vorbereitung zu Wahlen im kommenden Jahr gestoppt. Der nicaraguanische Staatsrat gab bekannt, die Debatten über ein Wahlgesetz, die am kommenden Dienstag aufgenommen werden sollten, seien „auf unbestimmte Zeit“ verschoben worden.

Die Lage in Mittelamerika hat sich nach den Luftangriffen zweifellos verschärft. Bei den von Honduras aus gestarteten Angriffen hatte es vier Tote und mehr als zehn Verletzte gegeben. Zu den Bombardierungen bekannte sich die von den USA unterstützte antisandinistische Organisation „Demokratische Kräfte Nicaraguas“ (FDN). Nach den Worten ihres Anführers Adolfo Calero habe eine Sendeanlage des salvadorianischen Guerrilla-Senders „Radio Venceremos“ zerstört werden sollen. In dem Gebäude seien das Hauptquartier einer salvadorianischen Guerrilla-Organisation sowie zahlreiche sowjetische und kubanische Berater untergebracht gewesen.

Athen kündigt Luftfahrtabkommen

dpa, Athen

Die griechische Regierung hat das Luftfahrtabkommen mit den USA aus dem Jahre 1946 gekündigt, das Fragen des zivilen Luftverkehrs zwischen beiden Ländern regelt. Der Regierungssprecher bezeichnete das zuletzt im Jahre 1968 erneuerte Abkommen als einseitig und kolonialistisch.

In politischen Kreisen wurde die Kündigung des Abkommens als Antwort der griechischen Regierung darauf gewertet, daß die amerikanische Regierung in einem Vorschlag für die Verteidigungshilfe im Jahre 1985 an den Kongreß die Türkei bevorzugt behandelt. Athen hatte bereits vor einigen Tagen dagegen protestiert, daß Washington mit diesem Vorschlag von der Verpflichtung abgewichen sei, Griechenland und der Türkei eine nach Umfang und Inhalt ausgewogene Verteidigungshilfe zu gewähren, wie sie im griechisch-amerikanischen Stützpunktabkommen vom September 1963 verankert ist.

Der MAD: Dementi und Bestätigung

ms, Bonn

Der WELT-Bericht über den Mitte Januar aus dem Bundesverteidigungsministerium heraus unter dem Titel „Der MAD“ (Militärisches Abschirmdienstes) einen Überblick über die Telefonsprache von General Kießling zu erhalten und Meldezettel von Zeugen aus der Kölner Homo-Szene aus einem Gasthof in Dechau verschwinden zu lassen, hat breite Resonanz gefunden. Dieses Ansinnen des für die Dienst- und Fachaufsicht über den MAD zuständigen Referatsleiter auf der Hardthöhe, Oberst i. G. Max Hüttelmaier, hatte der Kommandeur der MAD-Gruppe VI in München, Oberst Siek, zurückgewiesen. Er sah darin die Gefahr einer Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Die WELT hatte ihren Bericht vor der Veröffentlichung dem Sprecher

des Bundesverteidigungsministeriums, Oberst Reichardt, zur Stellungnahme vorgelegt. Nach Rücksprache mit Minister Manfred Wörner äußerte sich Reichardt gegenüber der WELT wie folgt: „Mit der Erklärung des Ministers ist kein Anlaß mehr gegeben, zu Einzelheiten früherer Vorentscheidungen Stellung zu nehmen. Zur Verbesserung der Aufgabenerfüllung im MAD ist eine Kommission eingesetzt. Sie wird sich unter anderem auch mit der Arbeitsweise des MAD befassen.“ Ein Dementi gab Reichardt nicht ab.

Auf Anfrage von AP sagte dann „ein Sprecher“ der Hardthöhe zwei Stunden später: „Es hat keine Anweisung des Ministeriums gegeben, Kießling abzuholen. Dies hatte die WELT auch nicht berichtet. Der Sprecher weiter: Es könne sich allenfalls um eine Weisung handeln, die

„ohne offiziellen Auftrag“ ergangen sei. Zur Information, wonach Meldezettel beseitigt werden sollten, meinte der Sprecher, dies werde „noch geprüft“. Wieder zwei Stunden später erklärte das Ministerium, es habe „keine rechtswidrigen“ Anordnungen der Hardthöhe gegeben und es sei „keine Anordnung des Ministeriums oder des MAD erteilt worden, Nachforschungen über Telefonsprache Kießlings anzustellen“. Außerdem habe es „keine Anweisung“ gegeben, Meldezettel verschwinden zu lassen.

Am Samstag veröffentlichte die „Bild“-Zeitung eine Stellungnahme von Oberst Reichardt: „Es hat eine entsprechende Anfrage des zuständigen Bonner MAD-Referenten Hüttelmaier bei MAD-Oberst Siek in München gegeben.“ Das Ministerium habe den Befehl gegeben, es dürfe nicht abgehört werden.

Geschichtsträchtig: Naumburg an der Saale

Beredete Figuren aus Stein

Namen, die keiner mehr kennt – wir kennen ihn, diesen sprichwörtlich gewordenen Titel eines Buches über Ostpreußen, in dem eine bekannte Zeitgenossin ihrer verlorenen Heimat ein Denkmal gesetzt hat.

Wismar oder Ostsch, Anklam oder Tangermünde – die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen: Das alles sind hiesige Namen, die eben kaum einer mehr kennt. Zu diesen Orten gehört die rund 35 000 Einwohner zählende Stadt Naumburg an der Saale. Nördlich von ihr liegt schon Bekannteres: Halle und Leipzig, südlich das historische Dreigestirn: Erfurt, Weimar und Jena. Ein geschichtsträchtiger Raum jedenfalls, und Naumburgs Antlitz – Städte haben so etwas – bestätigt das reichlich.

Ich, ein Mecklenburger aus Wismar, habe diese Stadt nur zweimal gesehen – vor über einem Jahrzehnt. Dazu kommt: mehr gestreift als gründlich erkundet, denn sie war für mich zuerst eine Haltestation auf der Reise von Naumburg zu meinem Studienort Erfurt. Aber da gab es einmal den unüberhörbaren Ruf des reizvollsten Paars der Stadt: des Markgrafen Eckhard und seiner Gemahlin Uta. Sie diesen lebendigen



Späte Romanik und frühe Gotik in einem: der Naumburger Dom. FOTO: TELEBUNK

Ausbildungsstätten zu geistigen Fluchbüchern entwickelt, von denen Kämpferisches ausgeht. Das Kathedrale Oberseminar Naumburg ist wie alle übrigen vergleichbaren Stätten mit Lernwilligkeit überfüllt. Daß diese Art von Lernwilligkeit eine ungeliebte ist, aus der Sicht der neuen Herren der Stadt und des Landes, kann man sich denken, zumal: Das rebellische Jena ist nah. Und so werden andere Kontinuitäten sichtbar: der jahrhundertlange Kampf der Bürger der Stadt, der erstmals in der Merseburger Bischofschronik (11. Jahrhundert) erwähnt wird, gegen bischöfliche Geistlichkeit, gegen das sächsische Herrscherhaus – der Wiener Kongreß von 1814/15 schließlich schenkt die Stadt den Preußen zu. Und dabei blieb es. Bis zum bitteren Ende, das auch Naumburg an der Saale bis zur Stunde nicht verlassen hat.

Gewiß, das ist eine Trauer zuallererst hinter den restaurierten Fassaden und Gesichtern der Menschen. Man wird Fröhlichkeit finden, auch in Naumburg natürlich. Wie ich sie damals fand: im Ratskeller, bei mehreren Bieren und einer ukrainischen Soljanka, die 1971 keine zwei Mark kostete. Die Zeit ist weitergegangen, aber auch in dieser Stadt der „DDR“ wird sich nichts wesentlich verändert haben. Oder ist gerade das das Gesetz der Veränderung? Keine Preisfrage, aber eine, auf die wir vielleicht Antwort im Dom dieser Stadt und dem beredeten Schweigen der lebensgroßen Figuren aus Stein finden.

ULRICH SCHRACHT

KRITIK

Testflug mit Schiffbruch

Der Pilot Pirx ist eine Figur, die in den Erzählungen des polnischen Schriftstellers Stanislaw Lem immer wieder auftaucht. Spezialität dieses Weltraumpiloten ist es, Probleme durch Zögern zu lösen. Das tut Pirx denn auch in dieser polnisch-russischen Verfilmung einer Lem-Erzählung und entlarvt so den Roboter in seiner Besatzung. Und das geschah zum Abschluß der einzigen 20 Minuten, in denen der Film von Marek Piastek Interesse erregte: Die Atmosphäre des gegenseitigen Belauerns, des Mißtrauens und der Intrigen in dem Raumschiff hat er trefflich wiedergegeben. Offenbar kennt er, was er verfilmt.

Doch weil es solche bösen Dinge in der Sowjetunion und in Polen be-

kanntlich nicht geben darf, war die Handlung im kapitalistischen Westen angesiedelt, und das forderte förmlich den Vergleich mit westlichen Science-Fiction-Filmen heraus. Und da endete der „Testflug zum Saturn“ eindeutig mit einem Schiffbruch: nämlich die technischen Tricks, um die die aufgeklärte Episode, in der die Roboterfirma Jagd auf den braven Pirx macht, und einigermaßen erheitert, mit welcher Provinzialität das Lotteriespiel im Westen dargestellt wurde. Und vor allem keine Spannung, außer in den bewußten 20 Minuten.

Der literarische Bedeutung von Stanislaw Lem ist diese platte Verfilmung nicht gerecht geworden.

SVEN HANSEN

STUDIO

Können Fernsehen und Hörfunk arbeitslosen Jugendlichen helfen? Können die elektronischen Medien möglicherweise ein Ventil sein, um den durch Arbeitslosigkeit entstandenen sozialen und psychischen Druck zu mindern? Haben arbeitslose Jugendliche Ansprüche auf ein besonderes Fernseh- und/oder Hörfunkprogramm, das ihnen Orientierung, Information und Aufklärung in ihrer speziellen individuellen und gesellschaftlichen Lage gibt?

Was denken Programmierer in den Rundfunkanstalten darüber? Ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit in die Programmredaktion einbezogen? Wie wurden Sendungen zu diesem Thema von den betroffenen Jugendlichen aufgenommen?

Antworten auf diese Fragen soll eine empirische Untersuchung geben, mit der das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZJ) das Sozialwissenschaftliche Institut Nowak und Sörgel GmbH, München, beauftragt hat. Die Ergebnisse dieser bundesweit durchgeführten Untersuchung, an der sich auch das ZDF finanziell beteiligt, werden Anfang 1985 auf einer „Europäischen Konferenz“ im Funkhaus des ER mit Programmproduzenten, Sozialwissenschaftlern und Vertretern einschlägiger Institutionen diskutiert und veröffentlicht.

Die größte Multi-Media-Wand Frankreichs ist in Paris ihrer Bestimmung übergeben worden. Die zwölf Quadratmeter große Videofläche ist die Hauptattraktion des neuen Kaufhauses „Hachette-Opéra“, das kürzlich in Paris am bisherigen Standort

des „Drugstore-Opéra“ am Opernplatz eingeweiht wurde. Der „Videwall“ besteht aus 54 unabhängigen Fernsehbildschirmen, auf denen Programme von Videobändern, Live-Kameras und einem elektronischen Bilder produzierenden Computer laufen. Im ständigen Nebeneinander werden Verbraucherinformationen, Bildschirmitzungen und Werbung gezeigt.

Das Projekt der Schriftsteller Alfredo Pieroni und Enzo De Concini, die Geschichte der 264 Pagine von Petrus his Johannes XXIII. für eine Fernsehserie zu schreiben, hat sofort das Interesse einiger der bekanntesten italienischen Regisseure gefunden. Fellini, Antonioni, Risi und Lilliana Cavani haben sich schon bereit erklärt, Episoden des in 35 einstufigen Fortsetzung geplanten Films zu übernehmen, der die längste aller Dynastien dieser Welt in folgende vier Gruppen aufteilen soll: „Die Verfolger“, „Die Triumphatoren“, „Die Verfolger“ und „Die Konzilatoren“.

Das Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik hat mit finanzieller Unterstützung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Jugendfilmclub Köln Videoempfehlungen erarbeitet. Sie sollen dazu beitragen, das Angebot von jugendgerechten Videofilmen für die pädagogische Arbeit durchschaubar zu machen. Je 30 bis 40 Titel verzeichnen die Listen zum Thema Spielfilme für Jugendliche und Kinder, Filme für die Jugendarbeit zu den Themen Medien sowie Jugend und Gesellschaft. Die Empfehlungen können gegen eine Schutzgebühr von 1 Mark bezogen werden vom Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, Kuppelstein 34, 5630 Remscheid. (DW.)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.35 Saarländische Rundschau	12.15 Weltereise
10.00 Tagesschau	12.30 Prosecco
10.05 Vorwärts, Fall!	13.00 Tagesschau
10.15 Das heutige	
14.00 Tagesschau	
14.10 Hore Vaterland	
14.15 Eine sehr deutsche Revue	
14.20 Tagesschau	
14.30 Tagesschau	
14.35 Der Vegetarier	
14.40 Die Abenteuer eines Schöferhundes	
14.45 Hokus Pokus	
14.50 Heute	
14.55 Heute	
15.00 Tagesschau	
15.05 Tagesschau	
15.10 Tagesschau	
15.15 Tagesschau	
15.20 Tagesschau	
15.25 Tagesschau	
15.30 Tagesschau	
15.35 Tagesschau	
15.40 Tagesschau	
15.45 Tagesschau	
15.50 Tagesschau	
15.55 Tagesschau	
16.00 Tagesschau	
16.05 Tagesschau	
16.10 Tagesschau	
16.15 Tagesschau	
16.20 Tagesschau	
16.25 Tagesschau	
16.30 Tagesschau	
16.35 Tagesschau	
16.40 Tagesschau	
16.45 Tagesschau	
16.50 Tagesschau	
16.55 Tagesschau	
17.00 Tagesschau	
17.05 Tagesschau	
17.10 Tagesschau	
17.15 Tagesschau	
17.20 Tagesschau	
17.25 Tagesschau	
17.30 Tagesschau	
17.35 Tagesschau	
17.40 Tagesschau	
17.45 Tagesschau	
17.50 Tagesschau	
17.55 Tagesschau	
18.00 Tagesschau	
18.05 Tagesschau	
18.10 Tagesschau	
18.15 Tagesschau	
18.20 Tagesschau	
18.25 Tagesschau	
18.30 Tagesschau	
18.35 Tagesschau	
18.40 Tagesschau	
18.45 Tagesschau	
18.50 Tagesschau	
18.55 Tagesschau	
19.00 Tagesschau	
19.05 Tagesschau	
19.10 Tagesschau	
19.15 Tagesschau	
19.20 Tagesschau	
19.25 Tagesschau	
19.30 Tagesschau	
19.35 Tagesschau	
19.40 Tagesschau	
19.45 Tagesschau	
19.50 Tagesschau	
19.55 Tagesschau	
20.00 Tagesschau	
20.05 Tagesschau	
20.10 Tagesschau	
20.15 Tagesschau	
20.20 Tagesschau	
20.25 Tagesschau	
20.30 Tagesschau	
20.35 Tagesschau	
20.40 Tagesschau	
20.45 Tagesschau	
20.50 Tagesschau	
20.55 Tagesschau	
21.00 Tagesschau	
21.05 Tagesschau	
21.10 Tagesschau	
21.15 Tagesschau	
21.20 Tagesschau	
21.25 Tagesschau	
21.30 Tagesschau	
21.35 Tagesschau	
21.40 Tagesschau	
21.45 Tagesschau	
21.50 Tagesschau	
21.55 Tagesschau	
22.00 Tagesschau	
22.05 Tagesschau	
22.10 Tagesschau	
22.15 Tagesschau	
22.20 Tagesschau	
22.25 Tagesschau	
22.30 Tagesschau	
22.35 Tagesschau	
22.40 Tagesschau	
22.45 Tagesschau	
22.50 Tagesschau	
22.55 Tagesschau	
23.00 Tagesschau	
23.05 Tagesschau	
23.10 Tagesschau	
23.15 Tagesschau	
23.20 Tagesschau	
23.25 Tagesschau	
23.30 Tagesschau	
23.35 Tagesschau	
23.40 Tagesschau	
23.45 Tagesschau	
23.50 Tagesschau	
23.55 Tagesschau	
24.00 Tagesschau	

III.

18.00 Tagesschau	21.00 Tagesschau
18.05 Tagesschau	21.05 Tagesschau
18.10 Tagesschau	21.10 Tagesschau
18.15 Tagesschau	21.15 Tagesschau
18.20 Tagesschau	21.20 Tagesschau
18.25 Tagesschau	21.25 Tagesschau
18.30 Tagesschau	21.30 Tagesschau
18.35 Tagesschau	21.35 Tagesschau
18.40 Tagesschau	21.40 Tagesschau
18.45 Tagesschau	21.45 Tagesschau
18.50 Tagesschau	21.50 Tagesschau
18.55 Tagesschau	21.55 Tagesschau
19.00 Tagesschau	22.00 Tagesschau
19.05 Tagesschau	22.05 Tagesschau
19.10 Tagesschau	22.10 Tagesschau
19.15 Tagesschau	22.15 Tagesschau
19.20 Tagesschau	22.20 Tagesschau
19.25 Tagesschau	22.25 Tagesschau
19.30 Tagesschau	22.30 Tagesschau
19.35 Tagesschau	22.35 Tagesschau
19.40 Tagesschau	22.40 Tagesschau
19.45 Tagesschau	22.45 Tagesschau
19.50 Tagesschau	22.50 Tagesschau
19.55 Tagesschau	22.55 Tagesschau
20.00 Tagesschau	23.00 Tagesschau
20.05 Tagesschau	23.05 Tagesschau
20.10 Tagesschau	23.10 Tagesschau
20.15 Tagesschau	23.15 Tagesschau
20.20 Tagesschau	23.20 Tagesschau
20.25 Tagesschau	23.25 Tagesschau
20.30 Tagesschau	23.30 Tagesschau
20.35 Tagesschau	23.35 Tagesschau
20.40 Tagesschau	23.40 Tagesschau
20.45 Tagesschau	23.45 Tagesschau
20.50 Tagesschau	23.50 Tagesschau
20.55 Tagesschau	23.55 Tagesschau
21.00 Tagesschau	24.00 Tagesschau

Aus für Ausschüsse

Ha (Brüssel) - An den Experten liegt es nicht, wenn die EG nicht vorankommt. Richtig ist aber das Gegenteil. Mancher Berater Ausschuss in Brüssel dient mehr der Verzögerung politischer Entscheidungen als den Zielen des Gemeinsamen Marktes. Sachverständige pflegen nämlich - mit Verlaub gesagt - nur äußerst selten über ihren eigenen Schatten zu springen.

Trotzdem waren es weniger sachliche als finanzielle Gründe, die die EG-Kommission zur Durchsetzung des „Wildwuchses“ an Fachauschüssen bewegen haben. In einer Zeit, wo der Gemeinschaft die Zahlungsunfähigkeit droht, muß sich die Behörde auch um vergleichsweise bescheidene Einsparungen bemühen.

Von rund 600 Ausschüssen sollen 120 abgeschafft oder bis auf weiteres nicht mehr einberufen werden. Die Kommission kommt damit auch dem Wunsch des Europaparlaments nach. Im Haushaltsplan 1984 sind im Kapitel „Ausgaben für Sitzungen und Einberufungen“ immerhin 34,5 Millionen Mark eingeplant. Für die Ministerien ist einplanen der Steuerzahler nochmals 13,5 Millionen Mark aufzulegen.

Ein Teil der Ausschüsse ist in den Verträgen vorgesehen oder durch Verordnungen geschaffen worden. Dies gilt zum Beispiel für die zahl-

reichen „Verwaltungsausschüsse“ für die Agrarmarktorbungen. Andere sollen die Beteiligung der Wirtschaftsverbände an der europäischen Gesetzgebung ermöglichen. So gibt es einen „Beratenden Ausschuss Lärm“ und einen Ausschuss „Hunger in der Welt“. Ob der Ausschuss für eigene Mittel“ jemals fündig wurde, ist unbekannt.

Reform nötig

rel. - Es zeichnet sich immer deutlicher ab: Eine umfassende Rentenreform muß her. Zu viele große Probleme müssen gelöst werden. Gleich zweimal müssen die Männer den Frauen gleichgestellt werden, im Hinterbliebenenrecht und bei der Altersgrenze. Bisher erhält ein Witwer nur Rente aus der Versicherung seiner Frau, wenn sie überwiegend den Unterhalt der Familie bestritten hat. Weiter sind Frauen berechtigt, schon mit 60 Altersruhegeld zu beziehen, Männer frühestens mit 63. Hier muß aufgrund von Urteilen aus Karlsruhe gehandelt werden. Zusätzlich muß das System gesichert werden gegen demographische Unbill: Weniger Junge müssen mehr Renten aufbringen - bei allem ist mit höheren Belastungen für die Rentenversicherung zu rechnen. Es muß rasch geklärt werden, wie sie bezahlt werden sollen, denn die Rentner des Jahres 2030 sind schon geboren. Sie brauchen für ihre Lebensplanung verlässliche Daten - ebenso wie die Rentner von heute.

OECD / Arbeitsminister beraten über die Strukturschwäche der Weltwirtschaft

Konjunktureller Aufschwung allein kann Beschäftigungskrise nicht lösen

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris

Die westlichen Industriestaaten befinden sich in einer Strukturkrise. Deshalb muß das Arbeitslosenproblem vor allem mit strukturellen Maßnahmen bekämpft werden. Der wirtschaftliche Wiederaufschwung allein reicht nicht aus. Diese Auffassung vertritt das OECD-Sekretariat in seinem Bericht für die am Montag in Paris beginnende „Regierungskonferenz über das Beschäftigungswachstum“.

Die OECD-Experten gehen davon aus, daß in den zwei Jahren bis Mitte 1985 das Bruttoinlandsprodukt Nordamerikas und Japans um sieben bis neun Prozent, und das Westeuropas um drei Prozent zunimmt. Diese Expansion würde die strukturellen Veränderungen beschleunigen, jedoch nicht das Beschäftigungswachstum „in dem gewünschten Maße“ verbessern. Allenfalls sei im OECD-Durchschnitt mit einer Stabilisierung der Arbeitslosenquote von neun Prozent zu rechnen.

Nur die USA könnten eine leichte Verminderung dieser Quote von zuletzt 8,4 auf 7,7 Prozent erwarten. Für Japan wird eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit vorausgesagt, die aber nicht mehr als drei Prozent der aktiven Bevölkerung erreichen dürfte. Westeuropa dagegen würde auf eine Quote von zwölf Prozent (zur Zeit 10,4 Prozent) kommen. Das wären 20 Millionen Arbeitslose oder drei Millionen mehr als in der ersten Hälfte dieses Jahres.

Allgemein wird in dem Bericht festgestellt, daß die Beschleunigung des Beschäftigungswachstums ein verstärktes Wirtschaftswachstum voraussetzt. Die in diese Richtung zielen Politik mußte aber auf strukturelle Veränderungen ausgerichtet werden, welche einen direkten Einfluß auf das Beschäftigungsniveau und auf seine Struktur habe. Die OECD-Staaten stünden jetzt vor der Herausforderung, eine derartige Politik in dynamischer Weise zu verwirklichen.

Dies sei aber ohne die aktive Beteiligung der Sozialpartner wie überhaupt der gesamten Bevölkerung nicht möglich. Obwohl durch das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit eine gewisse Flexibilität am Arbeitsmarkt wiederhergestellt wurde, müßte in folgenden wesentlichen Punkten Einigung erzielt werden:

- Über die Bedingungen zur Belebung der arbeitsplatzschaffenden Investitionen unter Nutzung neuer Technologien und mit dem Ziel sich diesen anzupassen.
- Über die Herstellung eines dynamischen und realistischen Gleichgewichts zwischen der industriellen Umstrukturierung und dem Beschäftigungsschutz, wodurch ein offenes Handelssystem begünstigt werden müßte, das den sozialen Erfordernissen Rechnung trägt.
- Über eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes, welche die Kapazität der Privatwirtschaft zu Neueinstellungen stimuliert und den Transfer von Arbeitskräften in Richtung der Wirtschaftssektoren lenkt, die ein starkes Wachstum besitzen.

US-AKTIENMÄRKTE

Defizit-Streit: Der „Dow“ verlor bisher 92 Punkte

H.A. SIEBERT, Washington

An der Wall Street herrscht nun das ganze große Durcheinander. Niemand weiß mehr, welchen fiskalpolitischen Kurs die Administration wirklich steuert, nachdem der US-Finanzminister dem Haushaltsausschuß des Senats am Freitag in einem Zornesausschuss empfohlen hat, den Jahreswirtschaftsbericht des Weißen Hauses in den Papierkorb zu werfen. Donald Regan stimmt nicht mit der These überein, daß die Rekorddefizite die Wurzel allen Übels sind und Zinsen und Dollarwert nur durch ihren Abbau gedrückt werden können.

Erneut aufgetan hat sich die wirtschaftstheoretische Kluft zwischen der Treasury und dem Beraterstab des Präsidenten. Sieger im Senat blieb Martin Feldstein, dessen „Courage“ gelobt wurde. Er kehrt im Herbst an die Harvard Universität zurück. Auch international hat Regan, der gern aus der Hitze schießt, weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Der Minister gilt als „angeschlagen“ - vor allem nach der heftigen Kritik am gerade eingebrachten Budget, dessen Defizitkette in wenigen Jahren zu einer Verdoppelung der Bundesschulden führt.

Was am Potomac geschieht, hat an den US-Aktienmärkten zu einem Stimmungswandel geführt, der weit über eine Konsolidierung nach langer Hausse hinausgeht. Vergrößert worden ist die Nervosität noch durch die US-Notenbank, deren „Offen-Markt-Komitee“ im Dezember ein Festhalten

am restriktiven Geldkurs beschlossen hat, und zwar mit dem Hinweis, die amerikanische Wirtschaft wachse immer noch zu schnell, abgewendet werden müßten neue Inflationsgefahren. Die Wall-Street-Analysten sehen es anders. Nach ihrem Urteil tritt das „Fed“ zu stark auf die Geldbremse; sie befürchten einen baldigen Rückfall in die Rezession.

Dagegen spricht allerdings die Lage am US-Arbeitsmarkt. Im Januar sank die Arbeitslosenquote noch einmal um 0,2 Prozent. Sie beträgt jetzt acht Prozent, verglichen mit 10,7 Prozent vor 13 Monaten. Außerdem zeigt der Index der führenden Konjunkturindikatoren (Dezember: plus 0,6 Prozent) wieder nach oben.

Folgt man Burton Siegel vom Brokerhaus Drexel Burnham Lambert Inc., dann bekommen die Investoren die Unwägbarkeiten, die sich aus einer expandierenden Wirtschaft, hohen Realzinsen, Rekordhandelsdefiziten und einem überstarken Dollar ergeben, nicht in den Griff. Mit Aktien ist 1983 ferner nicht viel Geld verdient worden; attraktiver sind wieder Rentenwerte.

Das Handtuch warfen in erste Linie die institutionellen Anleger. Der Dow-Jones-Industrie-Index sackte im Wochenverlauf um 32,97 (Freitag: minus 16,85) auf 1197,03, der breiter gestreute Nyse-Index um 1,79 (1,30) auf 92,98 Punkte. Es war die schwärzeste Woche seit Oktober 1982; seit dem 9. Januar hat der „Dow“ 92 Punkte verloren.

Verwirrung am Kakaomarkt

Von LEO FISCHER

Erbebenartige Bewegungen hat es auch im Januar an den Rohstoffmärkten nicht gegeben. Ein Erdbeben - in Peru - war es aber, das den spektakulärsten Preissprung wenn nicht ausgelöst, so doch zumindest beträchtlich verstärkt hat. Die Nachricht von diesem Beben in Peru, dem viertgrößten Zinkhersteller der Welt, trieben die Zinknotiz jedenfalls über die psychologische als wichtig angesehene Schwelle von 700 Pfund, eine Tatsache, die die sogenannten Chartisten zu spekulativen Käufen veranlaßte. Der Zinkpreis erreichte schließlich mit 719 Pfund das höchste Niveau seit 9 1/2 Jahren.

Aber die Zinkhausse ist nicht nur auf spekulative Faktoren zurückzuführen. Die Bestände an der London Metal Exchange sind in den letzten Wochen stark geschrumpft, hochwertige, prompt lieferbare Ware gilt als knapp, und der Aufschwung in den USA hat zu einer steigenden Nachfrage der Automobil- und Bauindustrie geführt. Schließlich sollen auch die Chinesen, die im letzten Jahr 200 000 Tonnen im Westen kauften, weiterhin aktiv am Markt sein. Die günstige Situation konnte auch von den Herstellern zu einer Erhöhung der Abgabepreise genutzt werden.

Unübersichtlich erscheint derzeit der Kupfermarkt. Das peruanische Erdbeben konnte - allerdings nur kurzfristig - auch den Kupferpreis positiv beeinflussen. Käufe aus Japan wirkten ebenfalls anregend. Nicht zuletzt der stärkste Rückgang der Kupfervorräte an der Londoner Börse seit Monaten spricht für einen gut abgestützten Kupferpreis. Auf der anderen Seite zeigt die Forderung der elf amerikanischen Kupferproduzenten an Präsident Reagan, Einfuhrschranken für das rote Metall einzuführen, daß der Kupfermarkt sich in einer labilen Situation befindet. Die US-Produzenten werfen vor allem Chile, Sambia und Zaire eine Überproduktion vor, die zu Lasten der amerikanischen Hersteller geht.

Bei den soft-commodities gab es starke Preisbewegungen für Kakao und Kaffee. Beide Rohstoffe erreichten zwischenzeitlich langjährige Höchststände - Kakao ein Fünfteljahrs-Hoch, Kaffee sogar den Höchstpreis seit sechs Jahren - konnten allerdings dieses Niveau nicht behaupten. Im Falle von Kaffee näherte sich der Preis bedenklich dem Niveau, bei dem nach dem Weltkaffeeabkommen eine weitere Million Tonnen für den Export freigegeben werden dürfen. Mitte Januar hatte der sogenannte Indikatorpreis bereits eine Höhe erreicht, die zur Quotenfreigabe von einer Million Sack führte. Diese Menge könnte allerdings ohne besondere Schwierigkeiten vom Markt absorbiert werden.

Der Höhenflug des Kakao preises wurde vor allem von Nachrichten über Ernte Probleme und Lieferungsstörungen der Elfenbeinküste ausgelöst. Im späteren Verlauf des Monats mußte ein Sprecher der Kakaobehörde in Ghana ebenfalls Verzögerungen bei der Anlieferung von Kakao eingestehen. Der Terminmarkt, ein Informationsdienst des Brokerhauses Hornblower, Fischer, Meade & Letz, wies darauf hin, daß einige Frachter die Häfen des Landes ohne die erwartete Kakaoladung verlassen mußten. Die Kakaobehörde Ghanas teilte zudem mit, daß bei Anhalten der widrigen Wetterbedingungen das für 1983/84 angestrebte Produktionsziel von 150 000 Tonnen nicht eingehalten werden könne.

Gegen Ende Januar hat sich das Geschehen am Kakao markt deutlich beruhigt. Händler und Spekulanten wurden vor allem durch widersprüchliche Ernteprognosen verunsichert. Während das bekannte Londoner Haus Gill und Duffus für die Elfenbeinküste eine Ernte von 360 000 Tonnen prognostizierte, gab der Landwirtschaftsminister bekannt, daß die Ernte die niedrigste seit sechs Jahren sein werde.

Für das Erntejahr 1983/84 sagte Gill und Duffus weltweit eine Produktionsdefizit von 92 000 Tonnen voraus, während das französische Handelshaus Goldschmidt & Fils einen Fehlbetrag von 185 000 bis 195 000 Tonnen prognostizierte. Der Handel scheint aber der Meinung zuzuneigen, daß die französische Schätzung etwas übertrieben ist. Jedenfalls kam es in der letzten Woche zu einem ausgesprochen starken Verkaufsdruck am Kakao markt. Neben markttechnischen Gründen waren dafür brasilianische Verkäufe aus den Lagerbeständen verantwortlich. Irritiert wurde der Handel vor allem durch die Tatsache, daß die Brasilianer den Kakao unter dem Marktpreis abgaben.

Seite 18: Rohstoffabelle

AUF EIN WORT



Der deutsche Reise markt wird auch künftig angesichts mittelfristig wachsender Freizeitbudgets und weiterer Reisebedürfnisse der exportorientierten deutschen Wirtschaft noch über Absatzreserven verfügen. Schon der Anteil von rund 74 Prozent der Urlauber, die ihre Reise bislang noch selbst organisiert, ist als Marktpotential eine Herausforderung für die gesamte Reisebranche.

Dr. Hans Glaser, Vorsitzender der Geschäftsführung Deutsches Reisebüro GmbH, Frankfurt. FOTO: DE WELT

Ölverbrauch gestiegen

VWD, Paris

Der Rohölverbrauch der OECD wird im ersten Quartal 1984 um rund vier Prozent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres und damit deutlich höher als bisher angenommen liegen. Für 1984 erwartet die Internationale Energie Agentur (IEA) unverändert ein Plus von 2,4 Prozent. Damit korrigierte die IEA ihre Voraussage entsprechend den nach oben berichtigten Prognosen über das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1984, wonach das Bruttoinlandsprodukt im OECD-Mittel um real 3,5 Prozent wachsen wird.

GRÜNE WOCHE

Agrarausstellung in Berlin war wieder ein großer Erfolg

PETER WEERTZ, Berlin

Die Internationale Grüne Woche, die in Berlin am Sonntag zu Ende ging, war ökonomisch ein Erfolg. Sie profitierte davon, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft der weltweit größte Importeur von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln sind. Zusätzlich hat diesmal die konjunkturelle Erholung in wichtigen westlichen Ländern den Messeverlauf nach Ansicht der AMK-Ausstellungs-Messe-Kongress-Gesellschaft positiv gefördert.

Offen geblieben sind jedoch zugleich die umstrittenen Fragen der europäischen Agrarreform. Die Finanzierungsprobleme der landwirtschaftlichen Marktordnungen wird die Länder der EG und die Kommission in Brüssel nach wie vor beschäftigen. In Berlin gab es eher Absichts-

erklärungen als Entscheidungen. Im Forum Agrarpolitik wehrte sich Bauernverbands-Präsident Freiherr Heermann beim Thema „Chancen und Risiken des intensiven Pflanzenbaus“ gegen Vorwürfe wie „Nitrat im Trinkwasser“ und „Giftrückstände in Lebensmitteln“. Auf der Grünen Woche 1985 soll außerdem über die vielfältigen Probleme der Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern diskutiert werden.

Mit dem geschäftlichen Ergebnis ist die Mehrzahl der 784 Aussteller aus 35 Ländern diesmal zufrieden. Besuch wurde die Grüne Woche 1984 von mehr als 470 000 Interessenten, darunter waren 40 000 Fachbesucher aus dem In- und Ausland. Sie bezeichneten die Messe als „geeignetes Instrument für die Absatzförderung ihrer Produkte“.

VW-FORSCHUNGSZENTRUM

Riesenhuber: Hier kann der Staat nicht kreativ sein

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Für eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ausgesprochen. Noch immer sei die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis und die Weitergabe von Ergebnissen überaus zähflüssig, erklärte der Minister bei der Übergabe des neuen Forschungszentrums der Volkswagenwerke AG in Wolfsburg. An die Wirtschaft appellierte Riesenhuber, das Instrument der Auftragsforschung intensiver zu nutzen.

Speziell in der Automobilindustrie seien Forschung und Entwicklung „eine originäre Aufgabe der privaten Unternehmen“. Der Staat könne auf diesem Sektor nicht kreativ sein. Seine Aufgabe sei es vielmehr, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wissenschaft und Forschung benötigten einen größeren

Freiraum, um den neuen Anforderungen gerecht werden zu können.

VW-Vorstandschef Carl H. Hahn bezeichnete die Forschung gerade für Automobilunternehmen als unerlässlich, um in der „harten Wettbewerbs-situation der Märkte Fortschritt und Vorsprung in der Technologie zu erkämpfen“. Ohne kreatives Potential wäre es der Branche nicht gelungen, den Herausforderungen durch die Ölpreisschocks und durch die japanische Konkurrenz zu begegnen.

Ernst Fiala, im VW-Vorstand zuständig für Forschung und Entwicklung, bezifferte die Ausgaben für diesen Bereich auf jährlich 1,4 Mrd. DM, das sind 3,5 Prozent des Konzernumsatzes. Auf die Forschung allein entfielen davon 140 Mill. DM. In dem neuen Forschungszentrum, das 73 Mill. DM gekostet hat, werden rund 400 der 637 Mitarbeiter tätig sein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einzelhandel: Realer Umsatzrückgang

Köln (dpa/VWD) - Die Facheinzelhandelsgeschäfte setzten im vergangenen Jahr gut ein Prozent mehr um. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung verbuchte der Einzelhandel (ohne Warenhäuser, Filialbetriebe, Konsumgenossenschaften und Versandhandel) jedoch einen Rückgang um ein Prozent. Wie die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, am Wochenende berichtete, schnitten die Möbelgeschäfte sowie der Sortimentsbuchhandel mit jeweils fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr am günstigsten ab. Das „Schlußlicht“ bildete der Fotoeinzelhandel mit einem Umsatzrückgang von vier Prozent. Rückgänge mußten außerdem der Tapeten-, Bodenbelag- und Farbenhandel (minus drei Prozent) verbuchen sowie Sportgeschäfte, Spielwarenläden und Musikfachgeschäfte.

Verzicht auf Fleischexport

London (AP) - Mehrere britische Fleischexportfirmen haben am Samstag die Suspendierung ihrer Lieferungen nach Frankreich bekanntgegeben, wo Bauern für die kommende Woche Aktionen gegen die Einfuhr billigen Fleisches in sechs Häfen angekündigt haben. Die französische Regierung hat der britischen versichert, daß sie alles in ihren Kräften Stehen- und Umwerde, um die Ordnung in den Häfen aufrechtzuerhalten. In den Hafenbezirken von Calais, Boulogne, Dieppe, Le Havre, Cherbourg und Dunkirchen wurde für die Polizei Ulaubbesserung verhängt.

Preiserhöhung in Tunesien

Tunis (VWD) - Einen Monat nach den blutigen Unruhen hat die tunesische Regierung eine Erhöhung der Brot- und Getreidepreise um durchschnittlich zehn Prozent beschlossen.

Beteiligung aufgestockt

Washington (Sbt.) - Über ihre amerikanischen Tochtergesellschaft Veba Coal USA Inc. hat die Veba AG ihre Beteiligung an der Westmoreland Coal Company, Philadelphia, von 15 auf 17,3 Prozent aufgestockt. Sie erwirbt 226 503 freie Aktien für mehr als

sechs Millionen Dollar. Der Stückpreis betrug 26,50 Dollar. Nach einer Absprache aus dem Jahre 1982 kann Veba ein Fünftel der ausstehenden Aktien ankaufen. Westmoreland hat im vergangenen Jahr 16,2 (1982: 15,7) Millionen Tonnen Kohle für 549 (548) Millionen Dollar abgesetzt. Der Nettogewinn stieg von 8,4 auf 15,3 Millionen Dollar.

Abbau von Arbeitsplätzen

Bonn (VWD) - Die Arbeitnehmer in der deutschen Stahlindustrie sollten sich in den nächsten beiden Jahren auf den Abbau von rund 21 000 Arbeitsplätzen einrichten. Diese vom Bonner Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in den letzten Tagen genannte Zahl sei richtig, um den notwendigen Kapazitätsabbau zu bewerkstelligen, sagte der Vorstandsvorsitzende der Dortmunder Hoesch AG, Detlev Carsten Rohwedder, am Sonntag im Deutschlandfunk. Der Hoesch-Chef forderte die Bundesregierung zugleich auf, sich „stärker als das in der Vergangenheit gelegentlich der Fall gewesen ist“, in Brüssel für mehr Marktwirtschaft und den Abbau der hohen staatlichen Subventionen in den übrigen EG-Partnerländern einzusetzen.

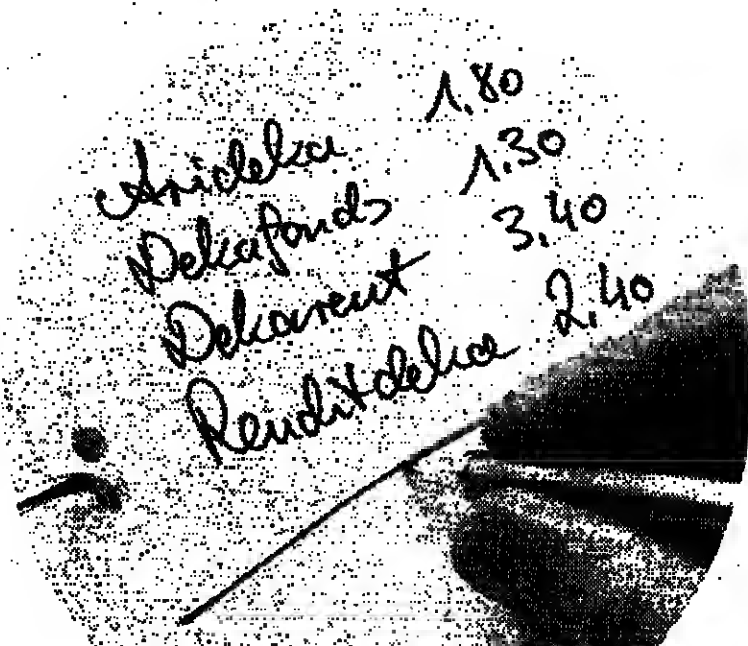
Vertrauen wächst

New York (VWD) - Das Vertrauen der amerikanischen Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung wächst weiter. Der vom Wirtschaftsforschungsinstitut Conference Board ermittelte Vertrauensindex ist im Januar im fünften aufeinanderfolgenden Monat angestiegen. Von den 5000 befragten Haushalten sehen fast 25 Prozent die gegenwärtigen Bedingungen als „gut“ an. 32 Prozent erwarten eine Erhöhung ihrer persönlichen Einkommen.

Weg der Kurse

	3.2.84	27.1.84
Boeing	42,375	48,625
Chrysler	39,375	30,375
Citicorp	38,125	37,625
Coca-Cola	51	51,625
Exxon	39,50	39
Ford Motors	39,375	42,375
IBM	110,75	114,375
PanAm	1,75	8,375
US Steel	28,75	31,25
Woolworth	33,50	33,625

15. Februar 1984: Ertragsausschüttung der Sparkassen-Wertpapierfonds



Durch Wiederanlage mehr Substanz. Jahr für Jahr!

Bis zum 13. April 1984 können Sie Ihre Ertragsausschüttung rabattbegünstigt in neuen Sparkassenfonds-Anteilen wiederanlagen. Der Zinseszins-Effekt bei stetiger Wiederanlage der Erträge verbessert Ihr langfristiges Anlageergebnis zusätzlich, wie das Beispiel zeigt:

Wertentwicklung einer DEKARENT-Anlage von DM 10.000,- in den letzten 10 Jahren (31.12.1973 bis 31.12.1983) auf der Basis der Rücknahmepreise:

- Anlageerfolg ohne Wiederanlage = + 83,3 Prozent
- Anlageerfolg mit Wiederanlage = + 130,7 Prozent

Über Ausschüttungshöhe und Rabattsätze der einzelnen Sparkassen-Wertpapierfonds informiert Sie die folgende Übersicht:

Sparkassen-Wertpapierfonds	Ertragsschein	Bar-Ausschüttung	+ KSt *) =	Gesamt-Ausschüttung	Wiederanlage-Rabatt
ARIDEKA	Nr. 22	DM 1,60	DM 0,20	DM 1,80	2,5 %
DEKAFONDS	Nr. 29	DM 0,95	DM 0,35	DM 1,30	3,0 %
DEKARENT	Nr. 15	DM 3,40	-	DM 3,40	2,0 %
RENDITDEKA	Nr. 16	DM 2,40	-	DM 2,40	2,0 %

*) anrechenbare Körperschaftsteuer bei Fonds mit deutschen Aktien

Übrigens: Der Zeitpunkt für Wiederanlage und Neuanlagen ist jetzt günstig. Sprechen Sie mit Ihrem Geldberater bei der Sparkasse darüber.

Sparkassenfonds
Die hohe Schule der Geldanlage

RENTEN

Gleichheit wird teuer

Um einen Prozentpunkt muß nach Berechnungen von Experten der Beitrag zur Rentenversicherung angehoben werden, wenn auch Männer schon mit 60 in den Ruhestand treten dürfen. Die Überlegungen wurden angestellt, weil das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe demnächst darüber entscheiden muß, ob die Tatsache, daß Frauen schon mit 60 Jahren, Männer aber frühestens mit 63 Jahren Altersrente beziehen können, gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Zur Zeit beträgt der Beitragssatz 18,5 Prozent vom Bruttoentgelt.

In einem Bericht der Fachzeitschrift „Die Angestellten-Versicherung“ werden drei Modelle durchgerechnet. Sie gehen von der Annahme aus, daß nach dem fiktiven Stichtag 1. Januar 1985 jeweils 100, 75 oder 50 Prozent der Anspruchsberechtigten von der Herabsetzung der Altersgrenze Gebrauch machen. Dabei ist unterstellt, daß das Gericht sich nicht für eine Heraussetzung der Altersgrenze für Frauen entscheidet. Dies wird für politisch nicht durchsetzbar gehalten; außerdem hat Sozialminister Blum es schon abgelehnt.

Betrachtet man vor allem die Variante der 75-prozentigen Inanspruchnahme, weil sie am ehesten realistisch erscheint, so zeigt sich, daß sofort eine enorme Belastung auf die Rentenversicherung zukommt, die mit Schwankungen aufgrund der Demographie (geburtschwache und -starke Jahrgänge) erst gegen das Jahr 2035 abnimmt. Die Belastungen ergeben sich daraus, daß mehr Renten gezahlt und weniger Beiträge eingenommen werden; Entlastungen daraus, daß die Rentensinken wegen einer geringeren Anzahl von Versicherungsjahren. Dennoch: die Einsparungen sind auch 2035 nur halb so hoch wie die Mehrausgaben.

Die Betrachtung der 75-Prozent-Variante ist deshalb so wirklichkeitsnah, weil von der flexiblen Altersgrenze etwa 80 Prozent der Berechtigten Gebrauch machen. Allerdings sind die Anspruchsvoraussetzungen verschieden: mindestens 35 Versicherungsjahre für die „flexible“ Rente, 180 Kalendermonate Wartezeit und mindestens 121 monatliche Pflichtbeiträge in den letzten 20 Jahren für die Frauen-Rente ab 60.

MASCHINENBAU / WELT-Gespräch mit Professor Otto H. Schiele, Präsident des VDMA

Die Branche kann wieder auf Zuwachsraten hoffen

JOACHIM WEBER, Frankfurt Der Maschinenbau, mit seiner guten Million Mitarbeiter größter deutscher Industriezweig, blickt wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Ein deutlicher Anstieg der Inlandsnachfrage zum Jahresende 1983, begleitet von zunehmenden Auftragsaufträgen vornehmlich aus den anderen Industriestaaten, läßt die Branche erstmals seit 1980 wieder auf Zuwachsraten in der Produktion hoffen. Angepeilt wird ein reales Plus von 3 Prozent.

Gedämpft wird die Freude darüber jedoch durch die Diskussion um die 35-Stunden-Woche und durch den immer wieder zu hörenden Vorwurf, der Maschinenbau habe die technische Entwicklung verschlafen, speziell den Boom der Mikroelektronik. Otto H. Schiele, neuer Präsident des VDMA, sieht die Zukunftschancen seiner Branche freilich nicht nur in den vielberufenen Produkten mit hohem Entwicklungsstandard, sondern auch in hochentwickelten Produktionstechniken.

„Wenn es uns gelingt, ein relativ einfaches Produkt durch intelligente Fertigungsmethoden besser und hil-

figer herzustellen als andere, sind wir auch damit sehr wettbewerbsfähig.“ So drängt er auf die Abkehr von der einseitigen Vorstellung einer Bundesrepublik von morgen, die ausschließlich Blaupausen und Spitzen-erzeugnisse produziert.

Auch hierbei spielt die Elektronik eine wichtige Rolle, denn: „Die zweite industrielle Revolution betrifft in erster Linie den Produktionsprozeß, die Bewältigung und Neuorganisation der Informationsströme.“ Naturgemäß habe sie dort begonnen, wo Information selbst ein Produkt ist – im kaufmännischen Bereich. Doch jetzt sei die Produktion an der Reihe. Den numerischen Steuerungen einzelner Maschinen als Vorläufer folgt nun die computergestützte Konstruktion und Fertigung und später die integrierte Verbindung vom Auftragseingang bis zur Verladung.

Die eigentliche Produktentwicklung soll darüber allerdings nicht vergessen werden, zumal im Maschinenbau, der traditionell selbst sein bester Kunde ist. Hier – und ganz speziell im Bereich der flexiblen Fertigungssysteme, die rechnergesteuert die schnelle und kostengünstige Umstellung auf unterschiedliche Produkte

erlauben – sieht Schiele auch keinen Vorsprung der Japaner oder Amerikaner. „Da haben wir die Nase mit ganz vorn.“

Aber auch den Vorwurf eines produkttechnischen Rückstands im Maschinenbau läßt er nicht gelten: „Mag auch Ende der siebziger Jahre einmal wirklich die Gefahr bestanden haben, daß wir beim Einsatz der Mikroelektronik den Anschluß verlieren – heute ist diese Lücke gestopft. Der Umgang mit Mikroprozessoren gehört zu den Dingen, die unseren Unternehmen durchaus geläufig sind.“

Jedes zweite Unternehmen der Branche bietet derzeit Produkte mit Mikroprozessor-Steuerung an. Vor fünf Jahren war es erst jedes sechste. Auch das Potential der neuen Technik ist erkannt. Sah vor 5 Jahren erst die Hälfte der Unternehmen überhaupt Möglichkeiten, neue Produkte mit Mikroelektronik auszurüsten, so sind es inzwischen – und das auf der Basis des realisierten Einsatzes – bereits zwei Drittel. Bei solchen Quoten ist zudem zu berücksichtigen, daß es unterschiedliche Grade der „Betroffenheit“ gibt. Etwa ein Drittel der Maschinenbau-Produkte kommt für die Mikroelektronik grundsätzlich nicht in Frage.

„Ein Mikroprozessor kann kein Wasser pumpen“, kennzeichnet Schiele dieses Ende der Palette, zu dem beispielsweise auch einfachere Armaturen zählen. Das andere Extrem: „Wenn es eine Revolution der Informationstechnik gibt, und sie haben ein Produkt, das nur Informationen liefert, wie zum Beispiel eine Waage, dann ist der Fall klar. Sie kommen um die neue Technik nicht herum.“ Mit neuen Technologien schaffen sich die Maschinenbauer selbst neue Probleme. Weil manches der neuen Aggregate eine höhere Kapazität mitbringt als seine Vorgänger, sinken die Stückzahlen.

Ein weiteres Problem ist der Mangel an geeigneten Mitarbeitern. „Da besteht ein erheblicher Ausbildungsbedarf“, für den es indessen noch gar keine Berufsbilder oder Studiengänge gibt. Doch auch der klassische Maschinenbauer und Facharbeiter bleibe gefragt, denn „der Mikroprozessor allein bringt überhaupt nichts. Um etwas zu bewerkstelligen, braucht er immer auch mechanische Stellglieder, meist von hoher Präzision. Und hier liegt traditionell eine Stärke des deutschen Maschinenbaus.“

WUPPERMANN / Verlustausgleich durch Sondererträge

Am Krupp-Zügel neue Pläne

J. G. GEHLHOFF, Düsseldorf Nur durch außerordentliche Erträge hat der Bandstahlhersteller Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen, 1982/83 (30. 9.) aus 338 (449) Mill. DM Stammhausumsatz noch eine ausgeglichene Jahresrechnung geschafft. Die seit Mitte 1983 zur Krupp-Stahl AG gehörende frühere Familienfirma (55 Prozent von 24 Mill. DM Stammkapital) noch treuhänderisch bei der WestLB hat nun Gesellschafterschuß und Aufsichtsratschef Alfred Goede neu konstituiert. Von den früheren Mitgliedern blieb nur Robert A. Sutz (Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft) in dem sonst nur noch von Krupp-Leuten besetzten und auf 4 (7) Personen reduzierten Geschäftsausschuß. Geschäftsführer sind weiterhin G. Theodor Wuppermann und sein Schwager Hans-Georg Kirstein.

Mit dem Ziel, „möglichst viele“ der jetzt noch 1600 (1785) Arbeitsplätze in Leverkusen zu bewahren, werden nach dem Krupp-Eintritt erste Pläne für die künftigen Wuppermann-Aktivitäten bekanntgegeben. Die 1982/83 auf 434 000 (522 000) t gesunkene Bandstahl/Warmbanderzeugung soll um die Produktion des stillgelegten Krupp-Bandstahlwerkes Werdohl verstärkt werden. Die Erzeugung von Kaltprofilen (17 900 t nach 24 800 t) soll auf der breiten Krupp-Vormaterialbasis auch durch neue Produkte ausgebaut werden. Für den Schmiedebereich (7400 t nach 11 400 t) laufen Verhandlungen zur Überführung in die große Klöckner/Krupp-Schmiedefusion. Auch hier seien wegen der flauen Marktlage Personalanpassungen (in noch nicht genanntem Umfang) unvermeidlich.

RENTENMARKT / Verflüssigung durch Kupontermin

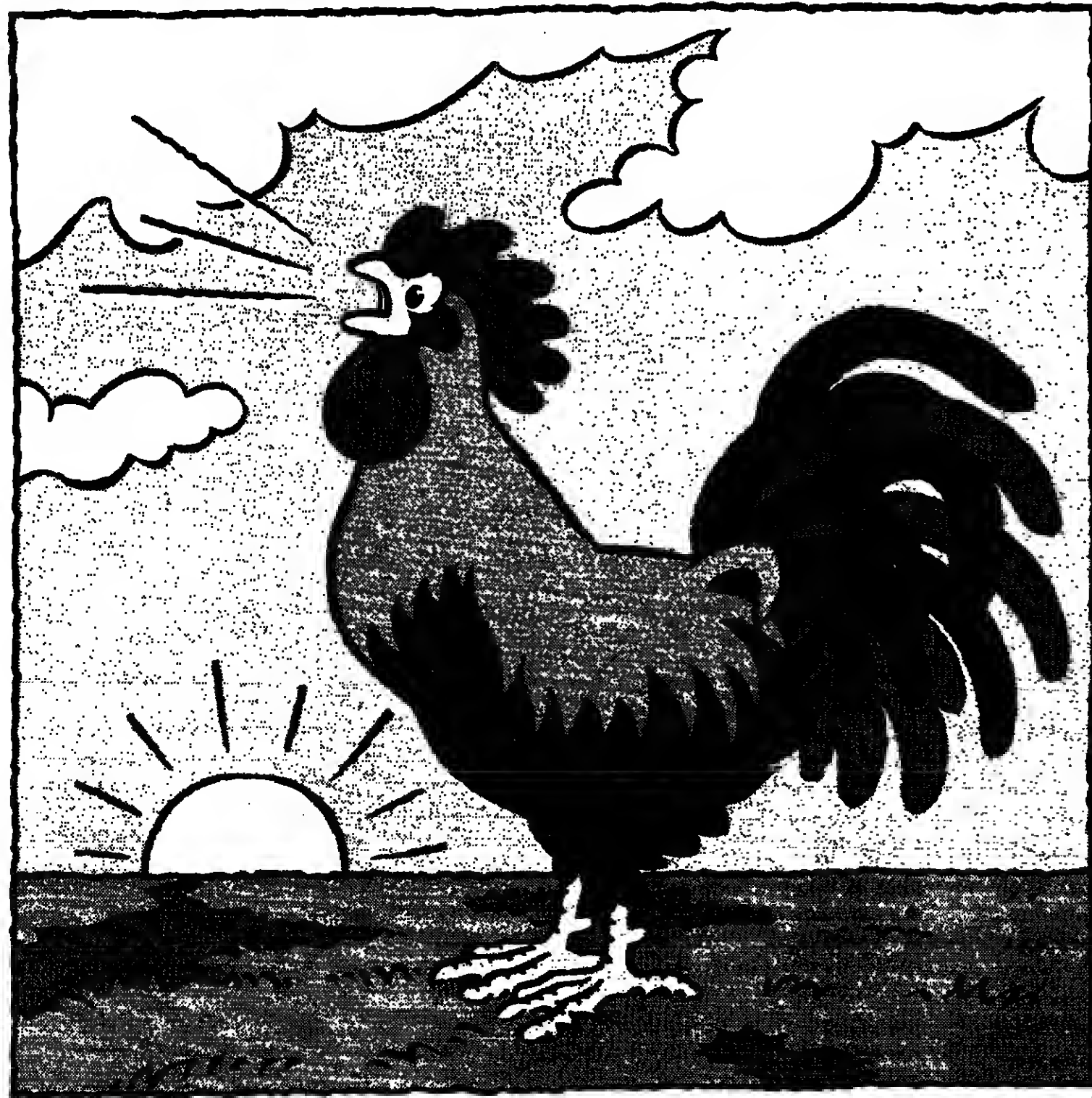
Interesse für Bundesanleihe

Der Rentenmarkt profitiert von einer Verflüssigung zum kleinen Kupontermin und vor allem von der Entspannung an der internationalen Währungsfront, wo der D-Mark wieder bessere Chancen für eine Aufwertung gegeben werden. Auch wandert offensichtlich etwas Geld aus Ge-

winnrealisationen am Aktienmarkt in festverzinsliche Papiere. In dieser aufglockerten Situation findet die neue Bundesanleihe viele interessierte Käufer. Im Handel per Erscheinen wurde mittlerweile der Emissionskurs von 100 Prozent erreicht.

Emissionen	3.2. 84	27.1. 84	30.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,57	7,77	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,68	7,77	7,73	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,85	7,83	7,83	7,81	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,08	8,14	8,29	8,24	11,32
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,78	7,91	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,52	7,63	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,24	8,26	8,30	7,94	9,75
Inländische Emissionen insgesamt	7,79	7,91	7,89	7,63	10,19
DM-Anleihen insgesamt	7,85	7,94	8,06	8,45	10,32

NEU: TERMINGUT MIT DER BAHN. AUF ALLE FÄLLE MORGENS ZUR STELLE.



Frühmorgens, kurz nachdem der Hahn aus den Federn ist, kommt ab sofort der Terminiendienst der Bahn. Und zwar so zuverlässig, daß wir dafür garantieren. Sie bringen Ihre Sendung (bis 80 kg) einfach an einen der 50 Termingutbahnhöfe. Montags bis freitags bis 17.30 Uhr. Am nächsten Morgen steht sie am Zielbahnhof garantiert bereit. Pünktlich um 8 Uhr (in wenigen Verbindungen bis 10 Uhr). Wenn Sie also künftig sicher sein wollen, daß Sie Ihre Termine garantiert einhalten können, sprechen Sie einfach mit Ihrem Kundenberater. Er hat noch mehr gute Argumente für den Terminiendienst, z. B. spätere Auflieferzeiten, zusätzliche Empfangsbahnhöfe usw. Sie können uns auch schreiben: DB-Terminiendienst, Postfach 1609, 6500 Mainz 1. Dann schicken wir Ihnen unsere Informationen postwendend zu.

DB Die Bahn

MERIDIEN / Vorjahresergebnis übertroffen

Schulden zurückgezahlt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris Die staatliche französische Luftverkehrsgesellschaft Air France kann mit ihrer Hotelholding Société des Hôtels Meridiens (SHM) zufrieden sein. Bei 123 Millionen Franc Umsatz erwirtschaftete sie 1983 nach Rückzahlung praktisch aller laufenden Schulden einen Gewinn von 30 Millionen Franc. Damit wurde das Vorjahresergebnis leicht übertroffen. Die Air France selbst verbuchte 85 Millionen Franc Reingewinn, nachdem 1982 Verluste von 790 Millionen entstanden waren.

Die SHM verfügte zum Jahresende über 43 zum größten Teil gepachtete Hotels mit 14 600 Zimmern, deren Umsatz um 25 Prozent auf 2,75 Milliarden Franc zunahm. Die Zahl der verkauften Übernachtungen stieg um 14 Prozent auf 2,74 Millionen, wobei die Belegungsquote des Zimmerangebots auf 61,3 (59,6) Prozent verbessert wurde. Im Restaurantbetrieb wurden 9,4 Millionen Mahlzeiten (plus 11 Prozent) serviert.

Nachdem 1983 nur zwei neue Hotels in Betrieb genommen wurden, sind für dieses Jahr sieben Neueröffnungen vorgesehen, und zwar in Mailand, Colombo, Porto, Singapur, New Orleans, Los Angeles und Lissabon. Mindestens acht weitere Hotels sollen 1985/86 folgen. Es würde sich dabei aber nicht unbedingt um Standorte handeln, die die Air France direkt anfliegt, erklärte SHM-Präsident Bruyant auf einer Pressekonferenz.

Wichtigstes Kriterium für die künftigen Investitionen ist für Bruyant die Rentabilität, obwohl diese in der Meridien-Klasse (Vier Sterne Luxus) nicht leicht zu verwirklichen sei. Aber hohe Qualität würde sich letztlich auszahlen. Deshalb wird jetzt auch mit der kompletten Renovierung (für 100 Millionen Franc) des zehn Jahre alten Pariser Meridien-Hotels begonnen, das mit 1027 Zimmern das größte der Kette ist.

Von diesem Projekt abgesehen setzt die SHM auf den Export. Die Gesellschaft sei sich hier ihrer „nationalen Aufgabe“ bewußt. Bereits 1983 hatte der direkte und indirekte Export 84 Prozent ihres Umsatzes erreicht. Als besondere Stärke der Hoteltette bezeichnet Bruyant das System der sofortigen weltweiten Reservierung.

ÖSTERREICH / Sparneigung ist stark gesunken

Bargeldumlauf ausgedehnt

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien Nur eine geringe Sparneigung zeigten die Österreicher im vergangenen Jahr. Wie die Nationalbank in Wien feststellte, lagen zwar die Spareinlagen Ende 1983 mit 720,6 Milliarden Schilling noch um 28 Milliarden über dem Stand des Vorjahres. Doch sind darin auch Zinsen-Gutschriften in Höhe von 36,6 Milliarden Schilling enthalten. Allein in den Monaten November und Dezember haben die Spareinlagen ohne Berücksichtigung der Zinsen-Gutschriften um 20,7 Milliarden Schilling abgenommen. Sie machen in Österreich insgesamt 64 Prozent des Bestandes am Schilling-Geldkapital aus. Diese Geldkapitalbildung insgesamt war 1983 mit nur 76,5 Milliarden Schilling um 30 Milliarden geringer als 1982.

Für die Entwicklung im vergangenen Jahr findet die Nationalbank in Wien mehrere Erklärungen. Im Zusammenhang mit der per 1. 1. 1984 in Kraft getretenen Zinssteuerschneise (ZES) in Höhe von sieben Prozent haben die Anleger offensichtlich wenigstens einen Teil ihres Vermögens umgeschichtet. Die Banken konnten eigene Emissionen (Anleihen, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Kassenobligationen) im Ausmaß von netto 28 Milliarden Schilling (14 Milliarden mehr als 1982) verkaufen. Das waren 36 Prozent der Schilling-Geldkapitalbildung (gegenüber nur 12 Prozent im Jahr zuvor).

Weiter wurden 1983 neue Anleihen mit einem Nominalwert von 50 Milliarden Schilling emittiert und 25 Milliarden (1982: 14) an das Publikum abgegeben. Darüber hinaus verkauf-

ten die Banken auch noch Wertpapiere aus den Eigenbeständen. Diese zusätzlichen Mittel sind in der Schilling-Geldkapitalbildung statistisch nicht enthalten und dürften zum großen Teil ebenfalls aus Umschichtungen finanziert worden sein.

Wie die Nationalbank weiter feststellte, haben die Österreicher 1983 mehr Geld abseits der Bankkonten flüssig gehalten, wodurch das Volumen des Bargeldumlaufes um fast zehn Milliarden Schilling im Jahresverlauf zunahm (1982: vier Milliarden Schilling).

Schließlich gaben die Bürger auch wesentlich mehr für Konsumzwecke aus als ursprünglich angenommen. Beginnend im Frühjahr, hielt das gesamte Jahr über ein wahrer Kaufboom für neue Autos an. Im Herbst kam dann eine Konsumwelle auf breiter Basis dazu, die teilweise auf die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte für 1984 zurückgeführt wurde. Auf Grund der stark gestiegenen Importe von Konsumgütern erhöhte sich das Handelsbilanz-Defizit auf 71 Milliarden Schilling – ursprünglich waren nur 63 Milliarden prognostiziert worden.

Die Kreditentwicklung entsprach weitgehend der Konjunkturlaute. Die Industrie etwa baute ihr Kreditvolumen bei den Banken um 5,5 Milliarden Schilling ab. Allerdings sorgte der Staat mit einer weiteren Senkung Verschuldung und rund der Hälfte der Neukredite für ein annäherndes Gleichgewicht beim Zuwachs der gesamten Schilling-Kredite (79 Milliarden Schilling).

Verwirrung am Kakaomarkt

Rohtstoffe	Börse	Einheit	Ende Jan. 1984	Ende Dez. 1983	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	986,75	980,75	1020,00	941,75
Zinn	L	£/t	717,75	717,75	719,00	635,50
Zinn	L	£/t	860,50	842,50	862,50	846,50
Blei	L	£/t	280,25	280,37	296,75	273,75
Gold	L	\$/Unze	371,90	381,50	384,00	364,25
Silber	L	\$/Unze	600,65	614,25	624,30	561,20
Platin	L	\$/Unze	274,05	269,85	274,05	260,50
Weizen	C	Cts/bu	328,25	363,62	361,75	326,87
Mais	C	Cts/bu	329,12	337,25	335,38	323,12
Kakao ¹⁾	L	£/t	1876,50	2031,00	2031,00	1610,05
Kaffee ²⁾	L	£/t	2064,00	1952,50	2116,50	1942,50
Zucker	L	£/t	126,50	122,00	137,00	122,00
Sojabl	C	Cts/bu	27,27	29,07	29,80	26,95
Baumwolle ³⁾	Li	Cts/kg	88,00	89,15	89,15	86,75
Schweißwolle	S	Cts/kg	578,75	566,00	579,20	563,25
Kautschuk	L	\$/kg	92,00	85,00	94,75	82,52

Indices: Moody's (31.12.31=100) New York 1054,10 1065,90 1055,90 1040,20
 Reuters (16. 9.31=100) London 1994,00 1975,90 1995,80 1957,60
¹⁾ Zweite Abladung ²⁾ A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
 Zusammengestellt von der Commerzbank AG

„DDR“ / Außenhandel soll nur um fünf Prozent wachsen – Überschuss möglich

Führung setzt auf Qualitätsprodukte

PETER WEERTZ, Berlin Ost-Berlin wird voraussichtlich auch 1984 den wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzen, der die Intensivierung der industriellen Produktion bei sparsamerer Energie- und Materialverwendung zum Ziel hat. Es geht nach Ansicht von Kurt Erdmann, Wirtschaftsexperte der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, darum, den wirtschaftlichen Mechanismus zu verbessern, außer Material und Energie Arbeitskräfte einzusparen, neue Technologien zu fördern und mehr Qualitätsprodukte zu produzieren. Prof. Karl C. Thalheim, geschäftsführender Vorstand der Forschungsstelle, wertet das höhere Wachstum in der „DDR“, das 1983 trotz der wirtschaftlichen Zwänge erreicht wurde, als bemerkenswert. Wegen der Ungereimtheiten und Lücken in den Zahlenangaben werden jedoch die Ostberliner Berichte über die Wirtschaftslage skeptisch be-

urteilt. Es sei aber 1983 wie im Vorjahr gelungen, im Außenhandel mit den westlichen Ländern einen Überschuss zu erwirtschaften und die Verschuldung zu senken, sagte Frau Haendke-Noppe, Außenhandelsexpertin der Forschungsstelle. Wo aber liegen die Grenzen der Materialeinsparung ebenso wie der Importreduzierung? Wann ist die wirtschaftliche Substanz betroffen?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist überzeugt, daß 1984 Exporte und Importe zusammen nur noch um fünf (Vorjahr 12) Prozent wachsen sollen. Es vermutet, die Wirtschaftsführung in Ost-Berlin habe extreme Anstrengungen im Außenhandel (forcierte Exporte und Importreduzierung) nicht mehr für vertretbar, vielleicht auch nicht mehr für notwendig. Bei mäßiger und annähernd paralleler Entwicklung von Ein- und Ausfuhr könne – auf der Basis des bisherigen Volumens – 1984 wieder

ein Überschuss im Außenhandel erwirtschaftet werden, meint Frau Cornelsen, Ostexpertin des DIW, optimistisch. Im Rückblick auf 1983 moniert allerdings das Berliner Institut Wachstum und außenwirtschaftliche Überschüsse seien eindeutig zu Lasten des privaten Verbrauchs gegangen. Denn mit einer Zunahme des Einzelhandelsumsatzes um nur 0,5 (1) Prozent stagnierte der private Verbrauch nominal, real habe er sogar infolge der Preissteigerungen abgenommen. Das geplante produzierte Nationaleinkommen soll 1984 wie im Vorjahr um 4,4 (1982: 2,6) Prozent wachsen. Gegenüber den westlichen Ländern hat Ost-Berlin seine Verschuldung (ohne innerdeutschen Handel und Lieferantenkredit) von Ende 1982 bis September 1983 um 600 Mill. Dollar auf 9,9 Mrd. Dollar verringert, gleichzeitig aber seine westlichen Bankguthaben von 2,40 auf 2,83 Mrd. Dollar erhöht.

HANSE-MERKUR / Beitragsrückgewähr erweitert

Trendwende bei den Kosten

HARALD POSNY, Hamburg
Mit der im vergangenen Jahr vollzogenen Eingliederung der Braunschweigischen Lebensversicherung AG und der Bestandsübernahme der Sachversicherung hat die Hamburger Hanse-Merkur Versicherungsgruppe unter dem bundesweit tätigen Versicherer einen großen Sprung nach vorn getan. Vorstandsvorsitzender Gerd-Winand Meyer bezifferte das Prämienvolumen auf 4,2 Milliarden DM auf 482 (vergleichbar: 452) Mill. DM auf 1,29 Mill. Verträgen. Die Kapitalanlagen der Gruppe betrugen Ende letzten Jahres knapp 1,5 (1,36) Mrd. DM. Die Gruppe beschäftigt derzeit 1714 (1676) Mitarbeiter in 54 Niederlassungen. Als vorrangigstes Ziel der nächsten Jahre bezeichnete Meyer die „Optimierung der Ergebnisse“, was nicht allein durch Kostenabbau, sondern durch Leistungsverbesserung erreicht werden soll. Über die nächsten Jahre würde – integrationsbedingt – ein Personalabbau vor sich gehen, der heute der Zahl nach jedoch nicht festgelegt sei, für den aber vorsorglich ein Sozialplan ausgearbeitet wurde.

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: kompakt, konzentriert, übersichtlich geordnet. Bezahlen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben die Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) zurückzugeben. Die WELT wird Ihnen dann die Hälfte des Abonnementpreises erstatten.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

HELLMANN / Speditions-Termindienst für jedermann - In Konkurrenz zur Bahn

Starke internationale Aktivitäten

DOMINIK SCHMIDT, Osnabrück
Gemessen an der Leistungsfähigkeit will Klaus Hellmann, Geschäftsführer der Osnabrücker Hellmann GmbH & Co KG, Osnabrück, die Deutsche Bundesbahn als Konkurrenten nur bedingt gelten lassen. „Als Spediteur stimmt die Leistung der Bahn längst nicht mehr“, meint Hellmann. Sein Unternehmen, eines der größten deutschen Speditionshäuser, hat die Konsequenz daraus schon vor längerer Zeit gezogen. Wurde früher täglich ein ganzer Güterzug mit 60 bis 70 Waggons von Hellmann verladen, so sind es heute gerade eben noch zehn Waggons.

Mit der jüngsten Aktivität, dem Termindienst für jedermann, will die Spedition weiteres Terrain gewinnen. Weil die Bundesbahn bei ihrem soeben eingerichteten Termindienst den Standort Osnabrück unberücksichtigt ließ, sprang Hellmann in die Bresche. Während aber bei der Bahn die Sendungen bis spätestens 17.30 Uhr am Versandbahnhof angeliefert sein müssen, haben die Versender in Osnabrück bis 20.30 Uhr Zeit. Hellmann garantiert die Anlieferung oder die Verfügbarkeit der Sendung am nächsten Tag. Der Preis entspricht dem der Bundesbahn.

In Osnabrück, das als Sammel-Zentrum in Nordwestdeutschland fun-

giert, werden täglich rund 10 000 Sendungen „behandelt“. Hellmann selbst verfügt über 140 eigene Lastzüge; hinzu kommen weitere 400, die unter der Regie der Spedition stehen. Beschäftigt werden rund 1400 Mitarbeiter. Kuhlmann ist stolz darauf, daß jeder dritte Mitarbeiter länger als zehn Jahre der Firma angehört.

Die Frage nach dem Umsatz beantwortet Hellmann nur zögernd, weil die Vergleichbarkeit in der Branche nur schwer herzustellen ist. Meist werden von Dritten erbrachte Leistungen dem eigenen Umsatz hinzugegerechnet. Dies alles ausklammert dürfte der Hellmann-Nettoumsatz bei 200 Mill. DM liegen. Nach den „sehr zufriedenstellenden“ Ergebnissen 1983 rechnet Kuhlmann auch für 1984 mit deutlichen Zuwachsraten. Die hohen Investitionen im Vorjahr (12 Mill. DM) sollen 1984 auf ein normales Maß (rund 4 Mill. DM) zurückgeführt werden.

Zur Hellmann-Gruppe gehören einige weitere Firmen, die rechtlich selbstständig operieren. Dazu zählt die Hamburger Schwesergesellschaft, die ähnlich leistungsfähig ist wie das Osnabrücker Stammhaus. Hellmann ist ferner am „Deutschen Paketdienst“ beteiligt, einem Zusammenschluß von 17 mittelständischen Speditionen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Höhere Überschüsse

Düsseldorf (Py.) - Die Barmeria Versicherungsgruppe, Wuppertal, wertet ihre Geschäftsentwicklung 1983 angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage als „voll befriedigend“.

Die Beitragsleistungen der Krankenversicherung stiegen um 6,3 (5,4) Prozent auf 524 Mill. DM. Da der Leistungsanstieg deutlich niedriger ausfiel, kann der höhere Überschuss wieder fast vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Die Barmeria wird voraussichtlich im laufenden Jahr in den neuen Tarifen keine Beitragsrückstellungen vornehmen. Die Lebensversicherung erhöhte ihr Prämienvolumen um 7 (3,9) Prozent auf 170 Mill. DM, das eingelöste Neugeschäft erhöhte sich

um überdurchschnittlich 26 (minus 8,8) Prozent auf 538 Mill. DM. Die Bestandssumme erreichte 4,5 (4,2) Mrd. DM.

Dividende bei 12 Prozent

Bremen (VWD) - Von einem „widerum erfolgreichen“ Geschäftsjahr 1983 berichtet die Bankhaus Meelmeier AG, Bremen. Bei einer leicht gestiegenen Bilanzsumme habe der Ertrag etwa auf der Höhe des „bereits recht guten Vorjahres“ gelegen, teilt das Institut weiter mit, ohne konkrete Zahlen zu nennen. Der Hauptversammlung werde vermutlich eine Dividende von zwölf Prozent und eine Dotierung der freien Rücklagen von 500 000 DM vorgeschlagen. Im Vorjahr waren 10 Prozent Dividende und zwei Prozent Jubiläumsbonus ausge-

Kreditgeschäft expandierte stark

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein stark expandierendes Kreditgeschäft und eine günstige Entwicklung bei den Spareinlagen kennzeichneten 1983 die Geschäftsentwicklung der Sparkasse Essen. Das Bilanzsummenwachstum um 3,6 Prozent oder 187 Mill. DM auf 5,4 Mrd. DM war ausschließlich von Kundengeldern getragen, die auf 4,8 (4,7) Mrd. DM wuchsen. Besonders stark entwickelte sich das Kreditgeschäft, dessen Zuwachsrate von 10,4 Prozent auf 3,6 Mrd. DM deutlich über dem Wachstum der Bilanzsumme lag. Die starke Expansion im Kreditgeschäft zeigt sich im Neubewilligungsvolumen von über 1,4 Mrd. DM. Schwerpunkt war erneut die Wohnungsbaufinanzierung. Das Kreditgeschäft mit den gewerblichen Kunden hat sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres stabilisiert. Die Bestandssumme der Spareinlagen um 130 Mill. DM auf 2,9 Mrd. DM geht fast allein auf das Konto der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist (plus 110 Mill. DM) zurück. Mit dem verbesserten Betriebsergebnis werden die Rücklagen so gut dotiert, daß die Eigenkapitalquote 4,4 (4,1) Prozent der Bilanzsumme ausmacht.

HAPAG-LLOYD AG / Erfolgreiche Kreuzfahrt

Viel Freude an der „Europa“

gb. Frankfurt

Das neue Kreuzfahrtschiff „Europa“, seit Anfang 1982 im Dienst, hat der Hapag-Lloyd AG bisher nur Freude gemacht. Nachdem das Schiff schon in seinem ersten Jahr mit einer durchschnittlichen Belegung von 91 Prozent und einem Umsatz von 90 Mill. DM Gewinn einfuhr, über dessen Höhe die Unternehmensleitung allerdings nichts mitteilt, blieb es auch 1983 auf Erfolgskurs. Bei einer durchschnittlichen Belegung von 81 Prozent wurde ein Umsatz von 95 Mill. DM erzielt. Wie der für Touristik zuständige Direktor von Hapag-Lloyd, Wolfgang Matz, jetzt sagte, habe das Publikum das Schiff voll akzeptiert.

Dies ist deutlich an den Buchungszahlen für 1984 zu erkennen, die mit 75 Prozent um einige Punkte höher liegen als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Hapag-Lloyd hat sich deswegen entschlossen, das Programm für 1985 schon jetzt auf den Markt zu bringen, damit Kunden, die für 1984 abgewiesen werden müssen, ihre

Traumreise wenigstens im kommenden Jahr buchen können.

Das Marktsegment, in dem das Kreuzfahrtschiff sich bewegt, ist nur klein. Schon zehn- bis fünfzehntausend Passagiere reichen aus, die zur Verfügung stehende Kapazität zu füllen. Die durchschnittlichen Reisepreise pro Passagier und Tag haben sich von 465 DM in 1982 auf 537 DM in diesem Jahr erhöht. 1985 liegt sie bei 560 DM. Der Break-even-Point des Schiffes ist bei einer Belegung von 69 Prozent erreicht. Matz betont, daß die Europa auch künftig konsequent als deutschsprachiges Schiff betrieben werde, wie ihre Vorgänger. In den ersten beiden Jahren sind reichlich 23 000 Passagiere mit der Europa gefahren. Davon stammten 90 Prozent aus der Bundesrepublik, fünf Prozent aus der Schweiz und drei Prozent aus Österreich. Die Fahrpreise reichen je nach Kabinenart und Reisedauer von 2450 DM für sieben Tage in norwegischen Fjorden bis 112 000 DM für eine dreimonatige Pazifik-Kreuzfahrt in einer Luxuskabine.

BENETTON / Neue Ladenkette für italienische Strickmode wird aufgebaut

Erfolg mit Franchising-Geschäften

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der italienische Strickwaren- und Freizeitmode-Konzern Benetton beginnt im Laufe dieses Jahres mit dem Aufbau einer neuen Super-Store-Ladenkette. Das neueste Produkt aus der Ideenfabrik in der venezianischen Kleinstadt Ponzano bei Treviso dient Konzernchef Luciano Benetton zufolge der weiteren Diversifizierung nicht nur in neue Zielgruppen hinein, sondern auch in Bereiche wie das Bekleidungszubehör, Parfum und Modeschmuck, die bisher im Angebot fehlten.

Diversifizierung war schon immer die Devise dieses Ende der sechziger Jahre aus kleinsten Heimarbeit-Anfangen entstandenen Branchenriesen. Als die früh ohne Vater gebliebenen vier Benettos (der Chef Luciano, seine Brüder Carlo und Gilberto) und die Schwester Giuliana beschlossen, Produktion und Marketing auf völlig neue Grundlagen zu stellen, bestand das Problem vor allem darin, wie der Endverkauf trotz Massenfertigung individuell gestaltet werden konnte. Das Ei des Kolumbus fanden die Benettos mit der Eröffnung von Franchising-Geschäften, die sich mit ihren voneinander scharf getrennten Markenkollektionen und Laden-Make-ups an völlig verschiedene Zielgruppen wenden.

An diesem Erfolgsrezept haben die Geschwister vom Start weg - Ende der sechziger Jahre wurde der erste italienische Laden in dem Dolomitenort Cortina d'Ampezzo und kurz darauf der erste ausländische in

Paris eröffnet - bis heute unbeirrt festgehalten. Auch heute setzen sie noch alles auf schnelle Reaktionsfähigkeit, höchste Rationalisierung und Automatisierung. Im Maschinenwarenbereich, der nach wie vor das Schwergewicht des Angebots bildet, besteht der Trick darin, daß die Artikel ungefärbt bleiben bis zur Bestellung und danach mit einem speziellen Färbeverfahren, über das in Italien nur Benetton verfügt, innerhalb von zehn Tagen an die Verkaufsstellen gebracht werden. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems ist das Computernetz, das jeden einzelnen Franchising-Laden mit dem voll automatisierten zentralen Auslieferungslager in Castrette bei Treviso verbindet. Höchste Elastizität des Angebots auf Produktionsebene sichert gleichzeitig das bei den Anfängen beibehaltene System der Lohnarbeit bei einer möglichst großen Anzahl von Kleinbetrieben. Die Produktion von Benetton betrug im Jahre 1983 rund 30 Mill. Stück Bekleidung. Dabei sind in den eigenen neun Werken (sieben davon in Italien und jeweils eins in Frankreich und Schottland) nur 3700 Personen beschäftigt, während das Gros von 600 Personen für Benetton in den etwa 200 Lohnbetrieben arbeitet, die dem Konzern den größten Teil seiner Verkaufsstellen liefern. Gegenwärtig verfügt Benetton über insgesamt 2300 Franchising-Geschäfte, davon etwa die Hälfte im Ausland. Diese Zahl soll bis Ende 1984 auf 2600 erhöht werden. Ausgangspunkt der neuen Kette sind

in Italien die rund 80 Ladengeschäfte, die das renommierte Schuhunternehmen Calzaturificio di Varese in besten Verkaufslagen betreibt. Diese Firma wurde von Benetton im Zuge der Diversifizierung erworben.

Im Jahre 1983 setzte der Konzern rund 500 Milliarden Lire um, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1984 ist ein Umsatz von 570 Milliarden Lire vorgesehen, wovon 60 Prozent auf die Ausfuhr entfallen sollen. An dem Umsatz des vergangenen Jahres war der Export mit 55 Prozent beteiligt, gegenüber 45 Prozent im Vorjahr und 2 Prozent im Jahre 1978. Inzwischen exportiert Benetton in 17 Länder, darunter in Westeuropa vor allem nach Frankreich und Westdeutschland und in Übersee nach den USA und Japan. In Japan vertreibt Benetton über eine Warenhauskette, wogegen sich der US-Export wie in die europäischen Länder auf eigene Franchising-Läden stützt. Neue Expansionsmärkte in Europa sind neben Spanien, wo im Laufe dieses Jahres 55 Benetton-Läden eröffnet werden sollen, vor allem die Ostblockländer. In Bulgarien wurde im August vorigen Jahres ein erstes Benetton-Geschäft in Betrieb genommen. Verhandlungen wegen der Eröffnung einer ganzen Kette sind mit einer staatlichen ungarischen Import/Export-Firma derzeit im Gange. Die „Benettonisierung“ der Auslandsmärkte geht von der Erkenntnis aus, daß sich die Mengenexpansion in Zukunft hauptsächlich auf das Exportgeschäft stützen muß.

KOHLEVERFLÜSSIGUNG / Minister Jochimsen:

Großanlage an die Ruhr

HANS BAUMANN, Bottrop

„Ich bedränge die Bundesregierung, möglichst schnell eine Entscheidung über den Bau einer großen Kohle-Öl-Anlage zu fällen“, erklärte der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Reimut Jochimsen, vor der Presse nach einer Besichtigung der Pilotanlage in Bottrop. Er fügte hinzu: „Die Entscheidung in Bonn kann nur für die Ruhr fallen“, weil hier die erforderliche Infrastruktur vorhanden sei und weil Veba Oel und Ruhrkohle mit der Pilotanlage die Kohleverflüssigung überhaupt erst initiiert hätten.

Die Frage, ob sichergestellt sei, daß die Pilotanlage, die 1981 in Betrieb gegangen ist und bisher 52 000 Tonnen Kohle in Flüssigprodukte umgewandelt hat, weiterbetrieben werde, bejahte Jochimsen. Die Mittel für 1984 stünden bereit. Bevorstehende Gespräche würden dafür sorgen, daß auch die Finanzierung für 1985 und 1986 gesichert werde.

Bis 1986 soll mit einem Aufwand von rund 100 Mill. Mark die Großanlage für den Durchsatz von einer Million Tonnen Kohle im Jahr geplant werden. Die Großanlage könnte dann 1991/92 in Betrieb gehen. Der Ausbeutegrad an Flüssigprodukten wird mit 54 Prozent angegeben.

Die Frage, zu welchem Preis die jetzige Pilotanlage Benzin herstellen könne, wurde mit „2,10 bis 2,30 Mark je Liter einschließlich Steuer“ beantwortet. Jochimsen meint aber, daß

möglicherweise der Finanzminister auf solches Benzin aus Pilotanlagen keine Mineralölsteuer erheben werde. Die Großanlage wird 1 bis 1,5 Mrd. Mark kosten.

Da die Saar angeboten hat, für eine Großanlage Kohle zu 160 Mark je Tonne anzubieten, sagte Heinz Horn, Vorstandsmitglied der Ruhrkohle AG, daß sich die Ruhr die Großanlage „nicht über den Preis abnehmen läßt“. Jochimsen merkte dazu an, daß man leicht Grenzkostenrechnungen anstellen könne, wenn man als Saarbergbau zu 76 Prozent dem Bund gehöre.

Jochimsen sieht in der Großanlage zur Verflüssigung der Kohle kein Objekt zur Befriedigung der Ölnachfrage, sondern ein Instrument der wirtschaftspolitischen Absicherung. „Wir brauchen die Kohle über kurz oder lang“, sagte er, „der dritte Ölshock wird gegenwärtig programmiert“, prophezeite er. Solche hochwertige Technologie, wie sie in Bottrop angewendet werde, sei auch ein Exportartikel von morgen, da sie allen anderen in der Welt überlegen sei. Die Großanlage werde sich nicht sofort „rechnen“, sie sei aber industriepolitisch unverzichtbar.

Die zur Zeit laufende Pilotanlage hat einen jährlichen Finanzbedarf von 110 bis 120 Mill. Mark, 20 Prozent davon werden von Veba Oel und Ruhrkohle aufgebracht, 80 Prozent schießt die öffentliche Hand zu.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Schmolling Lebensmittel-Großhandlung GmbH; Biedenkopf: Rudolf Böcker KG, Steffenberg-Niederhöfen; Burgwedel: Maria Frantz, Inh. d. Tischlerei Maria Frantz, Wedemark 2; Celle: Bernd Roselieb; Essen: KeWe Tapeten- u. Teppichbodenhandelsges. mbH; Hamburg: Nachl. d. Dr. Guntram Johannes Elisabeth Primer; Hocklingen: Nachl. d. Karl Koch, Osen-setzer, Burdardingen; Herford: Oeynhauser Schuhfabrik Wenzing GmbH & Co. KG; Kaiserslautern: vegompa Polstermöbel- u. Matratzenfabrik GmbH; Kempten: Nachl. d. Joachim Brach,

Lindau: Königstein I: Marion Winkler, Kelheim/Ts. jetzt Hattersheim/Niederrhein: Udo Drexler, Offsetmeister, Büsumheim, Inh. d. Drexler Druck, Büsumheim; Nürnberg: Nachl. d. Werner Richter, Lauf/Peg.; Siegburg: Helmut Bernhard, Kaufmann, Lobmar; Wesel: Werth-Holz, Hobelwerk GmbH, Hamminkeln 5; Wilhelmshaven: A & A Exchaviv-Moden GmbH; Wolfratshausen: Jürgen Adacker, Kaufm., Inh. d. Küchenstudio Möbel Adacker. **Anschluß-Konkurs eröffnet:** Siegburg: Panplast GmbH, Hennef 1. **Vergleich beantragt:** Essen: Mönninghoff GmbH, Hattingen.

An alle mittelständischen Unternehmer, die über hohe Außenstände hinwegkommen müssen.

Sie kennen das Problem: Auf der einen Seite stehen hohe Debitoren, auf der anderen Seite Verbindlichkeiten. Aber kennen Sie auch alle Möglichkeiten, die eine große Bank hat, Ihre Außenstände zu überbrücken?

Sicher sind Sie vertraut mit dem Kontokorrentkredit und der Wechselfinanzierung. Doch es gibt noch andere Wege, sich einen Finanzierungsspielraum zu verschaffen. Zum Beispiel das Factoring: Sie verkaufen der Bank Ihre Warenforderung und bekommen sofort Geld.

Bei Forderungen mit längerem Zahlungsziel gegenüber ausländischen Abnehmern kann

eine Forfaitierung empfehlenswert sein. Dabei kauft die Bank Wechsel oder Buchforderungen ohne Rückgriff auf den Verkäufer an.

Mit der Forfaitierung werden Ihnen die Risiken abgenommen, die sich aus Kurschwankungen, politischen Ereignissen oder einer nicht genau einschätzbaren Bonität Ihres Geschäftspartners ergeben.

In jedem Fall lohnt sich ein Gespräch mit den Fachleuten, deren Beruf es ist, täglich Finanzprobleme von Unternehmen zu lösen. Das grüne Band hilft Ihnen, solche Leute zu finden.



Drescher Bank

In Berlin: BH

MESSEPLATZ MAILAND II

Das Wirtschaftsjahr beginnt für die einzelnen Branchen Italiens, wenn sie zur Eröffnung ihrer Messen nach Mailand laden. Das sind alleine 74 Fachmessen. Dazu gehört vor allem auch die Touristik-Messe. Sie stellt

neue Destinationen vor, gibt Auskünfte über die Entwicklung des Marktes. Es folgen Sport, Möbel und neben anderen die Mode. Was „in“ ist in Italien '84, hier auf der Fiera di Milano wird es vorgestellt.

Im Bereich der Fachmessen mit echter Monopolstellung

Von GÜNTHER DEPAS

Auf dem Mailänder Messegelände finden in diesem Jahr insgesamt 74 Fachmessen statt, davon vier im Rahmen der Internationalen Mustermesse, die vom 14. bis 23. April durchgeführt wird. Von diesen Veranstaltungen sind 48 Konsum- und 26 Investitionsgütermessen. Die Mehrzahl der Fachmessen wird von Verbänden veranstaltet, viele auch von Verlagen oder privaten Messeorganisationen.

Als besonders aktiv hat sich in den letzten Jahren der Zentralverband des italienischen Handels- und Dienstleistungsgewerbes erwiesen, der über seine Messedurchführungsgesellschaft Expo Ct in Mailand jährlich 20 Fachmessen veranstaltet.

Mit diesem Angebot steht Mailand vor allen anderen italienischen Messeplätzen inzwischen mit weitem Abstand an der Spitze. Ursache für diese Leistung ist nicht nur die Kapazität der Mailänder Messe, die mit ihrer Gesamtausstellungsfläche von mittlerweile über 600 000 Quadratmetern die Konkurrenz weit hinter sich gelassen hat, sondern auch die Rolle der Stadt Mailand als führende Handels- und Industriemetropole des Landes. Diese Rolle drückt sich sowohl in einem hoch leistungsfähigen Kommunikationssystem aus als auch in einem Logistikangebot, mit dem andere norditalienische Messeplätze nur noch bruchstückhaft konkurrieren können.

Hinzu kommt die Massierung des Verbandswesens, das gerade in der Stadt Mailand seine eigentliche Hochburg besitzt. Mit ganz wenigen Ausnahmen, die sich sämtlich auf Organisationen beziehen, die regie-

rungsnah arbeiten und daher ihren Sitz in Rom wählen mußten, haben die italienischen Industrieverbände in Mailand ihren Standort. Nichts natürlicher daher, daß sie Mailand auch als Standort für die von ihnen veranstalteten Messen und Ausstellungen vorziehen.

In den Pionierzeiten der Fachmessen in den 50er und 60er Jahren wurden diese Ausstellungen zum Teil auch noch von anderen Institutionen als den Verbänden getragen. Die zunehmende Internationalisierung und die wachsenden Ansprüche an Angebotsqualität und Organisation aus dem In- und Ausland haben im Laufe des Jahres die Verbände als Veranstalter aber immer mehr in den Vordergrund rücken lassen. Inzwischen gibt es keine einzige Investitionsgütermesse mehr, die nicht einen Verband als Veranstalter hat, während der Konsumgüterbereich verbandsfremden Institutionen und Messegesellschaften noch einen gewissen Spielraum läßt.

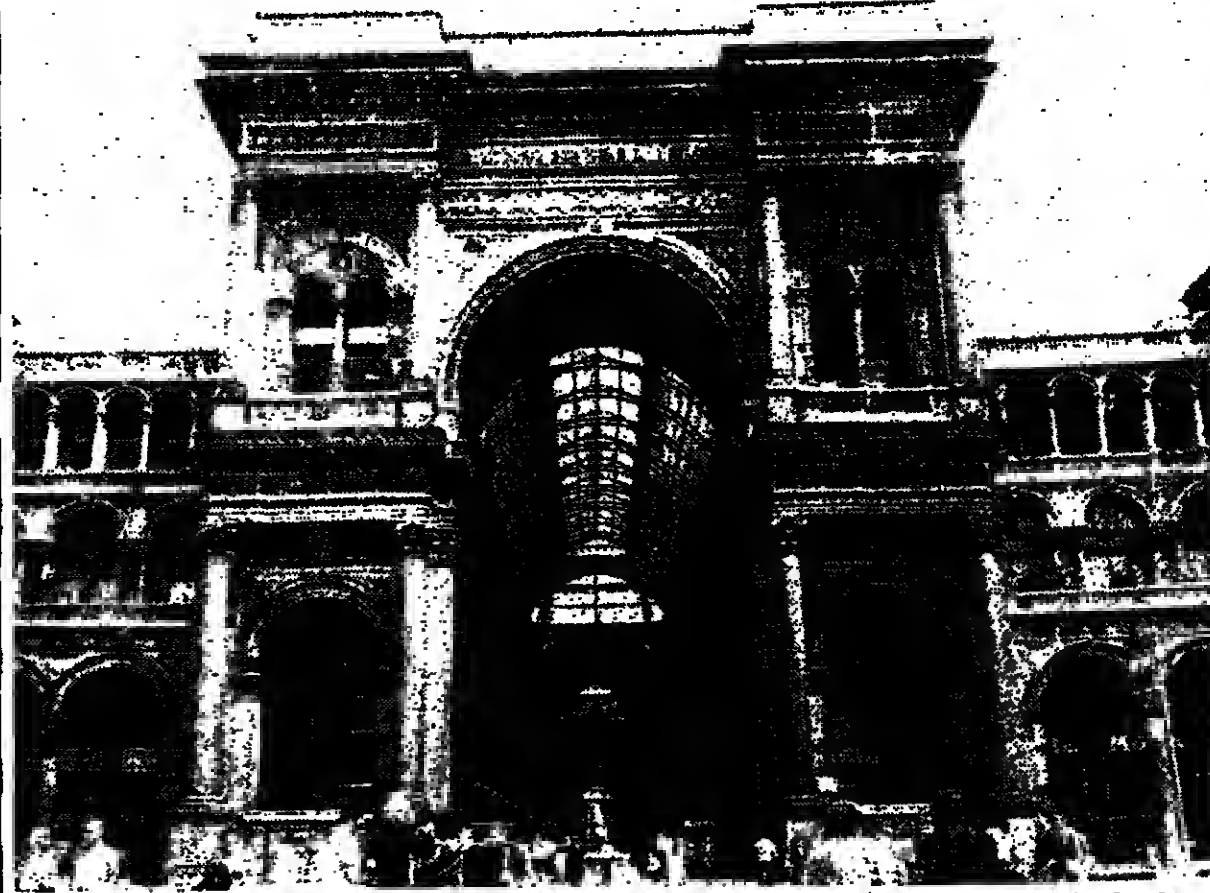
Als Fachmessenstandort nimmt Mailand heute im Investitionsgüterbereich in Italien fast eine echte Monopolstellung ein. Wichtige Ausnahmen bilden Bologna und Verona mit ihren Baufachmessen, Verona mit der Agrarmaschinenmesse, Bologna mit der Maschinenmesse Expomec sowie Turin mit der Nutzfahrzeugschau. Was die eigentlichen industriellen Ausstellungsgebiete angeht, hat Mailand dagegen keine Konkurrenz. Was in diesem Bereich in anderen Messestädten geboten wird, besitzt allenfalls regionale Bedeutung und Ausstrahlung.

Diese Rolle Mailands als „der italienische Fachmessen-Standort“ ist in

den letzten Jahren durch eine ganze Reihe internationaler Veranstaltungen unterstrichen worden, als deren letzte die alle vier Jahre durchgeführte Internationale Textilmaschinenmesse ITMA im Oktober vorigen Jahres die größte Fachmesse überhaupt war, die jeweils auf dem Mailänder Messegelände stattfand. Während in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Messeplätze untereinander auf gleicher Ebene konkurrieren, ist es im Falle Mailands nie eine Frage, welche italienische Messe als Austragungsort großer internationaler Veranstaltungen den Zuschlag erhalten soll.

Nicht alles ist freilich ohne Makel. In letzter Zeit ist der Mailänder Messe auch von Industrieländern der Vorwurf gemacht worden, bisher zu wenig getan zu haben, um die Ausstellung von Großanlagen und -maschinen zu erleichtern. Industrieklagen richten sich unter anderem darauf, daß nicht alle Ausstellungsgüter ebenerdig aufgestellt werden können. Diesen Wünschen will jetzt die Messeleitung entgegenkommen, indem neue Kapazitäten, Überdachungen für Lagerzwecke auf 30 000 Quadratmeter und neue Hub- und Förderanlagen in Angriff genommen wurden.

Die Anforderungen an die Mailänder Fachmessen sind groß, so groß wie ihre bisherige Leistung: Immerhin brachten die 73 Ausstellungen des vergangenen Jahres 37 045 Aussteller auf die Beine, davon fast 9000 aus dem Ausland, während die gesamte Dauer dieser Ausstellungen 388 Tage umfaßte. Gleichzeitig wurde die gesamte Mailänder Messefläche fast fünfmal umgesetzt.



Was die Galleria für die Innenstadt, ist die Messe für Mailand, die Lombardie und Italien: das Schaufenster. FOTO: NDR

Frischen Wind in's Urlaubsangebot

Von GÜNTHER DEPAS

Die im Jahre 1981 ins Leben genommene und von der Messegesellschaft des italienischen Zentralverbandes des Handels- und Dienstleistungsgewerbes (Expo Ct) veranstaltete Internationale Touristik-Messe wird in diesem Jahr auf dem Mailänder Messegelände vom 18.-20. Februar durchgeführt. Die BIT '84 deckt eine Ausstellungsfläche von rund 30 000 Quadratmetern, 5000 Quadratmeter mehr als im vergangenen Jahr, und wird von über 800 Ausstellern besetzt, 300 davon aus 73 Ländern. Erwartet werden an die 100 000 Besucher, ein Fünftel mehr als im Vorjahr, davon beinahe 5000 italienische und 3000 ausländische Branchenfachleute; der Rest an Reisen und Ferien interessiertes Publikum.

Seit ihrer Gründung vor drei Jahren hat die Internationale Touristik-Messe ständig stark expandiert. Inzwischen steht sie an Ausmaß und Bedeutung in Europa nur noch der Berliner Touristik-Börse nach, hat aber andere Konkurrenzveranstaltungen wie die in London bereits weit hinter sich gelassen.

Das kommt nicht von ungefähr. So wie in den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland die reisefreudigste Bevölkerung Westeuropas lebt, ist Italien in der Gemeinschaft das Land, das mit Abstand die größten Aufnahmefähigkeiten im Fremdenverkehr bietet so wie die höchsten Übernachtungszahlen aufweist. Im Jahre 1983 ließen die ausländischen Reisenden in Italien Devisen im Wert von 13 600 Mrd. Lire, während umgekehrt die Italiener im Ausland 2700 Mrd. Lire ausgaben. Der Aktivsaldo im Reiseverkehr mit dem Ausland erhöhte sich gegenüber 1982 um 21 Prozent.

Mit anderen Wirtschaftsbereichen verglichen schneit der Fremdenverkehr damit mehr Devisen ins Land als selbst die Textil- und Bekleidungsindustrie, die schon seit Jahren an der Spitze der devisenbringenden Industriebereiche steht.

Über die Grenzen Europas hinaus hat sich die Mailänder BIT inzwischen ein eigenständiges Gewicht als herausragende Touristik-Messe im

Mittelmeer-Raum verschafft. Zum Ausdruck kommt dies nicht nur in den Präsenzen afrikanischer Touristik-Anbieter, sondern auch immer mehr in dem Angebot aus Nah-, Mittel- und Fernost. Schließlich ist Italien nicht nur ein großes Urlaubsland, sondern - als siebtergrößte Industriemacht der Welt - auch selbst ein Herkunftsland anspruchsvoller Reisender, das von Jahr zu Jahr für das internationale Angebot attraktiver wird.

Die Logistik umfaßt insgesamt fünf Ausstellungshallen und drei Säle für Kongresse und Tagungen. Auf dem Kalender stehen in diesem Jahr 24 Kongreß- und Presseveranstaltungen, darunter die des staatlichen italienischen Fremdenverkehrsamtes Enit und der staatlichen Luftfahrtgesellschaft Alitalia.

Abgerundet wird das Rahmenprogramm durch Filmvorführungen und Folklore-Darbietungen, mit denen die einzelnen italienischen Regionen und die ausländischen Touristik-Vertretungen Einblick in ihre kulturellen Traditionen verschaffen.

Messeplan bis Juni '84

- 10.-13. 2. PRIMAVERA '84
- Internationale Haushalts-, Kristall-, Keramik- und Geschenkwaren-Messe
- 16.-20. 2. B. I. T. '84
- Internationale Tourismus-Börse
- 19.-21. 2. MIAS INVERNALE '84
- Internationaler Sport- und Camping-Artikel-Markt
- 22.-28. 2. 24. Wärme - Kälte - Klimatisierungs-Ausstellung
- 24.-27. 2. 6. EUROCUCCINA
- Internationale Küchen-Möbel
- 9.-13. 3. MODIT
- Internationale Damen-Kollektion
- 10.-14. 3. MILANO COLLEZIONI
- Herbst/Winter-Kollektion '84/85
- 23.-26. 3. 45. MIPEL
- Internationale Lederwaren-Messe
- 23.-27. 3. 20. COMIS/PEL
- Internationaler Pelz-Salon
- 26.-30. 3. 6. NC Internationaler Salon für Industrie-Automation
- 29. 3.-1. 4. PRINT ITALY '84
- Internationale Ausstellung Druck und Grafik
- 14.-23. 4. 62. Intern. Mailänder Mustermesse
- 4.-7. 5. MIDO '84
- Internationale Ausstellung für Optik und Optometrie
- 9.-13. 5. SIMAC '84
- Internationale Messe für Strumpf- und Fell-Bearbeitungsmaschinen
- 17.-21. 5. 15. STAR
- Internationale Ausstellung für Ausstattungstoffe - Möbelbezüge
- 24.-29. 5. INTERBIMALL '84
- Internationale Biennale für Holzbearbeitungsmaschinen und Accessoires
- 24.-29. 5. 9. SASMIL
- Internationaler Salon für Accessoires und Halbfabrikate zur Möbelerstellung
- 1.-5. 6. CHIBIDUE '84
- Internationale Geschenkartikel
- 12.-15. 6. ESMA-EUROTRICOT
- Europäische Strickwaren

salute

FI
FIERA
FERRE

Krizia

MISSONI

Giom Versace

modif

Milan, 9./13. March, 1984

62. Internationale Mailänder Messe

14.-23. APRIL 1984

DER WELTHANDEL

BITTE SENDEN SIE UNS WEITERE UNTERLAGEN ÜBER DIE MAILÄNDER MESSE UND DIE "WIRTSCHAFTSZEITUNG" DIE ZUM KOSTENLOSEN MESSEZUTRITT BERECHTIGT UND ZUR STÄNDIGEN INANSPRUCHNAHME DES MESSE-SERVICE.

FIRMA _____

AUF DEN NAMEN VON HERRN/FRAU/FRL. _____

WIRTSCHAFTSZEITUNG _____

ORT _____ STAAT _____

STRASSE UND HAUSNR. _____

BITTE ZURÜCK SCHICKEN AN: **WIRTSCHAFTSZEITUNG**, 10000 BERLIN 10, BRUNNEN-VERLAG, POSTFACH 10 15 0, TELEFON 030 266 31-11

Statistik der Bundesliga

ERGEBNISSE

Mannheim - Stuttgart	2:2 (2:0)
Uerdingen - Hamburg	3:1 (1:0)
Leverkusen - Frankfurt	2:2 (2:0)
Bielefeld - Nürnberg	1:0 (1:0)
Bremen - M'gladbach	2:0 (0:0)
Braunschweig - Bochum	3:1 (1:0)
Dortmund - K'lautern	1:0 (1:0)
Offenbach - Köln	2:0 (0:0)
Düsseldorf - München	4:1 (3:0)

DIE SPIELE

Bielefeld - Nürnberg 1:0 (1:0)
Bielefeld: Kneib - Wehlers - Dro-
ma - Hupé (66. Büscher) -
Schüler, Rautenbach - Fagelsdorf,
Pohl Orazi (78. Grillmeier), We-
sterwinter - Nürnberg: Karpus -
Eder - Brunner, Weyerich, Reinhardt
(69. Hintermaier) - Grabamner,
Burgmüller, Täuber, Giske - Ab-
ramczak, Trunk (46. Heckl) - Schieds-
richter: Stäglich (Bonn), Tore: 1:0
Westerwinter (37.). - Zuschauer:
10.000. Gelbe Karten: Orazi, Täuber
(4/2), Grabamner (4/2), Trunk (2).

Braunschweig - Bochum 3:1 (1:0)
Braunschweig: Franke - Holmann
- Geiger, Schalte - Trübacher, Lux,
Kindermann (80. Geyer), Studziba
(73. Koute) - Zavisic, Worm - Bo-
chum: Zumdick - Knüwe (64. Grün-
berger) - Woelk, Gothe (46. Pater)
- Zugic, Böninghausen, Oswald, Le-
meck, Schulz - Kuntz, Schreier -
Schiedsrichter: Werner (Auerbach)
- Tore: 1:0 Zavisic (5.), 2:0
Studziba (47.), 3:1 Schreier (64.), 3:1
Koute (84.). - Zuschauer: 15.789.
Gelbe Karten: Böninghausen (4/1).

Bremen - M'gladbach 2:0 (0:0)
Bremen: Burdinski - Pezzey -
Schaff, Gruber, Otten - Sidka, Mühl-
mann, Okudera (46. Neubarth)
- Reinders, Völler, Meyer - M'glad-
bach: Süde - Bruns - Krauss (74.
Crisen), Hannes, Borowika - Herlo-
ven, Matthäus, Rahn, Frontzeck -
Mill, Lienen - Schiedsrichter:
Brückner (Darmstadt). - Tore: 1:0
Neubarth (70.), 2:0 Völler (80.). -
Zuschauer: 32.100. - Gelbe Karten:
Reinders (4), Völler (2), Pezzey (2),
Frontzeck (4/2).

Dortmund - K'lautern 1:0 (1:0)
Dortmund: Immel - Zorc - Huber,
Rüßmann, Koch - Konopka, Kaser
(70. Klotz), Bittcher, Raducanu -
Wegmann, Dreßel (75. Lusch),
K'lautern: Hellström - Dusek - Wolf,
Briegel, Lischek (82. Hoss) - Meyer,
Brummer (46. Crisp), Gey, Alfors,
Nilsson, Hübner - Schiedsrichter:
Ermer (Weiden). - Tore: 1:0 Zorc (25.
Foulelfmeter). - Zuschauer: 16.000.
Gelbe Karte: Gey.

Düsseldorf - München 4:1 (3:0)
Düsseldorf: Kleff - Zey - Ku-
cinski, Löhr - Bockefeld, Bommer,
Fach, Dugend, Weid (77. Theis)
- Edvaldson, Thiele, - München: Pfaff
- Augenthaler - Dreimmler, Beierdor-
fer (36. Hoeneß) - Mathy (67. Del-
Haye), Kraus, Grobe, Nachtweil,
Dürnberger - M. Rummenigge, K.-H.
Rummenigge - Schiedsrichter: Um-
bach (Rottorf). - Tore: 1:0 Dugend
(30.), 2:0 Thiele (53.), 3:0 Nachtweil
(58.), Eigenhoff (81. Dürnberger (73.),
4:1 Edvaldson (89.). - Zuschauer:
60.000. - Gelbe Karte: Grobe.

Leverkusen - Frankfurt 2:2 (2:0)
Leverkusen: Vollborn - Bast - Pos-
ner, Gelsdorf - Hermann, Röber, Vo-
ge, Fitzke (66. Geschlecht), Woj-
nicz - Waas (79. Zechel), Tschä.

Frankfurt: Pahl - Szedat - Körbel,
Kraaz - Berthold (65. Schreml), Bor-
chers, Kroth, Falkenmayer, Trieb (76.
Müller) - Mattern, Svensson. -
Schiedsrichter: Theobald (Wieland-
kirchen). - Tore: 1:0 Waas (71.), 2:0
Waas (82.), 2:1 Svensson (87.), 2:2 Mü-
ller (90.). - Zuschauer: 7000. - Gelbe
Karten: Patzke (2), Körbel (4).

Mannheim - Stuttgart 2:2 (2:0)
Mannheim: Zimmermann - Sebert
- Knapp, Dimitrios Tsionanis -
Schiedsrichter: Theobald (Wieland-
kirchen). - Tore: 1:0 Waas (71.), 2:0
Müller (90.). - Zuschauer: 7000. - Gelbe
Karten: Patzke (2), Körbel (4).

Offenbach - Köln 2:0 (0:0)
Offenbach: Beck - Kutzay - Fra-
misch, Demuth, Martin - Michelber-
ger, Bein, Trapp - Dubovina (67. Grün-
wald), Krause (70. Sandner), Hofe-
ditz - Köln: Schumacher - Höner-
bach - Prestin, Steiner, Willmer -
Hartmann, Gleiches, Mennie (81.
Haas) - Litbarski, Fischer, Alofs -
Schiedsrichter: Heilmann (Drenthwe-
de). - Tore: 1:0 Kutzay (49.), 2:0 Bein
(71.). - Zuschauer: 15.789. - Gelbe
Karten: Demuth (2), Mennie (2).

Uerdingen - Hamburg 3:1 (1:0)
Uerdingen: Vellack - Herget -
Buttgereit, van de Loo - Klinger, Ju-
sufi, Funkel, Feilzer, Raschid (68. Gu-
lich) - Looftens, Sackewitz (77. Hof-
mann). - Hamburg: Stein - Hiero-
nymus - Kalt, Jakobs - Groh, Schrö-
der (77. von Hesse), Roff, Magath,
Wehmeyer (77. Milewski) - Schatz-
schneider, Wuttke - Schiedsrichter:
Cornel (Happenbach). - Tore: 1:0
Looftens (15.), 1:1 Wuttke (63.), 2:1
Funkel (77. Foulelfmeter), 3:1 Looftens
(80.). - Zuschauer: 15.000. - Gelbe
Karten: Herget (4), Hofmann (2),
Stein (2), Wehmeyer (4).

Anzeige

**erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.**

VORSCHAU

Dienstag, 7. Februar, 20.00 Uhr:
Köln - Düsseldorf (0:2)
Samstag, 11. Februar, 15.30 Uhr:
M'gladbach - Braunschweig (1:3)
München - Offenbach (3:2)
Nürnberg - Düsseldorf (1:2)
Frankfurt - Bielefeld (1:2)
Hamburg - Leverkusen (0:2)
K'lautern - Uerdingen (1:3)
Stuttgart - Dortmund (3:0)
Bochum - Mannheim (3:3)
Köln - Bremen (0:1)
In Klammern die Ergebnisse der
Hinrunde.

Dienst verweigert - nun droht Uli Stein eine Strafe

Von HEINZ STUMM

Der Schmerz saß, diesen Eindruck
versuchte er zu suggerieren, gar
nicht so tief. „Wir hätten, das mag
kurios klingen, in Düsseldorf gewin-
nen können“, wimmelte Uli Hoeneß
(32) Spekulationen ab, der FC Bayern
könne in der Bundesliga zu einer
Fahrstuhlmannschaft degenerieren.
„Sehen Sie, wenn das dritte Tor, das
dumme Selbsttor von Robert Nacht-
weil, nicht gefallen wäre, und wir
nach der Pause aus sechs, sieben
Möglichkeiten mehr gemacht hätten,
wäre ein ganz anderes Ergebnis zu-
stande gekommen“, blieb der elo-
quente Bayern-Manager im Konjunktiv.

Hoeneß gewann im Rheinstadion
die Überzeugung, daß die Fortuna
seit Wochen einen Drahtseilakt voll-
ziehe. Wörtlich: „Die Fortuna spielt
für mich immer an der Leistungs-
grenze und deshalb muß man erst
einmal abwarten, was sie in den
nächsten Auswärtsspielen in Köln
und in Hamburg zustande bringt.“
Erst dann wird man wissen, ob die
Düsseldorfer zu den Meisteranwär-
tern zu zählen sind.

So vermaßen sich diesem Kreis
zuzurechnen, ist Düsseldorf Trainer
Willibert Kremer (44) ohnehin nicht.
„Unser Ziel war und ist es, den sech-
sten Platz zu erreichen und wenn es
geht, in die UEFA-Pokal zu kom-
men. An mehr denken wir nicht“,
beteuert er die höhere Erwartungen
nur vom aufgeputzten Publikum
stammen können. Sein Klient Rudi
Bommer (26) ist freilich auch bei
Hoeneß hoch im Kurs. „Diesen Spie-
ler müßte Jupp Derwall eigentlich
holen. Ich urteile da nicht leichter-
tig, denn ich habe ihn gegen Glad-
bach und jetzt gegen uns gesehen.“
Der Bommer hat einen ganz erstaun-
lichen Sprung nach vorne gemacht.

Daß seine Mannschaft unter dem
Erfolgsdruck, den Straßenblätter ge-
waltig anheizen, zerbrechen könnte,
kommt Willibert Kremer nicht in den
Sinn. „Meine Spieler wissen, daß sie
mit gutem Angriffsfußball das Publi-
kum begeistern können und werden
auch von mir nicht unnötig belastet.“
Kremer freut sich, daß Leistungsträ-
ger wie Gerd Zewe (39), Rudi
Bommer, Wolfgang Kleff, Manfred
Bockefeld (23), Sepp Weikl (30) und
Ralf Densel (24) unter seiner Betreu-
ng (Zewe: „Seine größte Gabe ist
seine Menschlichkeit und sein guter
Trainingsaufbau“) in die Schlagzei-
len gerutscht sind. Doch noch mehr
geht ihm der Leistungsschub einiger
Profis aus dem zweiten Glied unter
die Haut. So vermehrt Kremer ge-
rührt, daß Günter Kucinski (29) und
Peter Löhr (24) die berühmten Brü-
der Karl-Heinz (28) und Michael
Rummenigge (20) beim 4:1-Sieg prak-
tisch zu Statisten machten und mehr
kämpferisch disponierte Spieler wie
Günter Thiele (22) oder Amand
Theis (34), sich plötzlich am Ball et-
was zutrauten.

Der Grund ist einseitig: Kremer
macht praxisbezogenes Training und

verzichtet auf stupide Knochenar-
beit.

Deshalb hat Willibert Kremer auch
ein gutes Gewissen oder besser:
Fühlt er sich nicht angesprochen,
wenn heute morgen der Kölner Pro-
fessor Heinz Liesen (52) bei der obli-
gatorischen Bundesliga-Trainer-Jah-
restagung in Frankfurt zum Thema
„Falsches Training in der Bundesli-
ga“ referiert. Liesen, der 70 Profis der
höchsten Spielklasse auf Herz und
Nieren prüfte, kam zu dem Ergebnis,
daß viele Spieler samstags deshalb so
lahm und matt auftreten, weil sie in
der Woche zu viel rennen müßten.
Der Kölner Mediziner hat, wie der
„Stern“ berichtete, beim Training
und bei Spielen den Milch-Säurege-
halt (Laktat) gemessen und dabei
festgestellt, daß die Werte oft das
Dreifache der vertraglichen Menge
erreichen. Tempoläufe über 200 und
400 m, Spezialität vieler Trainerkolle-
gen, bezeichnet Liesen als „Gift für
Fußballbeine“. Die Forderung des
Angestellten am Institut für Herz-
und Kreislauforschung der Deut-
schen Sporthochschule Köln:
„Dribbler wie der Kölner Pierre Lit-
barski müssen anders trainiert wer-
den als Dauerläufer wie sein Mann-
schaftskamerad Gerd Strack.“



In Offenbach wirkte Litbarski tat-
sächlich so ausgelastet als würden
seine Muskeln zu viel Milchsäure
produzieren: Er kam nicht vom Fleck
und hatte seine besten Szenen bei
angeschnittenen Eckbällen, die der
inzwischen verstorbene Henne
Weissweiler vor Jahren beim 1. FC
Köln einstudiert hatte.

Das schwache Spiel der Kölner auf
dem Bieberer Berg hat die Sehnsucht
des Gladbachers Lothar Matthäus
(22) nach dem 1. FC Köln, für den ihn
seine Nationalspieler-Freunde Gerd
Strack und Toni Schumacher (29) bei
jeder Gelegenheit abzuwerben ver-
suchen, sicherlich nicht verstärkt.
Der kleine Franke aus Herzogenau-
rach will in der nächsten Saison bei
einem Klub unterschreiben, der im
internationalen Geschäft drin ist.
Und danach sieht es in Köln beim
besten Willen nicht aus.

Im übrigen hat Matthäus zur Zeit
ganz andere Sorgen. Das Landgericht
Nürnberg verurteilte ihn wegen fahr-
lässiger Straßenverkehrgefährdung
zu 13.000 Mark Geldstrafe oder 50
Tagen Gefängnis. Dazu muß er acht
Monate lang auf seinen Führerschein
verzichten. Er hatte im angetrunke-
nen Zustand (Blutprobe 1,06 Promil-

le) im Herbst letzten Jahres in seinem
Heimort Herzogenaurach einen
Straßenmast gerammt und seinen
Mercedes (Wert 60.000 Mark) zu
Schrott gefahren. Matthäus, der eine
Geldstrafe einem Gefängnisaufent-
halt vorzieht, bekommt deshalb von
der Versicherung keinen Pfennig zu
sehen. Der Spieler gesteht: „Es gibt
wichtigere Dinge als Geld, zum Bei-
spiel die Gesundheit. Aber eine heil-
same Lehre ist mir der Unfall auf
jeden Fall.“

Anhlich in sich gehen wird HSV-
Torhüter Uli Stein (29) garantiert
nicht. Der exzentrische Westfale be-
zog vor Millionen Bildschirmzeu-
gen Streikposten am Torpfosten, nach-
dem Schiedsrichter Peter Cornel (39)
aus Hattenbach in Uerdingen einen,
wie die TV-Kamera bewies, unbe-
rechtigten Elfmeter gegen den HSV
verhängt hatte. Erst als er die gelbe
Karte erhalten hatte, war er bereit,
seine Arbeit im Tor fortzusetzen und
sich dem Elfmeterschützen zum
dann verlorenen Duell zu stellen. In
Hamburger Journalistenkreisen wird
damit gerechnet, daß der kesse Tor-
hüter eine Geldstrafe aufgebremst
bekommt, zumal er seiner Truppe
nach Spielschluß auch noch einen
sanften Tiefschlag verpaßte. Auf die
Frage eines Reporters vom Fernse-
hen, ob der HSV noch immer in einer
Krise sei, bemerkte Stein ironisch:
„Wieso Krise, so spielen wir doch
schon die ganze Saison.“ Gestern
wartete er in Hamburg auf einen
Seiche, der sich aus Deschidda zu
Vertragsgesprächen angesagt hatte
und Stein, mit 300.000 Mark netto pro
Jahr, aus der Hansestadt weglitsen
will. Bei dem saudiarabischen Haupt-
stadtklub war der heutige Bayer-Trai-
ner Detmar Cramer (58) viele Jahre
beschäftigt.

Steins Kollege Dieter Schatz-
schneider (25) nahm das 1:3-Ergebnis
von Uerdingen nicht ganz so tra-
gisch: „Ich kenne das schon aus alten
Zeiten. Als ich noch bei Hannover
spielte, hat der Schiedsrichter auch
kurz vor Spielende dem Gastgeber
einen Elfmeter geschenkt. Damals
hatten wir 1:2 verloren.“

Schatzschnneider, der beim 1. FC
Köln auf der Wunschliste steht, lief
gestern mit einer großen Beule an der
Stirn herum. Ursache: Bei einer Flan-
ke war Schatzschneider mit dem
Kopf schneller gewesen als Torhüter
Werner Vellack (28) mit der Faust,
und so landete die geballte Hand des
Torhüters am Kopf des Torjägers.
Schatzschnneider tröstete sich gestern
mit Vellacks Bemerkung, daß er sich
bei diesem Kraftakt ebenfalls die
Hand verstaucht habe.

Ruhe, so beteuerte Offenbachs
Präsident Siegfried Leonhardt
(45), sei jetzt wieder in seinem Klub
eingekehrt, nachdem Karl Bittner
(44), der zweite Vorsitzende, prak-
tisch aus dem Verkehr genommen
wurde. Der Intimfeind von Trainer
Lothar Buchmann (47) kimmert sich
jetzt vorrangig um die Amateure und
Jugend.



Den Dienst verweigerte Uli Stein, der erst wieder ins Tor ging, nachdem
ihm Schiedsrichter Cornel die gelbe Karte zeigte. FOTO: PERENYI



Eine neue Variante, ein Tor zu feiern: Uerdingens Peter Looftens
vollführte nach dem 3:1 einen perfekten Handstand. FOTO: RZEPKA

DIE SCHÖNSTE VERBINDUNG ZWISCHEN FLENSBURG, FRANKFURT UND MÜNCHEN

DIE GIULIETTA.

Wenn Sie in Flensburg einsteigen, sitzen Sie in einem ausgeprägten aerodynamischen zackigen Auto für den Weg von Flensburg nach Frankfurt. Auf geht's in Richtung Frankfurt. 5 Gänge komfortable Kurzwahl auf der Straße.

In Frankfurt angekommen, finden Sie sich in den Stadtdynamisch-innovativen Limousinen, denen aber überwiegt eine feine Individualität. Sie, und Sie schließen zügig in Richtung Ausfallstraße auf. Dabei freuen Sie sich über so elastische und Motorhaube. Und schon kommt die nächste Autobahnauffahrt Richtung München in Sicht.

Unterwegs überholen Sie einen Konvoi kompakter Prestigelimousinen, die Sie aber selbst nicht gegen Aufpreis eintauschen würden. Wie schön, denken Sie, daß Sie die wahre Persönlichkeit schon lange für sich entdeckt haben. In der Giulietta von Alfa Romeo. Übrigens sitzen zwischen Flensburg und Rosenheim über 400 Alfa Romeo-Händler, die jetzt darauf warten, daß Sie sich zur Probefahrt melden. Oder schicken Sie uns den Probefahrt-Scheck für die Giulietta. Alles Weitere arrangieren wir.

PROBEFAHRTSCHECK

☐ Ich möchte die Giulietta probefahren. G2

☐ Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu.

Name _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____

PLZ/Ort _____

Bitte senden an ALFA ROMEO Marketingservice, Postf. 54, 8137 Berg

Alfa Romeo

LEICHTATHLETIK / Zweite Niederlage für Carl Lewis - starke Marlies Göhr - Claudia Losch wieder verbessert

Christian Haas schneller als Sprint-Weltmeister Emmit King

sid/dpa, Budapest. Sprint-Weltmeisterin Marlies Göhr aus der DDR stellte bei einem Halbsportfest in Budapest mit 7,12 Sekunden die Jahres-Bestmarke ihrer Staffelkameradin Ingrid Auerwald über 60 Meter ein. Sie verpasste damit die Hallen-Weltbestzeit der Rostockerin Maria Koch nur um vier Hundertstels Sekunden. Die Vize-Weltmeisterin über 400 m, die Tschechoslowakin Tatjana Kocembova, gewann den 200-m-Lauf in 22,96 Sekunden.

Während Marlies Göhr in Budapest antrat, ging ihre Bewerbin Ingrid Auerwald in Albuquerque (USA) an den Start. Sie siegte ebenso über 60 Yards (54,86 m) wie ihr Mannschaftskamerad Frank Emmelmann (Magdeburg) in 6,13 Sekunden.

In Dallas konnte der Amerikaner Carl Lewis nicht nur sein Versprechen, über 60 Yards (54,86 m) erstmals unter sechs Sekunden zu bleiben, nicht einlösen, der dreimalige Weltmeister mußte sich in 6,07 Sekunden sogar mit dem zweiten Platz hinter Ron Brown aus den USA (6,06

Sekunden) begnügen. Schon im Januar hatte der 22 Jahre alte Carl Lewis ein Rennen über 60 Meter gegen den Australier Paul Narracott verloren. Carl Lewis' Schwester Carol verbesserte den amerikanischen Landesrekord im Weitsprung (Halle) auf 6,76 m. Ebenfalls in Dallas gewann Billy Olson (USA) den Stabhochsprung mit 5,70 Meter bei gleicher Höhe gegen Pierre Quinon (Frankreich), der im letzten Jahr vorübergehend Freiluft-Weltrekordler war.

In Stuttgart gab es bei einem Halbsportfest eine Woche vor den deutschen Hallen-Meisterschaften am gleichen Ort drei Jahres-Weltbestleistungen: Der amerikanische Sprinter Mel Lattany schaffte die 60 Meter in 5,57 Sekunden, die CSSR-Athletin Milena Matejkovicova durchliefte die 800-Meter-Distanz in 1:59,43 Minuten, und die Polin Lucynda Kalek schaffte die 60-Meter-Hindernisstrecke in 7,90 Sekunden. Als Mel Lattany eine neue Jahresweltbestleistung aufstellte, hielt sich Europarekordler Christian Haas sehr gut, der in 6,63 Sekunden

den zeitgleichen Staffel-Weltmeister Emmit King aus den USA bezwang. Auch über 200 Meter bestätigte Lattany seine Ausnahmeleistung und siegte mit hervorragenden 20,84 Sekunden vor Rolf Kistner (Wattencheid) mit 21,00 Sekunden. Eine persönliche Bestleistung stellte Claudia Losch (Fürth) im Kugelstoßen auf. Mit 20,06 Meter übertraf die 24 Jahre alte Augenoptikerin erstmals die 20-Meter-Marke, wurde aber von Weltmeisterin Helena Fibingerova (CSSR) auf den zweiten Platz verwiesen. Helena Fibingerova siegte mit 20,38 Meter.

Peter Bouschen, der Europacup-Sieger im Dreisprung aus Düsseldorf, muß die Hallen-Saison vorzeitig beenden. Der 23jährige Informatik-Student zog sich beim Tritt auf einen herumliegenden Seilkorken in der Sporthalle Sindelfingen einen teilweisen Bänderriss im rechten Kniech zu und kann auf Anraten von Sportmediziner Armin Klümper (Freiburg) erst in zwei Wochen wieder trainieren.



Die Beine voll Luft und einen festen Blick: So wehrt sich Christian Haas gegen die schnellen Amerikaner Lattany (links) und King.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen

FUSSBALL
Erste englische Division, 25. Spieltag: Arsenal - Queens Park 0:2, Aston - Luton 0:0, Everton - Notts 4:1, Ipswich - Coventry 2:1, Leicester - Birmingham 2:3, Manchester United - Norwich 0:0, Nottingham - Tottenham 2:2, Sunderland - Liverpool 0:0, Watford - Bromwich 2:1, West Ham - Stoke 3:0, Wolverhampton - Southampton 0:1. - Tabellenplätze: 1. Liverpool 52 Punkte, 2. Manchester United 47, 3. Nottingham 46, 4. West Ham 46.
Länderspiel: Italien - Mexiko 5:0 (4:0).

BASKETBALL
Qualifikation, Herren, 6. Spieltag, Gruppe A: Hagen - Gießen 82:83, Leverkusen - Wolfenbüttel 97:83. - Gruppe B: Charlottenburg - Bayreuth 104:76, Osnabrück - Heidelberg 100:94.
Bundesliga, Damen, Meisterschaftsrunde, 1. Spieltag: Düsseldorf - Köln 89:63, Marburg - München 60:78.

EISHOCKEY
DEB-Pokal, Vorrunde, Gruppe 1: Köln - Isenlohn 5:1, Gruppe 2: Schwenningen - Freiburg 4:6.

HANDBALL
Bundesliga, 16. Spieltag: Ginzburg - Hofweier 23:25, Lemgo - Schwabing 18:18, Hüttenberg - Göttingen 32:27, Großwallstadt - Reimoldsdorf 33:23, Kiel - Essen 22:19, Gummersbach - Nürnberg 26:16.

HOCKEY
Bundesliga, Herren, 12. Spieltag, Gruppe Nord: RW Köln - Gladbach 12:4, Berlin - Celle 15:9. - Nachholspiele: Hannover - SW Köln 11:9, Braunschweig - Leverkusen 8:8. - Gruppe Süd: Lüneburg - Mülheim 11:12, München - Heide 7:5, Dürkheim - Frankenthal 8:9. - Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Gruppe Nord: Düsseldorf - Hamburg 9:5, Leverkusen - BW Köln 8:8, Rastatt - Großflottbek 7:2. - Gruppe Süd: HTV Stuttgart - Brandenburg 6:11, Berlin - Hanau 6:3, RW Stuttgart - Charlottenburg 6:3.

VOLLEYBALL
Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Passau - SSF Bonn 3:0, Fort. Bonn - Gießen 1:3, Leverkusen - München 3:0, Frankfurt - Hamburg 0:3, Norderstedt - Paderborn 2:3. - Bundesliga, Damen, 14. Spieltag: Darmstadt - Leihhof 0:3, Feuerbach - Godesberg 2:0, Vilsbiburg - Oythe 0:3, Berlin - Augsburg 0:3.

FECHTEN
Deutsche Meisterschaften, Florett, in Reutlingen, Endstand, Herren: 1. Gey 10:6, Behr (beide Taubertalbischhofshelm), 2. Hein (Taubertalbischhofshelm), 10:4. - Theuerkauff (Bonn), Damen: 1. Bischoff (Taubertalbischhofshelm) 6:8. - Hansch (Offenbach), 3. Sträßner 6:6. - Nissel (beide Heidenheim).

LEICHTATHLETIK
Internationales Hallensportfest in Stuttgart, Männer, 200 m, 1. Lauf, 1. Lattany (USA) 20,84, 2. Skomrah (Groß Isced) 21,11. - 400 m: 1. McCoy

(USA) 46,43. - 1000 m: 1. Wülbeck (Wattencheid) 2:31,23. - Hochsprung: 1. Thranhardt (Köln) 2,26. - Dreisprung: 1. Cado (CSSR) 16,94, 2. Hoffman (Polen) 16,43. - Frauen: 800 m: 1. Matejkovicova (CSSR) 1:59,43, 2. Melinte (Rumänien) 2:00,19. Kugel: 1. Fibingerova (CSSR) 20,38, 2. Losch (Fürth) 20,06.

GALOPP
Rennen in Dortmund: 1. R. Ucsjoli (R. Malinowski), 2. Strahler, 3. Orangenzeig, Toto: 24/11, 19, 10, ZW: 368, DW: 816, 2. R.: 1. Lady Bell (D. Ilic), 2. Nautli, 3. Nandor, Toto: 38/17, 22, 16, ZW: 312, DW: 1184, 3. R.: 1. Lamark (E. Kahnfeld), 2. Maritim, 3. Czerny, Toto: 20/12, 16, 17, ZW: 128, DW: 524, 4. R.: Getaway (A. Tylicki), 2. Agas, 3. Royal sea, Toto: 28/15, 22, 18, ZW: 476, DW: 1048, 5. R.: 1. Observant (L. Möder), 2. Tonleiter, 3. West, Toto: 38/14, 26, 28, ZW: 312, DW: 2448, 8. R.: 1. Pardon (E. Schindler), 2. Weinrebe, 3. Porto Barca, Toto: 20/12, 16, 38, ZW: 96, DW: 944.

Anzeige
20-Mio-DM-Auftrag aus Berlin

Flugsicherungssystem von AEG für Berliner Luftverkehr

Eines der modernsten Flugsicherungssysteme der Welt wurde von AEG-TELEFUNKEN im Auftrag der westlichen Alliierten für den Berliner Luftraum und die Luftkorridore geliefert. Was früher per Hand auf Flugkontrollstreifen notiert oder per Telefon und Telex weitergegeben wurde, übernimmt jetzt ein modernes Computersystem. Es sammelt alle Informationen im Berlin-Flugverkehr, verarbeitet sie entsprechend und gibt sie an alle Beteiligten weiter. Die Fluglotsen werden durch das neue System von AEG-TELEFUNKEN von viel Routinearbeit entlastet und können sich noch stärker auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Herren in Borovets/Bulgarien: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:49,91, 2. Stenmark (Schweden) 1:49,40, 3. Gruber (Österreich) 1:49,76, 4. de Chiesa (Italien) 1:50,08, 5. Strand (Schweden) 1:50,15, 6. P. Mahre (USA) 1:50,21, 7. Heidegger (Österreich) 1:50,77, 8. Wenzel (Liechtenstein) 1:50,88, 9. Križaj (Jugoslawien) 1:51,08, 10. Steve Mahre (USA) 1:51,38, 11. Pongelow (Bulgarien) 1:51,53, 12. Fjallberg (Schweden) 1:52,07, 13. Halvarsson (Schweden) 1:52,11, 14. Bouvet (Frankreich) 1:52,23, 15. Beck (Deutschland) 1:52,92.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 32, 38, 37, 38, 44, Zusatzzahl: 25. Tüte, Eiferweite: 1, 0, 1, 1, 1, 1, 0, 1, 0, 0. - Spiel 77: 8 2 3 1 7 4 5. - Rennquoten: Rennen A: 15, 8, 10. - Rennen B: 24, 34, 30. (Ohne Gewähr).

ZWEITE LIGA / Duisburg im Kampf um den Aufstieg zurückgeworfen Pokalfinalist Fortuna Köln darf wieder hoffen

sid, Düsseldorf. Im Wettkampf um den begehrten zweiten Platz in der zweiten Fußball-Liga erlitt der MSV Duisburg am 21. Spieltag einen Rückschlag. Pokalfinalist Fortuna Köln dagegen schöpfte neue Hoffnung. Die Duisburger verloren in Wattencheid mit 1:2 und haben als Fünftler nun sechs Punkte Rückstand auf Spitzenreiter Schalke 04. Die Kölner hingegen feierten einen Triumph über Bundesliga-Absteiger Hertha BSC und verbesserten sich auf Rang fünf.

Nach dem dramatischen Pokalkampf vom letzten Dienstag gegen Vizemeister Werder Bremen fiel das vorgesehene Punktspiel des Tabellenzweiten Alemannia Aachen gegen Hannover 96 am Samstag aus, soll aber schon am kommenden Dienstag (20.00 Uhr) nachgetragen werden.

Die Aufsteiger Saarbrücken (1:1 gegen Darmstadt) und Oberhausen (1:1 gegen Kassel) gaben Heimpunkte ab.

Im Kampf um den Klassenerhalt gelang den Stuttgarter Kickers ein 1:0 über Ulm.

Durch einen Doppelschlag in der 71. und 78. Minute mit Treffern von Holmes und Gores revanchierte sich Fortuna Köln für die 2:7-Schlappe im Hinspiel gegen Hertha BSC Berlin. BSC erzielte zwei Minuten vor Schluss den 3:1 (0:1)-Endstand für die Fortunen. Prosen hatte die Gäste in der 19. Minute in Führung gebracht.

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart - Ulm 1:0 (0:0)
Wattencheid - Duisburg 2:1 (1:0)
Oberhausen - Kassel 1:1 (0:1)
Saarbrücken - Darmstadt 1:1 (0:0)
Köln - Hertha BSC 3:1 (0:1)
SCC Berlin - Solingen 3:3 (1:1)
Lüdingh. - Schalke 0:4 (0:1)
Essen - Osnabrück 3:2 (1:1)
Karlsruhe - Freiburg 2:1 (2:0)
Aachen - Hannover ausgef.

DIE TABELLE

1. Schalke	22	14	8	2	55:24	34:10
2. Karlsruhe	21	12	6	4	49:29	29:13
3. Aachen	21	11	7	3	29:17	29:13
4. Kassel	21	11	5	5	43:23	27:15
5. Köln	22	11	5	6	47:28	27:17
6. Duisburg	21	10	6	5	37:21	36:16
7. Solingen	22	10	8	6	41:31	26:18
8. Freiburg	22	8	9	5	28:32	25:19
9. Saarbr.	22	8	8	6	41:38	22:21
10. Wattencheid	21	8	7	6	32:36	22:20
11. Darmstadt	22	7	7	8	28:43	21:28
12. Hertha BSC	22	6	8	8	41:40	18:25
13. Essen	22	6	8	10	34:40	16:26
14. Hannover	20	4	8	8	25:37	18:24
15. Ulm	21	4	8	8	33:38	16:26
16. Stuttgart	21	5	6	10	29:34	16:26
17. Charlottenb.	21	5	5	11	23:40	15:27
18. Oberhausen	22	4	7	11	27:37	15:27
19. Osnabrück	22	5	3	14	24:45	13:31
20. Lüdingh.	22	5	3	14	20:43	13:31

Die nächsten Spiele: Dienstag, 7. Februar, 20.00 Uhr: Aachen - Hannover (Nachholspiel); Samstag, 11. Februar, 14.30 Uhr: Freiburg - Wattencheid, Kassel - Saarbrücken, Ulm - Lüdingh. hausen; 15.30 Uhr: Duisburg - Aachen, Hertha BSC - Essen, Hannover - Köln; Sonntag, 12. Februar, 15.00 Uhr: Schalke - Oberhausen, Osnabrück - SCC Berlin, Solingen - Stuttgart, Darmstadt - Karlsruhe.

FECHTEN / Erfolgreiche Titelverteidigung

Die Vorrangssieger Mathias Gey und Sabine Bischoff aus Taubertalbischhofshelm haben bei den 53. Deutschen Fechtmeisterschaften in Reutlingen ihre Florett-Titel erfolgreich verteidigt.

Sabine Bischoff gewann wie im letzten Jahr gegen die Offenbacher Europameisterin Cornelia Hanisch mit 8:6 im Finale, und Mathias Gey machte durch einen 10:6-Sieg gegen seinen Klubkameraden Mathias Behr den totalen Erfolg des Taubertalbischhofshelmer Teams perfekt. Mit dem letztjährigen Vizemeister Harald Hein, der im Kampf um Platz drei den Bonner Thomas Theuerkauff 10:4 schlug, und dem fünfplatzierten Frank Beck qualifizierten sich zwei weitere Schützlinge von Bundestrainer Emil Beck für das Finale der letzten acht.

Damit erreichte bis auf den Bonner Klaus Reichert die komplette Goldmedaillen-Mannschaft der Weltmeisterschaft 1983 in Wien das Finale. Reichert (Bonn) scheiterte in der Runde der letzten 16 an dem Taubertalbischhofshelmer Uli Schreck. „Was kann ein Trainer sich mehr wünschen“, erklärte der überaus glückliche Bundestrainer Emil Beck, der in seiner Forderung nach einer vorzeitigen Olympia-Nominierung für Gey, Behr, Beck und Hein durch das hervorragende Abschneiden seiner Fechter nachdrücklich unterstützt wurde.

Die Säbelfechter vom sowjetrussischen Meister ZSKA Moskau haben den Mannschafts-Europacup in Budapest erfolgreich verteidigt. In einer Neuauflage des Vorrangsspiels besiegten sie Gastgeber Honvéd Budapest mit 9:6. Dritter wurde Dosza Budapest vor Slavia Sofia. Der 22malige deutsche Meister OFC Bonn war nach Niederlagen gegen den späteren Cup-Gewinner sowie gegen den französischen Meister Tarbes bereits in der Vorrunde ausgeschieden.

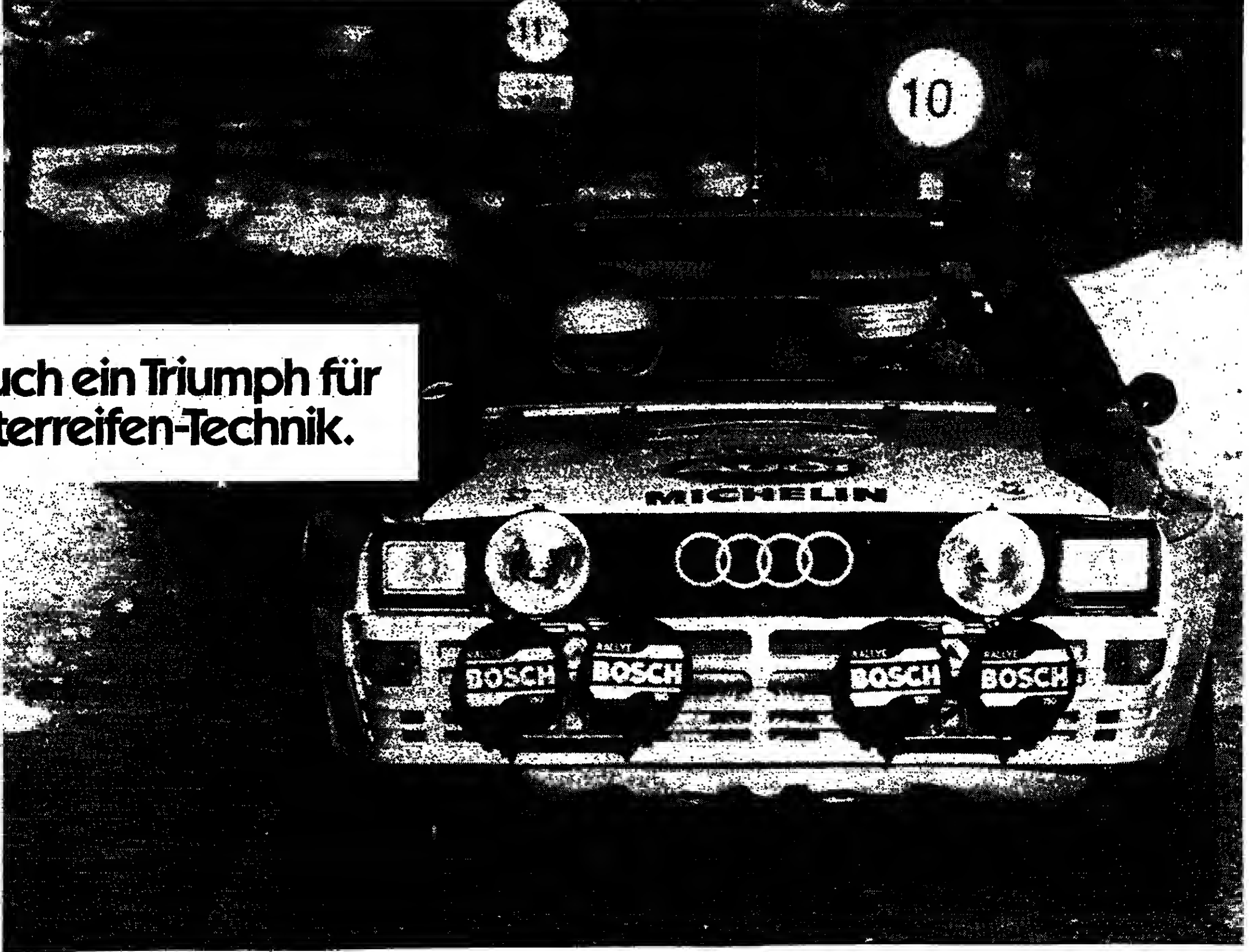
Nachdem die Vorrangsspieler gegen die Franzosen mit 8:8 und einem Trefferverhältnis von 61:63 nur knapp verloren hatten, wurden sie von dem sowjetischen Armeeklub mit 1:9 geradem deklassiert. Ihren besten Fechter hatten die Bonner in Rainer Noreisch, dem gegen die Franzosen drei Siege und der einzige Erfolg gegen die sowjetische Mannschaft gelungen waren.



1. Röhr/Geisdörfer
Audi Quattro/Michelin
2. Blomqvist/Cederberg
Audi Quattro/Michelin
3. Mikkola/Hertz
Audi Quattro/Michelin
4. Therier/Vial
Renault 5 Turbo/Michelin

Monte '84: auch ein Triumph für Michelin Winterreifen-Technik.

Dort, wo Michelin schon seit Jahren seine Winterreifen testet, konnte ihre überlegene Technik jetzt einen großartigen Triumph verbuchen: in den französischen Alpen, auf Schnee und Eis. Bei der Rallye Monte Carlo '84, die ihrem Ruf als „Reifen-Rallye“ wieder einmal voll und ganz gerecht wurde. Aber nicht nur da ist Michelin Spitze. Deutschlands Autofahrer profitieren Tag für Tag vom hohen Stand der Michelin Winterreifen-Technologie: mit den neuen Lamellenreifen XM+S 100. Mit ihrer sensationellen Griffigkeit auf Schnee und dem entscheidend kürzeren Bremsweg auf Eis haben sie Autofahren im Winter wieder ein gutes Stück sicherer gemacht.



Keine Kompromisse.

MICHELIN

SARAJEVO / Noch zwei Tage bis zur Eröffnung der Winterspiele - Griechenland greift IOC-Präsident Samaranch hart an - Grieche in der Loipe

Olympischer Fackellauf wird nun zum Problem

GÜNTHER DEISTER, Sarajevo
Verbrennt sich Juan Antonio Samaranch ausgerechnet am Olympischen Feuer? Jedenfalls hat sich der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in die kritischste Situation seiner bisherigen vier Amtsjahre manövriert. „Unmöglich und unglaublich“, nennt Willi Daume die Tatsache, daß der 64-jährige Spanier den Organisatoren der Sommerspiele in Los Angeles erlaubt hat, den olympischen Fackellauf quer durch Amerika zu vermarkten. Der deutsche NOK-Präsident steht im IOC mit seiner Empörung nicht allein. Es scheint, als habe IOC-Chef Samaranch diesmal mit seiner Politik der Kommerzialisierung den Bogen überspannt.

Der Samstag in Sarajevo sollte eigentlich zum Tag des Juan Antonin Samaranch werden. Mit stolz geschwelter Brust verkündete der Spanier bei seiner Eröffnungsrede der 87. IOC-Vollversammlung, bei anhaltender Hochkonjunktur werde das IOC künftig allen Nationalen Olympischen Komitees (NOK) die Olympia-Entscheidungskommissionen erstatten können. Doch beim anschließenden Empfang im Nationaltheater von Sarajevo gab es dann statt Beifall Kritik.

„Wir Griechen machen da nicht mit.“ Mit diesem Satz kündigt das IOC-Mitglied Nikolaos Nissiotis aus Athen dem IOC-Präsidenten die Gefolgschaft auf. Ein anderes griechisches NOK-Mitglied formulierte es noch deutlicher: „Wenn Samaranch das Feuer haben will, dann muß er es sich selber holen.“ Längst hat die emotionsgeladene Auseinandersetzung in Griechenland politische Dimensionen angenommen.

Ausgelöst hat das alles Juan Antonio Samaranch. Der Spanier veranlaßte das IOC-Exekutiv-Komitee, den amerikanischen Verkaufsplänen des Fackellaufs zuzustimmen: 19.000 Kilometer durch die USA in 82 Tagen

durch 1000 Städte, der Kilometer zu 3000 Dollar, über 2000 Kilometer sind bis jetzt gehucht, zumeist von zahlungskräftigen Firmen, die ihren Ruf als Feuer-Transporteur auch werblich auszunutzen gedenken.

Zwar argumentieren die Amerikaner, sie wollen das eingehende Fackellauf-Geld von maximal 30 Millionen Dollar solchen Zwecken zuführen wie der Unterstützung des Behindertensports, doch das löst die geradezu flammenden Reden der Griechen keineswegs. „Der Zweck heiligt nicht die Mittel“, sagt Nikolaos Nissiotis, ein stets seine Worte wägender Professor der Theologie. Und: „Für uns gibt es in dieser Frage keinen Kompromiß. Wenn es nicht noch zu einer Übereinkunft in unserem Sinne kommt, dann werde ich die Angelegenheit vor die IOC-Vollversammlung tragen.“

Nun ist für Samaranch guter Rat teuer. Will er einen Aufstand in der Vollversammlung vermeiden, dem sich sicher auch die IOC-Mitglieder aus Osteuropa anschließen würden, so muß er die Krise vorher bereinigen. Sobald Peter Ueberroth, Präsident des Organisationskomitees von Los Angeles, in Sarajevo eingetroffen ist, soll es gemeinsam mit Nikolaos Nissiotis und dem griechischen NOK-Präsidenten Georges Athanasiasidis einen Feuer-Gipfel geben. Samaranchs einzige Chance, einen Ausweg aus der Affäre zu finden, besteht wohl nur noch darin, Ueberroth das dollarträchtige Fackellaufen auszuenden.

Rechtlich ist die Sache klar. Das IOC ist der Besitzer der Flamme, die Griechen hingegen üben nur ein Wächteramt aus. Lassen sich die Amerikaner von ihren Feuer-Plänen nicht mehr abbringen, so mußte sich das IOC das Feuer aus Olympia selber holen. Und es hieß noch die Möglichkeit, den Funken irgendwo in den USA zu zünden.

Girardelli vor Stenmark

sid, Borovets
Ingmark Stenmark und Marc Girardelli teilen sich wenige Tage vor den Olympischen Winterspielen die Weltcup-Siege. Girardelli gewann am Sonntag den Weltcup-Riesenslalom in Borovets (Bulgarien) mit 19 Hundertstelskunden vor dem schwedischen Doppel-Olympiasieger und drehte dabei das Vortagesergebnis vom Riesentorlauf um. Beide Athleten dürfen in Sarajevo nicht an den olympischen Wettbewerben teilnehmen.

Florian Beck aus Gunzesried bestätigte seine Solisten-Rolle als einziger Läufer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), der im Slalom in die Weltcup-Ränge hineinfahren kann. Als 15. konnte er im siebten Slalom der Saison zum dritten Mal Weltcup-Punkte gewinnen.

Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli hat sich zum dominierenden Slalom-Fahrer dieses Winters entwickelt. Wurde er in Parpan/Schweiz nur durch die Disqualifikation von Steve Mahre (USA) zum Sieger erklärt, so bestätigte der 20-jährige seine Fähigkeiten durch den Sieg beim Hahnenkamm-Rennen in Kitzbühel und nun auch in Borovets. Die Zwistigkeiten zwischen Österreichs Ski-Verband und ihm konnten vor Olympia nicht ausgeräumt werden.

„Kühnhackl kein Amateur“

dpa, Sarajevo
Murray Costello, Präsident des kanadischen Eishockey-Verbandes, hat den Amateurstatus von Erich Kühnhackl offen angezweifelt. In Sarajevo sagte Costello gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) auf Anfrage, der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft könne „kaum als Amateur betrachtet werden“. In einer Pressekonferenz zu diesem Thema bemühten sich die Kanadier jedoch, den Streit herunterzuspielen, bevor es zu einem offiziellen Protest gegen die Zulassung kanadischer oder anderer Spieler durch die Amerikaner und Finnen kommt.

Costello: „Der Streit unter den westlichen Verbänden ist inzwischen lächerlich.“ Besonders in Osteuropa könne man sich darüber nur amüsieren. Es wäre besser, die westlichen Verbände würden „zusammenhalten und sich gegenseitig gegen Sowjets und Tschechoslowaken unterstützen“. In der Diskussion zwischen Amerikanern und Kanadiern, in die sich auch die Finnen eingeschaltet haben, gab es jedoch bisher keine weitere Annäherung. Die Kanadier beharren weiter auf dem Einsatz ihrer vier Spieler Mario Gosselin, Mark Morrison, Don Dietrich und Dan Wood, deren Amateurstatus von den Amerikanern angezweifelt worden ist.



Bei der Abfahrt des Sonderzuges nach Sarajevo flieht Eishockey-Bundestrainer Xaver Ussian das Kälte der Udo Kleffing. FOTO: WERB

● **Flagge:** Die 29 Jahre alte Monika Holzner wird am Mittwoch bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele in Sarajevo die deutsche Flagge tragen. Die Olympia-Siegerin von 1972 ist die erste Eisschnellläuferin der Welt, die zum vierten Mal an olympischen Wettbewerben teilnimmt. „Ich weiß von nichts“, sagte die Hausfrau aus Inzell, als sie diese Nachricht erhielt.

● **Preispirale:** Die amerikanischen Fernsehkanäle scheinen entschlossen, im Kampf um die TV-Rechte bei Olympischen Spielen die Preispirale zum Stoppen zu bringen. Während die Organisatoren der Spiele 1988 in Seoul mit Einnahmen von über einer Milliarde Dollar rechnen, erklärte in Sara-

110 deutsche Interessenten Gebrauch.

● **Abreise:** Am Samstag, pünktlich um 15 Uhr, setzte sich der Sonderzug des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) mit dem Großteil der Olympia-Mannschaft von Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs in Richtung Sarajevo in Bewegung. 117 Personen nahmen eine siebenstündige Eisenbahnfahrt auf sich.

● **Rintritskarten:** Vier Tag vor Beginn der Winterspiele in Sarajevo sind nach Angaben der Organisatoren 431.000 Eintrittskarten verkauft. Insgesamt waren 791.861 Karten gedruckt worden.

● **Nachnominierung:** Der nachnominierende deutsche Abfahrtsläufer

Olympia-Splitter

jevo ein Sprecher der amerikanischen Gesellschaft NBC, man würde höchstens 400 Millionen Dollar anbieten.

● **Intervention:** Die amerikanische Regierung hat beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) in Sarajevo dagegen interveniert, daß das Organisationskomitee der Winterspiele zwölf Journalisten des amerikanischen Senders Radio Free Europe die Akkreditierung verweigert hat. Begründung: Mit seinen Sendungen für Osteuropa entspreche der Sender nicht den olympischen Regeln.

● **Rodeln:** Der deutsche Rodelmeister Thomas Razzniok kommt in Form. Am dritten Trainingstag in Sarajevo erreichte der Bertschadener die vierbeste Zeit. Am schnellsten war der Italiener Ernst Hapinger.

● **Zuschauer:** Höchstens 200 deutsche Wintersport-Fans werden nach Sarajevo reisen. Das teilte das Deutsche Reisebüro (DER) in Saarbrücken mit. Von dem zweiwöchigen Olympia-Arrangement (Anreise, Aufenthalt und 13 Eintrittskarten ab 1550 Mark) machten bisher nur

Peter Dürr (Garmring) war achtschnellster beim ersten Trainingslauf in Sarajevo. Am schnellsten war der Schweizer Peter Müller, der noch vor einer Woche Schwierigkeiten hatte, sich überhaupt für die Olympischen Winterspiele zu qualifizieren.

● **Eröffnung:** Punkt 15.01 Uhr soll am Mittwoch im Fußball-Stadion Kosevo die Olympischen Winterspiele eröffnet werden. An der Eröffnungsfeier werden rund 3000 Beteiligte mitwirken. Im Mittelpunkt steht dabei die 19-jährige jugoslawische Eiskunstläuferin Sandra Duhravcic. Die aus Zagreb stammende Medizinstudentin wird das Olympische Feuer um 15.28 Uhr entzünden. Anschließend wird ein Sportstudent aus Laibach den Olympischen Eid sprechen.

● **Gesundheit:** Ein klares Bekenntnis zur Wahrung der olympischen Moral legte der deutsche Mannschaftsarzt Professor Dr. Josef Keul ab. Keul mahnte gleichzeitig seine Kollegen aus den anderen Mannschaften: „Das höchste Gut eines Sportlers ist seine Gesundheit. Sie muß immer vor der Medaille stehen.“

Costa Cordalis – Sänger auf den Spuren Olympias

MARTIN HÄGELE, Stuttgart
Bis zuletzt hat der Fahrer mit dem Gasgeben gewartet. „Der Dieter Notz mußte nachnominiert werden, er ist neben Behle der stärkste deutsche Läufer.“ Dann ist Costa Cordalis in seinen Caravan gestiegen. Oh Dieter Notz sich dann als Olympia-Tourist neben ihm gesetzt hat, war gestern nachmittag nicht bekannt.

Da befand sich der Sänger Costa Cordalis (37) schon auf der Straße nach Sarajevo. Freuten Sie sich auf einen Olympi-Start? „Sicher, aber noch schöner wäre es, wenn der Dieter Notz auch dabei wäre.“

Der Sportler Costa Cordalis weiß, wie hitzer es für einen ist, wenn er bei Olympia ausgespart wird. Und wie man in solchen Momenten an Gott und der Welt, an jeder Gerechtigkeit zweifelt und Funktionäre für herzlose Krawattenträger hält. Cordalis: „Der Dieter Notz und die anderen aus der Nationalmannschaft haben diesen Winter 9000, 10.000 Kilometer trainiert – ich nur die Hälfte.“

Der Sarajevo-Fahrer Costa Cordalis hat den Vorteil, daß er in Griechenland geboren wurde, aber seit zwölf Jahren auf dem Kniebis im Schwarzwald wohnt und trotzdem für sein Heimatland starten darf. Im Schwarzwald hat man ihn damals auch nur auf die Bretter gestellt, weil er in einem Fernsehfilm einen Skilehrer spielen sollte.

Der große Schwarze mit der sanften Stimme (so nennen seine Fans den Schlagersänger) entdeckte eine harte Sportart: Langlauf. Und er betrieb dieses neue Hobby genauso konsequent wie früher sein altes. Der junge Costa war einst mit 1,90 m griechischer Meister im Hochsprung gewesen. Am Anfang lief er mehr für sich allein als für die eigene Fiktion. Als Ausgleich zum Streß von Konzerten, Auftritten und Reisen. Zwischen ist er schon längst Dauergast in den Trainingslagern der deutschen Langlauf-Nationalmannschaft und mit vielen DSV-Athleten befreundet.

„In diesem Kreis“, sagt er, „finde ich mehr Ehrlichkeit als im Showgeschäft.“ Heute läuft Costa auch, „weil ich für jüngere Menschen ein Beispiel sein will, was man durch Willen alles erreichen kann“. Cordalis: „In der Loipe wie im Leben, Wille ist alles.“ Falls der verstorbene IOC-Präsident Avery Brundage noch leben

würde, er würde den Griechen Costa Cordalis in die Arme schließen und der Weltöffentlichkeit als lupenreinen Amateur präsentieren: Der Platinmillionär Costa kostet seinem Land keinen Pfennig Pflanzengeld, Sporthilfe oder wie immer man das auch nennen mag.

Bei dem Hinweis auf Brundage lächelt der Geschäftsmann Cordalis, der sich seine Olympia-Teilnahme selbst finanziert, nachdem er sich gegen die griechische Konkurrenz qualifiziert hatte. Er habe sich ja schon als Junge in seiner Heimat viel mit olympischem Geist und olympischer Geschichte beschäftigt, meint er.

Oh er mehr Sportler oder mehr Sänger sei, die Frage erledigt sich von selbst. Am 12. Februar muß der Showstar zweimal in Hannover singen, deshalb kann er in Sarajevo nur am 50-km-Langlauf teilnehmen, nicht an den anderen Distanzen.

Manches überlappt zwischen erstbetriebenem Hobby und Musik. Verhüllend, was Costa alles für eine Medaille tut, hatte eine Tratsch- und Klatsch-Illustrierte ihren neugierigen Lesern auf der Titelseite versprochen. „Die Leute übertreiben halt“, sagt Costa dazu, „es sind Schreiber aus der Show-Branche und die wissen nicht, wie hart Sport ist.“

Frage: Können Sie als überzeugter Antialkoholiker und Nichtraucher Ihre Popularität nicht einmal in den Dienst des Sports und der Volksgesundheit stellen und zum Beispiel einen Song über die Schönheit der Natur und die Möglichkeit, diese beim Langlauf zu entdecken, schreiben? Cordalis: „Das wäre für mich keine hundertprozentige Sache. Vielleicht würden die Leute dann denken, der Costa kommerzialisiert den Sport, will daraus Kapital schlagen.“

Nach einer Weile Grübeln aber sagt er dann plötzlich: „Vielleicht wäre ein Lied mit dem Inhalt ‚Greif lieber in die Wackstüte als zum Schnaps‘ gar nicht schlecht.“

Beruflichen Image-Verlust, wenn er hinter den Assen herbeieilt wird, oder, daß er mit 37 Jahren nun gewiß nicht mehr zu den Jüngsten zählt, solche Befürchtungen weist er von sich: „Der Mito ist auch schon 36. Je älter der Mensch wird, desto ausdauernder. Außerdem gibt es nichts schöneres, als wenn man einerseits aktiv und leistungsstark ist und andererseits über die Liebe singt.“



Ein Sänger, der den Sport liebt: Costa Cordalis, in griechischer Nationaltracht, der in Sarajevo im Ski-Langlauf startet. FOTO: SVEN SIMON

MOTORSPORT

Smolej hart bestraft

sid/dpa, Ludwigsburg

Der Fall des 32 Jahre alten deutschen Rallye-Meisters Walter Smolej, dem durch einen erst nach dem Meisterschafts-Finale im Oktober 1983 bekannt gewordenen Führerscheinentzug aus dem Juni nachträglich der Verlust seines Titels droht, hat eine Wendung von dramatischer Zuspitzung genommen. Der in Ditzingen bei Stuttgart wohnende Österreicher Smolej wurde vom Amtsgericht Ludwigsburg nach siebenstündiger Verhandlung wegen wiederholten Fahrens ohne Führerschein zu vier Monaten Freiheitsstrafe, Sperre der Fahrerlaubnis für 18 Monate sowie einer Geldstrafe von 2000 Mark, zu zahlen an die Sozialberatung Ludwigsburg, verurteilt. Die Freiheitsstrafe wurde für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Als Begründung gab das Gericht an, Smolej habe an vier Rallyes teilgenommen und dabei nach eigener Angabe zwischen 3000 und 4000 Kilometer auf öffentlichen Straßen zurückgelegt. Der Ford-Fahrer verteidigte sich mit dem Hinweis, er habe nach dem Rat zweier Rechtsanwälte in Österreich und in Stuttgart geglaubt, rechtmäßig zu handeln. Das Gericht hielt das jedoch für eine Selbstbehauptung, da Smolej die Namen der Anwälte nicht preisgeben wollte.

Der Österreicher hatte die Rallye-DM nach dem Finalauf Drei-Städte-Rallye am 15. Oktober als erster vor dem Neufahrer Erwin Weber und dem Schweden Kalle Grundel beendet. Durch Zeitungsberichte aufmerksam geworden, leitete die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein Verfahren wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis ein, da die Polizei bereits am 21. Juni Smolej den Führerschein abgenommen hatte. Eine Blutprobe hatte über 1,3 Promille ergeben. Eine Woche später erhielt er die Fahrerlaubnis zurück, allerdings mit dem Vermerk des Fahrverbots in Deutschland. Seine DM-Wettbewerbe bestritt Smolej daraufhin mit einer österreichischen Lizenz.

Eine Entscheidung darüber, ob ihm der Titel aberkannt wird, muß das Sportgericht der Obersten Nationalen Sportkommission für den Automobilsport in Deutschland (ONS) treffen. Dort hatte man den Ausgang der Gerichtsverhandlung in Ludwigsburg abwarten wollen.

TISCHTENNIS

Krüger in Form

sid/dpa, Preßburg

Die fünfmalige deutsche Tischtennismeisterin Kirsten Krüger machte beim Turnier der zwölf besten Spielerinnen Europas in Preßburg durch einen 2:1-Sieg über die Europameisterin Bettine Vriesekoop (Holland) auf sich aufmerksam. Doch beim letzten Spiel der Europaliga am 15. Februar in Berlin ist die Kielerin nicht im deutschen Aufgebot. Bundestrainer Charles Roesch nominierte statt ihrer Annette Greisinger aus Donauwörth.

Kirsten Krüger, die 87mal in der Nationalmannschaft spielte, hatte Aufsehen erregt, als ihr Arbeitgeber die Bankangestellte nur noch für Länderkämpfe freigeben wollte, in denen sie auch zum Einsatz kommen würde. Nach ihrem damaligen Rückzug aus dem National-Team hatte die 28-jährige zuletzt ihre Bereitschaft geäußert, wieder international an den Start zu gehen.

Für alle Ford-Neuwagen Pkw u. Lkw

5,9% ZINSEN

● Effektiver Jahreszins
● Keine Bearbeitungsgebühren
● Wenn Sie jetzt kaufen (z. B. für je 1.000,- DM Finanzierungssumme*)
bei 47 Monaten Laufzeit beträgt die Monatsrate nur 23,80 DM.
*Selbstverständlich gilt dieser Zinssatz auch für Finanzierungen ohne Anzahlung. Bei Ihrem Ford-Händler.



Ford
Credit
Bank

Pankraz, die Rüssel und das Kalbsnierenchen

Die zwar kleine, aber gut rekrutierte, nicht einflusslose Lesergemeinde der Stuttgarter Kulturschrift „Merkur“ war gespannt, wie sich der zur Jahreswende vollzogene Wechsel in der Leitung des Blattes von Hans Schwab-Felisch zu Karl Heinz Bohrer auswirken werde. Jetzt ist das erste Heft unter der neuen Ägide erschienen, die Karten liegen auf dem Tisch, und sie verheißt ein ziemlich flaches Spiel.

Der bereits unter Schwab-Felisch begonnene Zug zur Einseitigkeit hat sich verstärkt. Der „Merkur“, einstmal intellektuelles Forum, ist zum Kampfblatt der „Friedensbewegung“ geworden. Die Überlebenden der „Frankfurter Schule“ verwerten ihre geistigen Reste, zitieren und loben sich gegenseitig und machen sich gegenseitig Angst durch die Beschworung eines „neokonservativen“ Feindbildes. All das ist nicht überraschend.

Erwas überraschend ist hingegen die umfängliche Inauguraladresse des neuen Herausgebers Bohrer. Statt eines programmatischen Ausblicks liefert er Aufgüsse aus seinen früheren Artikeln, oft mit identischen Formulierungen. Es geht um die bekannten Aggressionen dieses Publikums gegen „die Deutschen“. Die Deutschen sind seiner Meinung nach schlichtweg „Schweine“, genau jene Schweine, als die sie einstmal die englische Propaganda während des ersten Weltkriegs hingestellt hat, schmatzende, unendlich häßliche Rüsseltiere, körperlich und geistig verflücht, unfähig zu politischer Form und Ästhetik, präsiert von einem „fleischigen, grinsenden“ Mondgesicht, das sich Bundeskanzler nennt.

Und Bohrer macht keine Ausnahme. Auch die deutschen Intellektuellen, ob links oder rechts, sind Schweine. Auch sie sind nur aus Fressen bedacht und „von enormer Häßlichkeit“. Außerdem sind sie unfähig zur Ausgrenzung von Feindbildern, wollen alles dem Brel ihrer Podiumsdiskussionen angleichen. Sie bilden, mit einem Wort, „eine unappetitlich gewordene Bobeme: der Spieler als Schriftsteller“.

Immerhin, eine Ausnahme gibt es doch, eine einzige: Karl Heinz Bohrer. Obwohl von Herkommen „ne echt kölsche Jung“ und mittlerweile wohlbestellter Reformprofessor in Bielefeld, stilisiert er sich hier als der große „Fremde“, als „Reisender“, als „Mann, der aus dem Westen kam“. Während die Deutschen mit ihrer „Nationalfarbe“, nämlich dem Gelb, voll Dummheit Außenpolitisches verkünden, bekennen sich Bohrer zu den schönen Farben der atlantischen westlichen Staaten, das Blau, das Weiß und das Rot, variieren. „Voll Ehrfurcht vertieft er sich in die politischen Vorurteile vertreteter englischer Lords und eckelt sich vor deutschen Speisekarten, auf denen solche Schrecklichkeiten wie „gedünstete Kalbsnierenchen, versetzt in Rahmsauce auf Korinthen“ annonciert werden.

Pankraz

Neuer „Don Pasquale“

Liebhaber lauert am Portal

Na endlich! Die Hoffnung auf ein unverstelltes Sangesvergnügen an der Frankfurter Oper wurde diesmal nicht enttäuscht. Alle waren so unbefangen und ehrlich mit der kalten Süffianz von Donizettis „Don Pasquale“ beschäftigt, als wüßten sie von Berufsavantgardisten und den Attilas der Szene nur vom Hörensagen. Dennoch war diese ironisch vertiefte, zum Teil auch satirisch ausgelegte Buffa durchaus ein modernes und gewagtes Unternehmen.

Geistvoll, einfallsreich, turbulent und meist auch glaubhaft hatte Regieautoren Renato Ackermann das heizvolle Spiel in Szene gesetzt, das weder viel Distanz noch Reflektion verlangt. Peter Hirsch, der erstmals in Frankfurt eine Neuinszenierung erarbeitete, überraschte mit einer hochachtbaren Dirigierleistung. Er ist ein Mann des alten Regierens, er drängt auf Prio, straffen Rhythmus und glitzernde Buffa, dem sich das Orchester diesmal gewachsen zeigt.

Der spielwütige Günter Reich in der für ihn allerdings ein bißchen zu tief liegenden Titelrolle erweist sich als Meister im Einsatz differenzierter Mittel, wenn er die Schwächen, Sehnsüchte und Selbsttäuschungen der Figur immer wieder bis an den Rand des Tragikomischen herantreibt. Man traut es diesem bei allem doch recht intellektuell zu Werke schreitenden Don Pasquale nicht so recht zu, daß er auf das abgeschmackte Räuselspiel des Malatesta hereinfällt, für den Barry Mora auch nicht über den leichten, lockeren Kavaliersbarock gebietet, der hier am Platz wäre. Aber Barbara Bonney als gefühlos höhnende junge



Vorsicht vor bühnenden Witwen: Szene aus dem Frankfurter „Don Pasquale“

FOTO: MIRA EGERT

Witwe Norina ist nicht nur hübsch anzusehen, sie weiß auch verführerisch zu singen.

Den Ernesto sollte Jerrold van der Schaaf geben. Seine kurzfristige Absage hätte die Premiere fast zum Kippen gebracht. Doch es wurde ihm empfohlen, die Rolle wenigstens zu mimieren. Den Gesangspart übernahm, in Zivil am Portal platziert, Yochihisa Yamaji, der sich darum bemühte, gegliedertes Innenleben und lauten Schöngesang vorzuführen. In einer Zeit zerfallender Ensembles und reisender Stars kann auch ein Haus wie Frankfurts Oper schon durch eine halbe Absage in arge Verlegenheit gebracht werden. Vor nicht allzuvielen Jahren waren bei einer langläufigen und keineswegs personalintensiven Buffa wie dem „Don Pasquale“ Doppelbesetzungen sogar für jede Provinzbühne Ehrensache.

HEINZ LUDWIG

Premieren des Wochenendes: „Drei Schwestern“ in Berlin, „Die Schwärmer“ in Hamburg

Augenfeste wie bei Max Reinhardt

Berlin, Schaubühne. Das Auge schweigt vor allem. Peter Steins beste Inszenierungen waren alle, was immer sie zu erweisen hatten, vorerst Feste fürs Auge. Da ähnelt er Max Reinhardt. Er führt da, ziemlich allein, eine große Tradition fort. Er ist, wie jener, ein selbsterleuchteter Augenschmuck. Er beweist es diesmal wieder.

Man sieht, wie wohl noch nie zuvor, Tschechows komplizierte Menschenwelt, die quälend schöne Russenwelt, den seligen Genuß am Untergrund. Die Atmosphäre eines schönen, nervösen Abschieds - sie wird sichtbar. Eine Elegie wird angestimmt - sichtbar. Greifbar wird, was Tschechow sprechen und hören läßt, mit fast schmerzlicher Deutlichkeit in unvergeßbaren Bildern. Was hier geschieht, kann nur auf dem Theater geschehen. Es wird mitgeteilt in lauter Bildern, Positionen, Aspekten der Unverwundbarkeit.

Wieder ist Karl Ernst Herrmann Steins Bühnenbildner. Er hat vier Weltansichten erdacht und geformt: zunächst einmal eine berückende, wunderbar abgemessene, realistisch überhöhte Innenansicht, einen erweiterten Salon für Tschechows krabbelnde Menschenwelt. Sie leuchtet flackernd im Licht der zahllosen Kerzen. Das ist wahrlich berückend. Daraufhin das gleiche Interieur fast durchgehend im Halbdunkel. Tschechows Leidenfiguren tasten nun nacheinander, und sie müssen sich doch tragisch verfehlen.

Dann, ganz entzückend wieder, der rührend schlichte Schlafraum, in dem diese drei quälend schönen, armseligen, seligen Schwestern den Brand vor dem Fenster erleben. Schließlich (Höhepunkt dieser Wunderinszenierung) öffnet sich die Bühne in scheinbar schiere Unendlichkeit, ganz wie vor zwanzig Jahren in Peter Steins berühmt gewordener Inszenierung von Gorkis „Sommergästen“.

Die Bühne wird immens. Der Ausblick zieht sich bis in fernste Dimensionen: das alte Landhaus steht in Buchenwäldern. Der vergammelte Garten gibt weiteste Aspekte frei. Ein großer Abschied muß genommen werden. Was ein sicheres Dasein schien, muß verglommen und vergehen. Uns wird Tschechows große Elegie sinnlich aufs Auge gedrückt. Ähnliches sah man nie. Man wird es nicht vergessen können.

Und in diesen drei Spielstätten der heiteren Traurigkeit bewegen sich nun die Figuren in ihrer tapferen Tristesse selber wie schöne, bezügelte Bildfiguren. Die drei Schwestern (Edith Clever, Jutta Lampe und die kraftvoll verzagte Cornelia Kirchhoff) - wie von französischen Impressionisten entworfen und gemalt. Die armseligen russischen Militärs (Otto Sander, Roland Schäfer, Wolf Redl, Ernst Stötzner und die anderen) in ihrer komischen oder tragischen Windigkeit.

FRIEDRICH LUFT

Der Zaubervogel in zwei Ehebetten

Ein verstörender Abend am Hamburger Schauspielhaus, schwierig und strapazös, ein Abend, der blutig endete. Denn als wolle er das tolle Bombardement der Worte, die kühne Suada der hochaufliegenden Aphorismen und sarkastischen Einsichten von Musils „Schwärmer“ ad absurdum führen und endlich eine echte Tat folgen lassen, zerpreßte Hermann Lause alias Thomas, der Verstandesmensch, nach vier Stunden freudianischen Dialogisierens und Diagnostizierens plötzlich seine Tasse mit der bloßen Hand. Bis tief hinein in das Gewitter der Buh- und Beifallsrufe, die Niels-Peter Rudolphs „Schwärmer“-Inszenierung im Operettenhaus auslöste, sah man Blut in die Teefasse tropfen.

Betriebsunfall oder Absicht der Regie? An diesem langen Abend, an

nungsverluste waren hinzunehmen, Brüche, die nichts zu tun hatten mit Musils wundersamen Paradoxien.

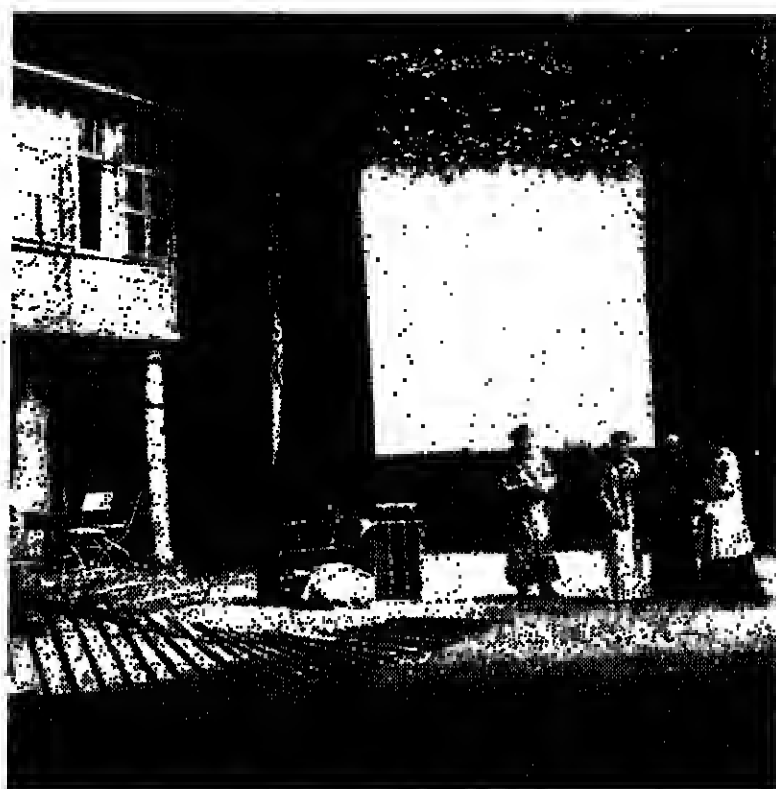
Wie man diese Widersprüche subtil erbellend ausspielen kann, zeigte allerdings auf faszinierende Weise Raut de Neve als „tückischer Zaubervogel“ Regine, die ihrem Mann Josef durchgeht mit dem Frauenjäger Anselm, der wiederum sie verläßt, um mit der Frau seines Freundes Anselm durchzubrennen. Ganz aus dem Leisen heraus intoniert die Neve die verführerischen Verzweiflungen dieser zwischen Knabe, Kobold und Frau angesiedelten Schwärmerin. Sie trifft Musil mit Geschwindigkeit und Instinkt. Eine große Leistung. Ähnlich bestimmt-unbestimmbar läßt Rudolph nur noch Markus Boysen agieren, der große Geschwindigkeit und Abgesamtheit in die Rolle des „Kopfgängers“ Anselm einbringt. Wie er gleich zu Beginn im seidenen Morgenmantel barfuß durchs Parterre-Fenster einsteigt, Mephisto und Heiler in einer Person, hat Frechheit und Raffinement.

Bei allem Respekt vor Barbara Nüsses großen schauspielerischen Qualitäten wollte mir Rudolphs Konzept für die Maria hingegen gar nicht aufgehen. Groß, dunkel, schwer wollte sie Musil sehen, mit Bewegungen „wie eine sehr langsam gespielte Melodie“. Aber als stilles Kraftzentrum des heftigen Beziehungs-Spiels mußte sie sich hier einfach zu laut, zu hektisch, zu scharf artikulieren. Rudolph nimmt ihr das Gefühlsgewicht, das sie als Kontrastfigur zu Regine nötig hätte.

Vor allem aber macht Hermann Lause als Marias Mann Thomas die Inszenierung in vielen Augenblicken so fragwürdig, daß sich Nervosität bei dem von Musil ohnehin stark geforderten Publikum immer wieder in Gelächter entläßt. Lauses manieristische Betonung beinahe jeder Silbe, wie treffend sie manchmal auch ist, stört nicht nur den musikalischen Duktus, sie gibt der Figur auch ein unangemessen verschrobenes Profil. Gewiß, Lause will zeigen, wie pedantisch-zielgerichtet, wie bedeutend sich dieser Verstandesmensch gibt, will seine rechtsbäuerlichen Züge dekurvieren. Doch lauert dahinter die Groteske; intellektueller Charme und Eleganz dieses Musilschen Gelehrten gehen flöten. So nähert er sich unversehens dem eigentlich als negatives Gegenbild entworfenen Josef, Regines Mann.

Im dritten Aufzug, im quasi-inzuständigen Zusammensein mit Regine, löst sich zwar die Manier, doch war Lause da bereits als Buhmann abgestempelt, obwohl er sich sichtlich mehr Gedanken gemacht hatte über diesen seltsamen „Schwierigen“ als der Koordinator all dieser gemischten Gefühle. Man muß es wohl letzten Endes dem Regisseur Rudolph zuschreiben, daß Lause so folgenreich aus dem Ruder lief.

KLÄRE WARNECKE



Ausblick auf ferne Dimensionen: Szene aus „Drei Schwestern“ mit (von links) O. Sander, Edith Clever, Joh. Hofer und C. Kirchhoff. FOTO: RUTH WALZ

Tschechow wurde zu meiner Generation nie besser, nie sicherer, nie schöner ausgespielt als jetzt in der Schaubühne am Lehmann Platz zu Berlin. Ein Gesamtwerk. Sollte es je eins gegeben haben, wurde vollbracht. Der Jubel am Ende war zu recht so betroffen wie ohne alle Vorbehalte.

Tschechow war in allen seinen komplizierten Teilen vollendet erfüllt. Diese Inszenierung ist wahrhaft meisterlich. Alle wurden gefeiert. Peter Stein, sich den Ovationen endlich stellend, lenkte den Beifall dezent auf eine Darstellerin direkt: Er holte aus der Menge der Mitwirkenden Hanna Hofer, die wunderbare Witwe Fyrl Korners, heraus. Er beugte sich vor ihr. Er dankte ihr. Eine große Tradition war gerundet. Dieser Abend war unvergleichlich schön!

FRIEDRICH LUFT

Eine Ausstellung der Werke Suzanne Valadons

In der Zeichnung groß

Dies ist vielleicht nicht die beste Jahreszeit für eine Reise in die Eifel, aber das Haus Buda in Bittburg macht sie empfehlenswert. Es zeigt Bilder von Suzanne Valadon. Die französische Malerin ist hierzulande so gut wie unbekannt. Einmal wurde sie in Deutschland ausgestellt, gemeinsam mit ihrem Sohn Maurice Utrillo. Das war 1960 in München; 1967 ehrte das Pariser Museum für Moderne Kunst sie mit einer Retrospektive zu ihrem hundertsten Geburtstag, mit zweijähriger Verspätung.

Sie wurde 1865 bei Limoges geboren und starb 1939 in Paris. „Die große Suzanne“ nannten sie ihre Bewunderer; es waren nicht wenige, und auch unter ihnen finden wir manche großen Namen. Ähnlich wie bei den Spekulationen um die Herkunft Homers gehen die Meinungen noch immer auseinander, wenn wohl die Entdeckung der Künstlerin Valadon zu verdanken ist. Die einen sagen, Toulouse-Lautrec habe das zeichnerische Talent der hübschen Artistin Marie-Clementine Valade als erster erkannt, andere nennen Degas, andere Renoir, der sie eigentlich erst als Malerin entdeckt habe; Puyvis de Chavannes wird in diesem Zusammenhang meist nur als mutmaßlicher Vater von Maurice erwähnt, dem später der Spanier Miguel Utrillo y Molins seinen Namen gab.

Suzanne, wie sie sich nannte, gleichfalls Tochter eines unbekannten Vaters, hat all diesen Malern Modell gestanden, nachdem ein Sturz vom Trapez ihrer Karriere beim Zirkus ein frühzeitiges Ende setzte. Sie ist nicht das einzige Modell, das Malerin wurde. Aber nur wenige hatten wie sie das Zeug zur Größe und zum Erfolg. Volland stellte sie aus. Sie war befreundet mit der Pariser Avantgarde wie mit den bereits arri- vierten Künstlern, denen sie Mo-

dell natürlich manches abgeschaut hatte.

Vielleicht machte die große Zahl ihrer unterschiedlichen Ateliererfahrungen sie so vielseitig und unabhängig von Theorien und Ismen, die damals in Paris grassierten, und befähigte sie, nach Bedarf und Gutdünken auszuwerten, zu mischen und womöglich miteinander in Einklang zu bringen. Wo sonst finden sich Elemente der Malerei eines Degas und Renoir, eines Puyvis de Chavannes, Gauguin und Toulouse-Lautrec so integriert in einem Bild vereint, daß im Effekt nur von einem durchaus eigenwilligen, ja, eigenmächtigen Stil die Rede sein kann?

Die Ausstellung kam aus Tokio nach Bittburg. Sie dürfte bei den Japanern auf ein waches Interesse gestoßen sein; denn sie enthält, über Gauguin und die Nabis, auch viel Japanisches und erinnert, vor allem in der Zeichnung, bisweilen an Blätter von Hokusai. Die Zeichnungen bilden den künstlerischen Höhepunkt der Ausstellung, die insgesamt 27 Ölbilder, 2 Pastelle, 16 Zeichnungen und 22 Grafiken zeigt.

Auch die Gemälde - Porträts, Figurenbilder, Stillleben und Landschaften - sind zeichnerisch geprägt. Die lebhaften Farben sind in feste Konturen gefaßt; Linie und Farbe halten sich im Gleichgewicht. Die Malerei wirkt sinnlich und spröde zugleich; und es will mitunter scheinen, als wollte sich die Malerin, deren antike Gestalt wir von vielen Bildern der genannten Maler kennen, bewußt hart, derb und „männlich“ geben - doch nicht die Zeichnerin. Die besessene Linie ihrer Zeichnungen bezeugt bei aller Klarheit und feinen Sensibilität eine wache, fast zärtliche Sensibilität und verrät unverhohlen das fröhliche Gefühl, das die Gemälde oft vermissen lassen (bis 26. Febr., Katalogheft 5 Mark). EO PLUNZEN

JOURNAL

Bessere Erforschung von Muskelkrankheiten

dpa, Hamburg. Eine bessere Erforschung der Muskelkrankheiten, von denen in der Bundesrepublik rund 150 000 Menschen betroffen sind, hat die Deutsche Muskelschwund-Hilfe gefordert. Es sei erforderlich, an den medizinischen Hochschulen einen entsprechenden Fachbereich einzuführen, meinte der Vorsitzende der Vereinigung, Joachim Friedrich, in Hamburg. Um in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit für Muskelkranke zu erwecken, hat sich in Hamburg ein Kuratorium der Deutschen Muskelschwund-Hilfe konstituiert.

Deutsche Bücher auf der Buchmesse in Südasien

dpa, Neu Delhi. Die 6. Welt-Buchmesse, die bisher größte Veranstaltung dieser Art in Südasien, ist in Neu Delhi eröffnet worden. Von der Bundesrepublik Deutschland haben die Ausstellungen- und Messe GmbH Frankfurt einen Gemeinschaftsstand deutscher Verlage mit über 500 Titeln sowie das Grosshaus Wegner (Hamburg) einen Stand mit über 700 Titeln. Das Schwerkgewicht der Aussteller aus der Bundesrepublik liegt bei wissenschaftlichen und technischen Werken. Aber auch viele Bücher über Indologie, Sport, Architektur und sehr viele Bildbände sind ausgestellt. Zum ersten Mal erscheinen auf der Delhi-Messe auch moderne indische Autoren in deutscher Übersetzung.

Gombrowicz und Hlasko in Polen wieder erlaubt

J. G. G. Warschau. Die bislang in Polen „unerwünschten“ Stücke des im Exil verstorbenen Existenzialisten Witold Gombrowicz, wie „Die Trauung“, „Operette“, „Die Geschichte“ und „Vonne, Prinzessin von Burgund“, werden jetzt in Warschau und der Provinz gespielt. Unter dem Titel „Witold Graf Gombrowicz“ erschien zudem eine Biographie des bisher nur aus Sekundärquellen bekannten Autors. Außerdem wird das ebenfalls in der Emigration verstorbene einstige „enfant terrible“ der polnischen Literatur, Marek Hlasko, wieder gedruckt. Der Warschauer „Cyfelnik“-Verlag kündigt als „Bestseller 1984“ gleich vier Bände „Auserwählter Werke“ an.

J. Julier neuer Direktor von Berlins Schlossern

AP, Berlin. Die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Martin Sperlich im Amt des Direktors der Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin wird der 42jährige Bambergener Kunsthistoriker Jürgen Julier antreten. Julier ist seit 1976 Bayerischer Denkmalpfleger für den Bereich des westlichen Unterfrankens mit insgesamt rund 20 000 zu betreuenden Denkmälern. Zuvor war Julier in Venedig als Forscher tätig und leistete hier unter anderem die wissenschaftlichen Vorarbeiten zur Restaurierung der Fassade von San Marco.

Preise für Übersetzung und Germanistik

dpa, Darmstadt. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt hat ihre diesjährigen Preisträger für Übersetzung und für Germanistik im Ausland bekanntgegeben. Den mit 10 000 Mark ausgestatteten Johann-Heinrich-Voss-Preis für Übersetzung erhält die Würzburger Humanistin Dr. Anneliese Botond. Dem amerikanischen Germanisten Prof. Stewart Atkins wurde der mit ebenfalls 10 000 Mark dotierte Preis für Germanistik im Ausland zuerkannt.

Frankfurter Musikmesse mit Optimismus

dpa, Frankfurt. 748 Aussteller aus 32 Ländern sind auf der 5. Internationalen Frankfurter Musikmesse vertreten. Sie stellen auf diesem größten Musikmarkt der Welt Instrumente, Orchester-Elektronik, Musikalien sowie Noten und Fachliteratur vor. Bei voraussichtlichen Preisteigerungen der inländischen Musikbranche von rund fünf Prozent versprechen sich Instrumentenbauer, Musikverleger und Fachgeschäfte von der „brennenden Messe“ gute Abschlüsse.

Die Welt des Enzo Cucchi in Basel

DW, Basel. Die Ausstellung „Giulio Cesare Roma“ von Enzo Cucchi, einem der italienischen Wilden, ist nach dem Stedelijk Museum Amsterdam nun in der Kunsthalle Basel zu sehen. In Ölbildern, Zeichnungen und übermalten Fotografien entsteht der Kosmos einer versunkenen mediterranen Kulturlandschaft, durch geheimnisvolle Symbole und neuzeitliche Anspielungen faszinierend verformt. Die Ausstellung dauert bis zum 4. März. Der Katalog kostet 17 Franken.

Überflüssiges Geld für die Berliner Kunsthalle

Ein teurer Holzlöffel

Da sagen alle, wir lebten in der Zeit des Sparschneises! Und nun kommt der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses und bewilligt der Staatlichen Kunsthalle mit ihrem Direktor Dieter Ruckhaberle für die „Anmietung“ weiterer Ausstellungsräume im Birkni-Haus an der Budapester Straße sage und schreibe 218 000 Mark zusätzlicher Jahresmiete. Da muß man schon mal kräftig schlucken.

Richtig ist, daß die Kunsthalle gegenüber der Gedächtniskirche bisher keinen vernünftigen Eingang besaß. Sie lag beinahe versteckt. Sie hatte kein einladendes Parterre. Das wird sich jetzt ändern. So weit, so gut. Obendrein aber wird die Ausstellungsfäche noch um ein weiteres halbes Tausend Quadratmeter ausseren. Das allerdings ist ganz und gar unverständlich.

Denn Maßlosigkeit gehört zu den Untugenden dieses Hauses. Die vollgestopften, nach kindersicherer und typographischen Gesichtspunkten höchst fragwürdigen Klosterräumen Kataloge sind nur ein Symptom. Vielen Ausstellungen fehlen klare sinnvolle Ökonomie, die Beschränkung auf das „Wichtige“, vernünftige Relationen, die erleuchtende Dramaturgie. Von Qualitätseffizienz ganz zu schweigen.

Vor wenigen Wochen erst wurde Alex Colville, ein zweitrangiger Maler, in aller Breite zur Schau gestellt. Und kaum ist jenes Ausstellungspotential vorbei, das eine unzulängliche Wanderausstellung von Kunst aus Frankreich zusätzlich noch mit der großen Schere klappte, platzt jetzt die Ausbreitung „Rationalisierung“ - 1984“ aus allen Nähten.

In dieser Darbietung, die übrigens auch innerhalb der gastierenden Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst nicht unumstritten war, ist der

Kunstkritiker fehl am Platze. Denn Kunst ist da nur noch das Mäntelchen, um jenen Wirrwarr trivialer Welt- und Wirtschaftsbetrachtung zu behängen, der mit klassenkämpferischem Holzlöffel aufgefunkt wird. Wie teuer die meist zweitrangigen Auftragsarbeiten dieser Schau wirklich gewesen sind, das möchte der Direktor kurioseweise mit Hinweis auf das Steuergeheimnis nicht verraten.

Das Programm der Kunsthalle, ein Gemisch aus Übernahme, Veranstaltungen der Kunstvereine, Eigen- und Koproduktionen, folgt einem qualitativ bedenklichen Zickzack-Kurs. Nicht zuletzt die enormen Etatüberschreitungen (wie bei Léger), die ideologischen Kotsau (bei Sittte) oder die zumindest in einem Fall, gelinde gesagt, hochproblematische Leihpolitik, mit der man die Stiftung Preußischer Kulturbesitz desavouierte, haben dazu beigetragen, daß es mit dem Ruf der Kunsthalle überregional nicht gerade zum besten steht. Dazu kommen wohl auch noch Tiefs beim internen Arbeitsklima.

Nun wird man einem so engagierten Mann wie Ruckhaberle kaum vorwerfen können, daß er sich die Chance entgehen läßt, sein Imperium noch erweitern zu können. Wundert man sich, daß ihm die Verantwortlichen so bereitwillig die Hunderttausende noch in die Kunsthalle hinein-pulvern. Offenbar sind ihm seine Parteifreunde von der FDP eine starke Stütze. Sie halten der Kunsthalle ein dickes Trostpflaster für den Gropius-Bau aufzulegen, der ihr als neues, womöglich sogar zweites Domizil durch die Lappen gegangen ist. Die Unverhältnismäßigkeit der Mittel liegt durchaus im Rahmen der Institution, der dieser Gefallen getan wird.

PETER HANS GÖPFERT

